Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **5./6. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2021/2022 vom 28. Juni 2021

von 16.15 bis 18.45 Uhr und 19.30 bis 21.50 Uhr

Eulachhalle 1, Winterthur

Vorsitz:	M. Sorgo (SP)
Protokoll:	A. Furrer
Entschuldigt:	5. Sitzung: U. Glättli (GLP), Z. Dähler (EDU) 5./6. Sitzung: T. Brütsch (SVP), A. Rellstab (FDP), A. Steiner (GLP), M. Wäckerlin (PP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 3./4. Sitzung	
2.*	21.14	Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2020	F. Helg
3.*	21.32	Tätigkeitsbericht 2020 des Datenschutzbeauftragten und Verabschiedung von Ph. Glass	U. Hofer
4.*	21.22	Jahresbericht 2020 der Ombudsstelle	U. Hofer
5.*	21.46	Tätigkeitsbericht 2020 der Finanzkontrolle	I. Kuster
6.*	21.40 (DSO)	Geschäftsbericht 2020 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur	K. Frei
7.	20.124 (DB)	Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO), Mehrwertausgleich	B. Zäch
8.*	21.20 (DFI)	Verpflichtungskreditabrechnungen per 31.12.2020	Verschiedene
9.*	21.48 (DSU)	Kredit von Fr. 1.264 Mio. (inkl. MwSt.) über acht Jahre für den Betrieb des digitalen Parkkartenportals	B. Helbling
10.*	21.17 (DSS)	Antrag und Bericht zum Budgetpostulat G. Gisler (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte) und R. Heuberger (FDP) betr. Beibehaltung der Gratisparkplätze für Leitende im Sport	

- 11.* 21.18 (DSS) Antrag und Bericht zum Budgetpostulat A. Zuraikat (Die Mitte), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP) und G. Gisler-Burri (SVP) betr. Budget 2022 – Zielbau Arena: Überdachung Ausseneisfeld und zusätzliche Garderoben
- 12.* 21.3 (DFI) Begründung des Beschlussantrags R. Kappeler (SP), B. Zäch (SP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. Behördeninitiative für ein kantonales COVID-19-Hilfspaket für das Gewerbe: Ausrichtung von Mietzins-Beiträgen für gewerbliche Mieten
- 13.* 21.5 (DFI) Begründung der Motion R. Kappeler (SP), B. Zäch (SP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. COVID-19-Hilfspaket für das lokale Gewerbe: Ausrichtung von Mietzins-Beiträgen für gewerbliche Mieten
- 14. 21.4 (DTB) Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), A. Geering (CVP/EDU), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Biodiversitätskorridore
- 15.* 21.10 (DB) Begründung der Motion R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), B. Huizinga (EVP) und A. Steiner (GLP) betr. einer ergänzenden Bestimmung in der BZO zu Frei- und Grünflächen
- 16. 21.19 (DB) Begründung der Motion D. Altenbach (SP), R. Diener (Grüne/AL) und A. Gütermann (GLP) betr. Sammeln und Recycling von Kunststoffabfällen aus Haushalten und Gewerbe
- 17. 21.36 (DSS) Begründung des Postulats R. Heuberger (FDP), Ch. Maier (FDP), G. Gisler (SVP), M. Wäckerlin (PP), M. Della Vedova (GLP) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Erhöhung Kosteneffizienz und Kundenorientierung von Einkauf und Logistik Winterthur (ELW)
- 18. 21.37 (DSS) Begründung des Postulats R. Heuberger (FDP), Ch. Maier (FDP), M. Della Vedova (GLP), A. Zuraikat (die Mitte/EDU), Ch. Hartmann (SVP), M. Wäckerlin (PP) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Weiterentwicklung Einkauf und Logistik Winterthur (ELW) zum städtischen «Kompetenzzentrum Strategischer Einkauf»
- 19. 21.39 (DKD) Begründung der Parlamentarischen Initiative U. Glättli (GLP), B. Helbling-Wehrli (SP), M. Bänninger (EVP), Ch. Griesser (Grüne) und R. Hugentobler (AL) betr. Zugangsschranke öffnen - Diversität und Teilhabe ermöglichen
- 20. 21.38 (DSO) Begründung des Postulats A. Erismann (SP), B. Huizinga (EVP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL) und M. Zehnder (GLP) betr. Arbeit dank Bildung
- 21. 19.14 (DSO) Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) betr. Optionen bei der Jugendhilfe

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsidentin M. Sorgo: Guten Nachmittag. Ich begrüsse Sie zur 5. und 6. Sitzung des Amtsjahres 2021/2022 des Grossen Gemeinderats.

Mitteilungen

Ratspräsidentin M. Sorgo: Entschuldigt sind für beide Sitzungen Tobias Brütsch (SVP), Anna Rellstab (FDP), Annetta Steiner (GLP) und Marc Wäckerlin (PP). Für die Nachmittags-sitzung entschuldigt sind Urs Glättli (GLP) und Zeno Dähler (EDU). Etwas verspätet kommt Davide Pezzotta.

Ich begrüsse ganz herzlich Marilena Gnesa (SP). Sie ist heute das erste Mal hier im Rat. Ich wünsche Dir ein gutes Einleben und viel Freude mit Deinem neuen Amt.

Bezüglich Film und Fotografieren hat Fredy Künzler um die Erlaubnis angefragt, ob er zwischendurch kurz Filmen darf. Das ist natürlich in Ordnung.

Wir haben bereits letztes Mal darüber informiert: Das Info-Blatt und das gelbe Blatt mit den Kommissionsbeschlüssen werden nur noch verschickt und liegen nicht mehr auf. Die müsstet Ihr also jeweils selbst ausdrucken oder per Mail mitnehmen (was natürlich ökologischer wäre).

Noch ganz kurz zu den Corona-Massnahmen: Wir haben unser Schutzkonzept mit den neuen Öffnungsschritten vom Bund bzw. Lockerungsschritten des Bundes leicht anpassen können. Wir haben das mit dem Stadtführungsstab abgeklärt. Wir hätten sehr gerne auf die Maskenpflicht am Sitzplatz verzichtet, leider ist das auf Bundesebene noch nicht möglich, weil wir eine öffentliche Veranstaltung sind. Deshalb gilt auch am Sitzplatz die Maskenpflicht, ausser es hat jemand ein ärztliches Attest, das ihn von der Maskenpflicht befreit. Damit ist nicht ein Impfattest gemeint, sondern ein ärztliches Attest.

Die einzige Ausnahme ist, dass Rednerinnen und Redner während dem Verlesen ihrer Voten ihre Maske ablegen dürfen, das auch zur besseren Verständlichkeit der Voten.

Beim Essen dürfen sechs Personen pro Tisch zusammensitzen. Natürlich gilt auch dort: Solange Ihr Euch im Saal bewegt, müsst Ihr die Maske tragen. Wenn Ihr am Tisch sitzt, dürft Ihr die Maske ablegen. Es ist wie bisher angezeigt mit den Tischsets, wie Ihr das bereits kennt. Dann gilt weiterhin auch, dass wir den Vorstoss-Tisch vorne haben. Da bitte ich Euch, jeweils den eigenen Stift mitzunehmen und auch dort zu schauen, dass es keinen Menschenauflauf gibt.

Noch zwei kurze Hinweise: Am nächsten Montag dürfen wir ja dieses Amtsjahr etwas verspätet auch noch feierlich einläuten, in der Abendsitzung, die ja dann nicht stattfinden wird. Da bitte ich alle, die sich noch nicht angemeldet haben, das bis spätestens morgen bei der angegebenen Mailadresse zu machen.

Und dann weiss ich, dass heute eine sehr spezielle Sitzung ist. Es ist Fussball-EM. Vielleicht gibt es Spanien-Fans unter uns, aber sicher einige, die ab 21 Uhr der Schweiz Daumen drücken werden. Ich hoffe trotzdem, dass wir alle die Traktanden, die wir dann noch behandeln, in einer guten Atmosphäre weiterbehandeln können.

Bevor ich zu den Fraktionserklärungen komme, liegt mir noch ein Ordnungsantrag der SVP vor. Daniel Oswald stellt ihn.

D. Oswald (SVP): Die Frau Präsidentin hat es erwähnt: Die Anpassung der Corona-Regeln, dass sie da das Schutzkonzept angepasst haben und dass wir beim Sprechen die Maske nicht mehr tragen müssen. Ich bin auch sehr froh, dass die Ratsleitung weiterhin dem Öffentlichkeitsprinzip folgt und das als oberste Maxime ins Schutzkonzept integriert.

Wir von der SVP sind aber der Meinung, dass wenn man am Platz sitzt, die Maske trotzdem ablegen kann. Klar sind wir eine Veranstaltung, die öffentlich zugänglich ist. Aber die Besucher haben zugewiesene Plätze und die Besucher dürfen nicht zu uns an den Tisch kommen, in unseren Bereich, wo wir Gemeinderäte sitzen. Und wir untereinander haben den minimalen Abstand, der erforderlich ist, um die Gefahren reduzieren zu können.

Und deshalb sind wir der Meinung und stellen den Antrag, dass wir, wenn wir am Platz sitzen, die Maske ablegen dürfen. Selbstverständlich sind wir auch dafür, dass wenn wir aufstehen und uns im Raum bewegen, dass wir dann die Maske tragen müssen. Besten Dank.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Gibt es da Wortmeldungen aus dem Plenum? – Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass wir das abgeklärt haben mit dem Stadtführungstab, weil wir genau das auch gerne gemacht hätten, dass man nämlich am Sitzplatz, wenn es jetzt so heiss ist, die Maske ablegen kann. Das ist leider auf Gesetzesebene noch nicht möglich. Wer das genau wissen möchte, kann das nachlesen bei Art. 6 Abs. 1 der Covid-19-Verordnungen über die besondere Lage und Art. 6 Abs. 2 lit. e. Dort sind die Ausführungsbestimmungen drin, dass in öffentlich zugänglichen Innenräumen von Einrichtungen und Betrieben jede Person noch eine Gesichtsmaske tragen muss und dass vom Abs. 1 ausgenommen diejenigen Personen sind, welche auftreten - also bei uns sind das Rednerinnen und Redner, während sie ein Votum halten.

Ich komme zur Abstimmung über den Ordnungsantrag der SVP.

Wer dem Ordnungsantrag der SVP zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer den ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Ich glaube, das ist klar: Sie haben mit einer grossen Mehrheit den Ordnungsantrag abgelehnt.

Es gilt weiterhin das Schutzkonzept, so wie es angepasst wurde. Und mit «jeder Person» sind leider derzeit auch noch die Personen gemeint, die eine Impfung haben. Ich bitte deshalb auch diese Leute, eine Maske anzuziehen.

Fraktionserklärungen

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Mit ist eine Fraktionserklärung bekannt, von Thomas Wolf zu den Vorgängen in der Winterthurer Altstadt.

Th. Wolf (SVP): In dem Fall entscheide ich mich für das Sprechen, dann kann ich die Maske ablegen.

Die SVP-Fraktion muss heute ein Thema aufbringen, dass in der Winterthurer Bevölkerung und insbesondere bei den Bewohnern und dem Gewerbe der Altstadt wirklich an Brisanz zunimmt.

Wir wissen, dass seit den ersten warmen Wochenenden im April die Steinberggasse zu einem Magnet für Ausgehfreudige geworden ist. Wir haben es alle mitbekommen: Lärm bis in die frühen Morgenstunden, extensives Littering und weitere unangenehme Nebeneffekte von erhöhtem Alkoholkonsum belasten die Innenstadt.

Die örtlichen Medien haben es zur Kenntnis genommen, einige Berichte sind erschienen, aber inzwischen gibt die Situation nichts Neues mehr her. Es gibt keine Artikel mehr über die aktuelle Situation.

Mitte Mai, das ist nun auch schon wieder fast sechs Wochen her, hat die Polizeivorsteherin Frau Stadträtin Cometta, zu einem breit abgestützten «Runden Tisch» eingeladen. Der Tenor der Teilnehmer war klar: Die Situation ist für Anwohner und das Gewerbe negativ. Die Stadtpolizei berichtete, dass sie zu Beginn der Ereignisse überrascht wurde und somit nicht vorbereitet war. Das können wir nachvollziehen.

Aber eben, nun sind weitere Wochenenden ins Land gezogen und die Situation hat sich nicht geändert. Am letzten Freitag habe ich nach der offiziellen Nachtruhe zusammen mit unserer Parteipräsidentin Maria Wegelin die Situation vor Ort begutachtet. Wir haben dabei auch andere Gemeinderäte angetroffen.

Wir haben nichts Schönes vorgefunden: Massenhaft Leute, viele davon einfach am Boden sitzend, von leeren Flaschen und sonstigem Abfall umgeben, sehr laute Gespräche, aus jeder Gruppe klang der Sound einer anderen Boombox und niemand schien sich daran zu stören. Polizeipräsenz oder die am runden Tisch versprochenen Dialogteams haben wir nicht wahrgenommen.

Ein Blick in die Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur genügt, um festzustellen, dass eigentlich der Hebel und die entsprechenden Vorgaben da wären:

- Artikel 11: Jedermann ist verpflichtet, polizeilichen Anordnungen Folge zu leisten.

- Artikel 38: Übermässige, die Nachbarschaft schädigende oder belästigende Einwirkungen durch, unter anderem Lärm, sind zu vermeiden.
- Artikel 39: Die Nachtruhe dauert von 22.00 bis 06.00 Uhr. Während der Sommerzeit freitags und samstags von 23.00 bis 06.00 Uhr. Während dieser Zeit ist jeglicher die Ruhe oder den Schlaf störender Lärm verboten.
- Artikel 40 geht dann noch genauer darauf ein: Singen, Musizieren, lautes Diskutieren, Gejohle und dergleichen sowie der Gebrauch von Tonwiedergabegeräten (es ist eine ältere Verordnung) etc. ist während der Nachtruhe verboten.

Genau das alles wird aber offensichtlich toleriert.

Die Beschwerden häufen sich, wir haben Gastronomen in der Altstadt, die an den eigentlich besten Tagen Freitag und Samstag nur noch die Hälfte des Umsatzes erarbeiten können, weil die Situation potenzielle Kunden abschreckt und man dort gar nicht mehr richtig arbeiten kann. Anwohner verbringen die Wochenenden nicht mehr zu Hause, weil sie den ewigen Radau nicht mehr aushalten. Das kann alles so nicht sein.

Ich erinnere daran, wie man in der vergangenen Zeit Gastwirten Verfahren angehängt hat, weil sie Mehrweggeschirr verwendet haben oder wie an Wirte Bussen verteilt wurden, weil einem Lockvogel-Beamten das Contact-Tracing nicht gut genug erklärt wurde. Oder in meinem eigenen Betrieb sind trotz vorliegender Bewilligung des Regierungsrates drei (!) Polizisten aufgetaucht, die sechsjährigen Teilnehmer eines Feriencamps kontrolliert haben, weil sie sich bei starkem Regen im Lokal aufgehalten haben. Offensichtlich ist also die nötige Härte vorhanden.

Wir fordern den Stadtrat jetzt auf, der Polizei den Rücken zu stärken, die Gesetze anzuwenden und die Situation für die Anwohner und das Gewerbe wieder erträglich zu machen. Man hat es bis jetzt im Guten versucht – wir denken, jetzt muss man halt ein bisschen stärker durchgreifen.

Stadträtin K. Cometta: Thomas Wolf spricht etwas an, das mir natürlich auch Sorge bereitet. Wir stellen fest: Der Druck auf den öffentlichen Raum ist gross. Das ist nicht ein neues Phänomen, es ist auch nicht ein besonderes Winterthurer Phänomen, das kennt jede Grossstadt. Es ist auch nicht nur ein Altstadt-Phänomen, sondern wir kennen das auch insbesondere in den Parks.

Es ist nicht so, dass das toleriert wird. Die Polizei hat ihre Präsenz erhöht. Man setzt dabei auch auf Dialog, fordert gegenseitigen Respekt und Toleranz. Wir waren zwei Wochenenden lang mit einem sehr grossen Aufgebot an der Steinberggasse. Dieses Wochenende hat man es leicht reduziert probiert, indem man halt auch zwischen Steinberggasse und den Parks an verschiedenen Orten war.

Was klar ist: Die Stadtpolizei kann nicht die gesellschaftlichen Probleme lösen. Da braucht es alle, deshalb gibt es auch ein gesamtstädtisches Projekt zur Nutzung des öffentlichen Raums. Es ist ein Querschnittsthema, bei dem alle gefordert sind.

Seitens Stadtpolizei ist man dran, man schaut hin. Es ist nicht so, dass man untätig ist. Und gleichwohl haben wir eine lebendige Stadt und da gehört es auch dazu, dass man – gerade in der Steinberggasse - halt auch viele Leute hat.

Die Steinberggasse hat vor ein paar Jahren noch ganz anders ausgesehen. Man hat sie aufgewertet, sie wurde attraktiv, sie ist eine Perle der Altstadt und zieht entsprechend Leute an. Ich glaube, auch die Anwohnenden dort suchen nicht die ruhige Oase. Und gleichwohl ist es klar: Die Nachtruhe muss gewährleistet sein. Die Stadtpolizei hat entsprechend auch sehr stark auf Kommunikation gesetzt, insbesondere auch auf den sozialen Medien.

Man hat auch eingegriffen, man hat zahllose Boom-Böxli eingesackt – beschlagnahmt, sagt man dem. Man hat ganz viele Lautsprecher beschlagnahmt, denn Musik hören ist nicht erlaubt. Dort hatte man ein ganz besonderes Augenmerk. Es ist auch ganz klar: Littering ist nicht erlaubt, gleichwohl muss man die Leute in flagranti erwischen, um sie büssen zu können.

Es ist eine Herausforderung, für jede Stadt. Und wir schauen hin.

Ratspräsidentin M. Sörgo: Besten Dank.

Persönliche Erklärungen

Ratspräsidentin M. Sorgo: Dann sind mir zwei persönliche Erklärungen bekannt: Die erste persönliche Erklärung kommt von Roman Hugentobler (AL) und dabei geht es um das Thema Pflege.

R. Hugentobler (AL): Wie wahrscheinlich die meisten hier drinnen aus den Medien mitbekommen haben, ist die Situation im Brühlgut in den Medien hinauf- und hinuntergegangen. Es gab teilweise sehr wütende Reaktionen, auch mich haben wütende Zuschriften erreicht. Aber mir geht es da gar nicht darum, irgendwelche Schuldigen zu benennen oder irgendwelche Leute herauszupicken und diese schlecht zu machen.

Was mir in den Medien ein bisschen zu kurz kam, ist einfach die allgemeine Situation der Pflege. Und ich möchte Euch da im Grunde genommen einfach ein paar nackte Zahlen vorlesen. Die UNIA hat noch vor der Pandemie eine grosse Umfrage gemacht unter Pflegenden. Und ich möchte diese Zahlen verlesen, so dass sich alle hier im Rat ihre ganz eigenen Gedanken dazu machen können. Man muss vielleicht im Voraus noch sagen, dass sich sicher der Pflegeberuf sehr geändert hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Einerseits gab es eine Neoliberalisierung der Pflege: Pflege muss kostendeckend sein. Gleichzeitig muss die Pflege immer mehr dokumentieren, für die Krankenkassen, für interne Verbesserungen etc., so dass die Pflege oft – so wurde mir rückgemeldet – zu kurz kommt. Und dann gibt es natürlich auch je länger je mehr eine feministische Perspektive auf Care-Arbeit, wo v.a. junge Frauen sich nicht mehr einfach in der Rolle der sorgenden Frau sehen, sondern die Pflege einfach als einen normalen Job anschauen. Aber jetzt zu den nüchternen Zahlen.

In dieser Umfrage wurde unter anderem gefragt: «Stehen Sie häufig unter Zeitdruck?» 50% der Pflegenden antworteten mit Ja, 39% eher Ja, 9% eher Nein.

«Ich habe genügend Zeit für unsere BewohnerInnen und KlientInnen.» 87% sagten, stimmt nicht. Nur 11% sagten stimmt.

«Die Dienstleistungsplanung ist fair und ausgewogen.» Lediglich 28% sagen Ja, 66% sagen Nein. Sie sagen dort auch, sie hätten selten zwei Tage nacheinander frei und es sei so, dass mehrere Male im Monat die Ruhezeit von 11 Stunden nicht eingehalten werden könne. D.h. dass man häufig von Spät- auf Frühschicht wechseln muss.

«Durch häufige Planänderungen kommen meine familiären und sozialen Pflichten zu kurz.» Da sagen 41% Ja, 40% eher Ja.

«Meine ArbeitgeberIn erwartet, dass ich ausserhalb der Arbeitszeiten erreichbar bin.» 38% sagen Ja. Also selbst in der Freizeit muss man immer wieder damit rechnen, dass man angerufen wird und dann ausserplanmässig arbeiten muss.

Was Überstunden anbelangt: 18% der Befragten haben mehr als 20 Überstunden. 32% haben zwischen 10 – 20 Überstunden.

In der Pflege ist man auch überdurchschnittlich krank: 21% der Befragten waren im Jahr mehr als 5mal krank. 81% aller Befragten klagten über Rückenschmerzen.

«Wir sind wenig Personal.» Da sagten 87% stimmt. Und da habe ich auch persönliche Rückmeldungen bekommen, in denen es z.B. hiess: «Ich hätte lieber auf den Corona-Bonus verzichtet und dafür hätten wir eine Arbeitsstelle mehr gehabt in unserem Team.»

Es ist auch so, dass 50% aller diplomierten Pflegefachpersonen noch vor dem 30. Lebensjahr den Beruf aufgeben. Das sollte uns doch auch zu denken geben, gerade in Winterthur, das ja mit dem ZHAV eine «Pflegehochburg» ist, dass man da so viel Geld hineinsteckt in die Ausbildungen, nur damit dann kurze Zeit später 50% dieser Menschen den Bettel an den Nagel hängen. Pierre-André Wagner von der SBK, mit dem ich Kontakt hatte, sagte mir auch: «Nettigkeit bringt uns nicht weiter.»

Und das sieht man auch: Letzten Samstag gab es eine Demo in Zürich, die hiess «Gesundheit statt Profit». Dort haben mehrere Hundert Leute teilgenommen. Und letzte Woche wurde auch im Kanton Waadt von den Pflegenden gestreikt.

Und ich finde, um da doch noch etwas kleines Persönliches zu sagen, es war von diesen Pflegefachpersonen richtig, sich an die Medien zu wenden, weil es häufig so ist, dass man von den Oberen nicht gehört wird. Und wenn man sich fragt, wie das denn sein kann, dann empfehle ich allen, einmal die HBO-Serie «Tschernobyl» zu schauen. Dort sieht man sehr schön, in welcher hierarchischen Strukturen das ganze abläuft mit Problemen weiterleiten.

Stadtrat N. Galladé: Vielleicht ganz kurz, auch wenn ich nicht zu den Oberen Tschernobyl gehöre und da jetzt nicht wirklich konkret etwas gekommen ist zur ganzen Landbote-Serie. Vielleicht ganz grundsätzlich: Ja, in der Pflege ist es eine anspruchsvolle Situation. Es ist ein harter Job – schon vor Corona und erst recht während Corona. Und auch jetzt in dieser Zeit. Sind wir nach Corona? Das hängt an, und zwar in allen Bereichen der Pflege und des Gesundheitswesens. Ich denke, das muss ganz deutlich so gesagt sein und das muss bewusst sein. Es wird Enormes geleistet von den Mitarbeitenden der Pflege und des Gesundheitswesens und ich denke, alle verdienen unseren Dank und auch unsere Wertschätzung. Was auch richtig ist: Der Kostendruck im Gesundheitswesen ist eine Realität. Seit ich – seit 11 Jahren – in diesem Amt bin (neben den städtischen Alterszentren bin ich auch Spitalrat im Kantonsspital Winterthur) sind mir eigentlich hauptsächlich Begriffe wie Normkosten, Fallpauschale, EBIT, EBITDA etc. begegnet. Man hat sehr viel über Zahlen gesprochen, messbare Qualität.

Gesundheitsversorgungssysteme etc. waren sicher auch Thema, aber halt weniger messbar. Es hatte auch weniger Raum, das muss man einfach nüchtern so sagen, vielleicht auch etwas ernüchternd.

Ich hoffe aber sehr, dass gerade Corona uns allen gezeigt hat, wie wichtig ein funktionierendes und leistungsfähiges Gesundheitswesen ist – im Spitalbereich und auch im Bereich der Langzeitpflege, Alterszentren, Pflegeheimen und Spitex. Und dass es da auch ganz wichtig ist, dass wir den Mitarbeitenden in der Pflege Sorge tragen. Da haben wir ja auch das ganze Thema mit der demografischen Entwicklung, Leute, die man ausbilden und auch im Beruf halten muss, das da sicher auch angedeutet wurde in dieser ganzen Erklärung.

Ich denke aber, es ist auch wichtig – gerade für funktionierende grosse Systeme, grosse Arbeitgeber, wie ich sie genannt habe mit dem städtischen Bereich Alter und Pflege (dem grössten innerhalb der Stadtverwaltung) oder auch dem Kantonsspital Winterthur - dass man da auch Kritik, selbstverständlich, und Verbesserungen anbringen können soll innerhalb der Linie (es gibt da ganz viele Möglichkeiten innerhalb der Stadtverwaltung und ausserhalb der Stadtverwaltung, das anzubringen), bevor man – wie es in diesem Fall ganz offensichtlich geschehen ist – gleich direkt mit nicht überprüfbaren Behauptungen an die Öffentlichkeit geht. Und da denke ich, haben wir (auch wenn ich die Serie noch nicht gesehen habe – wenn ich mal Zeit habe, werde ich sie mir sicher auch zu Gemüte führen) vermutlich schon den einen oder anderen Unterschied zur Sowjetunion und dem Beispiel Tschernobyl.

Wichtig scheint mir aber wirklich, den Fakt zu sehen: Sie haben jetzt von verschiedenen Zahlen gesprochen, Roman Hugentobler. Das ist ja nicht gerade die Stärke des Landboten, wenn es um Zahlen und Fakten geht. Da empfiehlt sich jeweils ein Korrigendum zum Thema. Was wir festhalten können in der Stadt Winterthur: Wir haben auch eine anspruchsvolle Situation, es läuft ganz bestimmt auch nicht alles überall perfekt. Das hat gar nie jemand behauptet. Es ist aber so, dass nachvollziehbare Dinge vorzubringen sind, damit man diesen auch nachgehen kann. Das machen wir, das haben wir auch schon mehrfach bewiesen in der Vergangenheit. Dann können wir im Bereich Alter und Pflege, aber auch in allen anderen Bereichen der Stadtverwaltung, auch lernen. Das ist auch unser Ziel.

Letztlich muss man sagen bei diesen Zahlen, die vorliegen: Mit unserem städtischen Personalstatut, mit unserem Stellenschlüssel – wir sind unter einem Druck, wir müssen auch immer schauen, wie wir in den Normkosten stehen, da haben wir uns auch verbessert – stehen wir im Vergleich mit den Mindestanforderungen, vermutlich auch im Vergleich mit den vergleichbaren Institutionen, sehr sehr gut da in der Stadt Winterthur als Arbeitgeber. Auch wenn man da in den vergangenen Landbote-Berichten nicht immer so ganz sicher war. Und ich kann auch nicht ausschliessen, dass das nicht auch der Fall ist beim einen oder anderen Bericht, der noch kommen wird. Aber ich werde gerade auch die SSK immer direkt informieren, damit

Sie sehen, was wir dem Landboten zugestellt haben, und Sie dann überlegen können, was Sie in der Zeitung lesen und was Sie von uns als Antworten erhalten haben. Und das wäre sicher gut, wenn man das – wenn man es für nötig hält – auch innerhalb der Fraktionen weitergeben würde. Transparenz und Sachlichkeit sind uns ganz wichtig bei diesem Thema. Besten Dank, dass wir der Pflege auch in Zukunft Sorge tragen – und für Ihre Unterstützung.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Die zweite persönliche Erklärung wurde zurückgezogen, deshalb kommen wir jetzt zur Traktandenliste.

Traktandenliste

Ratspräsidentin M. Sorgo: Heute gibt es einige Anträge für Anpassungen der Traktandenliste. Zuerst hat das Wort Christa Meier für das Traktandum 7.

Stadträtin Ch. Meier: In Absprache mit dem BBK-Präsidenten und dem entsprechenden Referenten aus der BBK möchte ich beantragen, dass man das Traktandum 7, Geschäft 20.124, heute von der Traktandenliste streicht.

Und zwar aus folgendem Grund: Dieses Geschäft, die BZO-Teilrevision mit dem Mehrwertausgleich, ist ganz eng geknüpft an das Geschäft 21.44, die Verordnung über den kommunalen Mehrwertausgleichsfonds. Dieses Geschäft 21.44 wurde zwar inhaltlich bereits in der BBK besprochen, aber noch nicht formell abgesegnet. Und weil die beiden Geschäfte so eng miteinander verbunden sind, wäre es uns ein grosses Anliegen, diese da im Gemeinderat auch miteinander behandeln zu können. Und in diesem Fall erst, nachdem es in der BBK auch formell verabschiedet ist.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Gibt es da Gegenanträge? – Dann ist das Traktandum 7 von der Traktandenliste abgesetzt und wird zu gegebenem Zeitpunkt zusammen mit der Verordnung aufgenommen.

Das Traktandum 14, das ist das Geschäft 21.4, Begründung des Postulats Biodiversitätskorridore, wird auf die nächste Sitzung verschoben, falls wir heute so weit kommen sollten. Dies, weil die Erstpostulantin heute abwesend ist.

Weiter haben wir geplant, das Traktandum 9 ohne Beratung zu behandeln.

Gibt es zu diesen zwei Änderungen anderslautende Anträge? – Dann ist die Traktandenliste mit diesen Änderungen genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 3./4. Sitzung

Ratspräsidentin M. Sorgo: Protokoll der 3./4. Sitzung. Gibt es da noch Bemerkungen dazu? – Wenn das nicht der Fall ist, dann haben Sie das Protokoll der 3. und 4. Sitzung genehmigt.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2021.14: Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2020

Ratspräsidentin M. Sorgo: Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2020. Wir werden mit der Rechnung 2020 auch gleich den Geschäftsbericht beraten. Wir

werden zuerst, wie schon angekündigt wurde, eine Eintretensdebatte führen und nachher zur Detailberatung kommen und dann zur Schlussabstimmung gemäss der Weisungsanträge. Anträge zu einzelnen Produktgruppen – sollte es noch solche geben – stellen Sie diese bitte direkt in der jeweiligen Produktgruppe.

Zum Einstieg gebe ich das Wort dem AK-Präsidenten Felix Helg für den Start in die Eintretensdebatte.

F. Helg (AK): Das Rechnungs- und Geschäftsjahr 2020 war wahrhaftig ein ganz besonderes Jahr: Die Corona-Pandemie hat die Verwaltungstätigkeit über das ganze Jahr hinweg entscheidend geprägt. Darum möchte ich dieses Mal mit dem Geschäftsbericht beginnen und die Zahlen der Rechnung an zweiter Stelle erläutern.

Der Geschäftsbericht ist bekanntlich seit mehreren Jahren im Rechnungsbuch integriert. Wenn man sich da einliest, so erkennt man rasch den «roten Faden» der Corona-Pandemie, der sich durch die einzelnen Verwaltungsbereiche zieht. Praktisch überall hat die Bewältigung der Corona-Pandemie zu einschneidenden Veränderungen in der Arbeitswelt geführt. Man kann aber klar festhalten: Die Verwaltungstätigkeit hat trotz allen Widerwärtigkeiten gut geklappt. Die Funktionsfähigkeit der Verwaltung war jederzeit sichergestellt. Sicher kann man aus einer Einzelperspektive und im Nachhinein einwenden, dass man das eine oder andere hätte anders oder besser machen können. Und das, was dabei eine politische Relevanz hatte, ist ja auch in den politischen Gremien aufgearbeitet worden oder es wird noch aufgearbeitet werden.

Das insgesamt positive Fazit ist zuallererst dem grossen Einsatz und der Flexibilität des städtischen Personals auf allen Stufen und in allen Bereichen zu verdanken. Wenn ich jetzt ein paar Beispiele nenne, so laufe ich natürlich Gefahr, vieles unerwähnt zu lassen. Nichtsdestotrotz vier Beispiele: Das Pflege- und Spitexpersonal hat unter erschwerten Arbeitsbedingungen die Pflegedienstleistungen durchgehend gewährleistet. Die Angehörigen der Stadtpolizei haben die Corona-Regeln auch in brenzligen Situationen durchgesetzt. Die Informatikdienste haben in sehr kurzer Zeit die Bedingungen geschaffen, dass eine Tätigkeit im Home-Office möglich war. Oder im administrativen Bereich musste man die Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung aufrechterhalten, Umsetzungsvorschriften mussten erlassen und Unterstützungsgesuche beurteilt werden – und das alles unter Zeitdruck.

An dieser Stelle möchte ich daher auch seitens der Aufsichtskommission des Grossen Gemeinderates dem ganzen städtischen Personal herzlich danken für sein grosses Engagement, das viel Kraft erfordert hat, auch unter dem Aspekt, dass alle Angestellten ja zusätzlich persönlich oder familiär durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie in irgendeiner Art betroffen waren. Gleichzeitig wünsche ich dem Personal weiterhin viel Erfolg bei der weiteren Bewältigung der Corona-Pandemie, denn: Die Pandemie ist ja noch nicht vorbei.

Zusätzlich danke ich an dieser Stelle für die Erarbeitung von Rechnung und Geschäftsbericht dem Finanzdepartement unter der Leitung von Stadtrat Kaspar Bopp und allen Fachleuten in den Departementen bestens.

Mit der Rechnung in Kürze komme ich auf ein paar Kenndaten. Der Stadtrat legt uns einen Rechnungsabschluss vor mit einem Aufwandüberschuss von 8.3 Mio. Franken. Budgetiert wurde ein Gewinn von praktisch einer schwarzen Null, von 1.9 Mio. Franken.

Bei den Investitionen ins Verwaltungsvermögen liegen wir netto bei 105.6 Mio. Franken. Der Realisierungsgrad – gemessen an dem, was budgetiert war – liegt dabei nur knapp über 50%.

Bei den Investitionen ins Finanzvermögen liegt man mit netto 14.2 Mio. Franken nur leicht unter dem budgetierten Wert.

Aktiven und Passiven erreichen in der Bilanz die Summe von über 3 Milliarden Franken.

Der mittelfristige Ausgleich der Rechnung ist erreicht (er betrifft vier Rechnungsjahre, 2017-2020, und vier Planjahre, 2021-2024). Der positive Saldo liegt bei 67.9 Mio. Franken.

Die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie berechnet die Stadt auf 31.6 Mio. Franken, natürlich noch beschränkt auf das Jahr 2020. Einschneidend sind die Steuerausfälle bei juristischen Personen, die mit 21.0 Mio. Franken ausgewiesen werden. Der zweite wichtige

Posten umfasst Ertragsreduktionen, darunter Ausfälle im Zusammenhang mit der schulergänzenden Betreuung oder mit Gebührenerlassen und Mieterlassen.

Ich komme im Weiteren zu den wichtige Budget-Abweichungen. In der Erfolgsrechnung ergeben sich die folgenden wichtigen Abweichungen gegenüber dem Budget, sortiert nach der Betragshöhe:

Bei der Produktegruppe Immobilien fällt die tiefere Neubewertung von Wohnliegenschaften auf (14.9 Mio. Franken Minderertrag). Hier kann man sich sehr wohl noch ein Optimierungspotenzial vorstellen, um eine bessere Genauigkeit in der Budgetierung dieses buchhalterischen Wertes zu erreichen.

Markant ist dann auch der Minderertrag auch bei der Produktegruppe Steuern und Finanzausgleich (13.1 Mio. Franken). Eklatant unter Budget sind die direkten Steuern bei den juristischen Personen, davon ist ein Teil wie vorhin gesagt auch Corona-bedingt. Aufgewogen wird dieser Umstand teilweise durch erheblich höhere Grundstückgewinnsteuern. Einmal mehr zeigt sich, dass sich auch im Steuerbereich wesentliche Diskrepanzen zwischen Budget und Rechnung ergeben.

Erfreulich ist, dass in der Produktegruppe Individuelle Unterstützung ein markanter Minderaufwand resultiert (11.1 Mio. Franken). Das war gerade im Corona-Jahr nicht von vornherein ein erwartetes Ergebnis. Möglicherweise haben vorgelagerte Leistungen der Sozialversicherungen Notlagen primär abgewendet, so dass die Sozialhilfe nicht oder noch nicht einspringen musste.

Bei der Produktegruppe Volksschule ergaben sich geringere Personalausgaben und auch weniger Abschreibungen aufgrund einer tieferen Investitionstätigkeit, woraus ein Minderaufwand von 5.5 Mio. Franken resultierte.

Und schliesslich führten bei Produktegruppe Städtische Allgemekosten und Erlöse unter anderem die Jubiläumsdividende von der Zürcher Kantonalbank mit einem Mehrertrag von 3.7 Mio. Franken und im Gegenzug die tiefere Zinsbelastung von 2.2 Mio. Franken zu einem merklichen Mehrertrag, der mit einer Summe von 5.2 Mio. Franken ausgewiesen ist.

Soweit zur Erfolgsrechnung.

In der Investitionsrechnung: Hier ist das Fazit einigermaßen ernüchternd. Ich kann hier wortgenau den gleichen Satz sagen wie letztes Jahr an dieser Stelle: Bei der Investitionsrechnung zum Verwaltungsvermögen ist der wesentliche Befund wie im letzten Jahr, dass der definierte Investitionsplafonds nicht erreicht wurde. Mit anderen Worten: Man hat deutlich weniger investiert, als man sich vorgenommen hat. Mit einem Realisierungsgrad von rund nur gerade 50.8%, entsprechend einer Nettoinvestition von 105.6 Mio. Franken, hat man aber einen Stand erreicht, wo man sich schon fragt, ob die Budgetierung tatsächlich genügend realitätsbezogen ist.

Bedeutende Projekte, das möchte ich da auch noch kurz in Erinnerung rufen, waren der Bau des neuen Polizeigebäudes, die Sanierung der Schulanlagen Mattenbach und Hohfurri sowie der Ersatzneubau des Schulhauses Wallrüti.

Besser sieht es aus bei der Investitionsrechnung zum Finanzvermögen. Basierend auf einem sehr kleinen Niveau von 14.2 Mio. Franken Nettoinvestitionen wurde hier ein Realisierungsgrad von 84.5% erreicht.

Wichtige Projekte waren hier die Neuüberbauung des Frohsinn-Areals in Wülflingen und die Gesamtsanierung der Liegenschaft Stadthausstrasse/Obertor.

Noch ein Blick auf die Bilanz: Wir haben ein zweckfreies Eigenkapital von noch 106.5 Mio. Franken. Da ist nun auch der Verlust von 8.3 Mio. verbucht. Die Verschuldung hat leicht abgenommen auf 1,148 Milliarden Franken und die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt dementsprechend noch gut 10'000 Franken.

Jahresrechnung und Geschäftsbericht sind von der Aufsichtskommission und den drei Sachkommissionen beraten worden. Es sind mir in meiner Funktion als Präsident der Aufsichtskommission keine Befunde aus den Sachkommissionen mitgeteilt worden bzw. in den Kommissionsprotokollen ersichtlich, die aufgrund ihrer Bedeutung im Einleitungsreferat zu erwähnen wären. Es sind auch alle Einzelrechnungen der Produktegruppen einstimmig abgenommen worden.

Aller Voraussicht nach werden die einzelnen Teile der Rechnung ohne oder ohne grosse Diskussionen durch den Rat gehen. Das heisst aber nicht, dass man sich in den Kommissionen mit der Sache bloss unzureichend befasst hätte. Im Gegenteil: Rechnung und Geschäftsbericht sind seriös und mit einigem zeitlichen Aufwand geprüft und diskutiert worden.

Zum Revisionsbericht der Finanzkontrolle: Die Finanzkontrolle empfiehlt in ihrem Bericht die Abnahme der Rechnung. Der Bericht ist öffentlich und wird Bestandteil der definitiven Fassung des Rechnungsbuchs werden.

Die Anträge der Aufsichtskommission folgen den Anträgen des Stadtrats.

1. Abnahme der Jahresrechnung gemäss den Kennzahlen in der Weisung des Stadtrats. Da beantragt die Aufsichtskommission, den Antrag anzunehmen (11:0).

Dasselbe gilt für Ziff. 2 mit den Einlage- und Entnahmesätzen in oder aus der Reserve (11:0).

3. Abnahme der Globalrechnungen der Produktgruppen. Da ist der Antrag auch 11:0 für die Zustimmung.

Und schliesslich die Genehmigung des Geschäftsberichts, ebenfalls Zustimmung mit 11:0.

Zum Schluss: Diese Rechnungsberatung ist für alle hier bereits eine „Dernière“ in dieser Amtsdauer. Die Rechnung des laufenden Jahres wird dann bereits vom neu gewählten Parlament, das dann frisch demokratisch legitimiert ist, abgenommen. Der Begriff „Dernière“ stammt ja vom Theater. Tatsächlich kann einen der Ablauf der Rechnungsberatungen manchmal an eine wiederkehrende Theateraufführung nach einem streng geordneten Ablauf, angefangen von der Rechnungspräsentation durch den Stadtrat bis zur parlamentarischen Beratung heute, erinnern. Nichtsdestotrotz sollte das Parlament nicht in eine träge Routine verfallen. Vielmehr gilt es, wachsam zu sein, die Tätigkeit von Stadtrat und Stadtverwaltung kritisch zu würdigen und Gutes wie auch weniger Gutes zu konstatieren. Das ist und bleibt eine der Kernaufgaben der Volksvertretung.

D. Oswald (SVP): An erster Stelle danke ich allen Beteiligten von der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit. Insbesondere erwähne ich hier die Weisung und die darin aufgeführten Grafiken mit den Verweisen auf die Details. Dies ist für unsere Arbeit sehr hilfreich.

Gerne weise ich aber auch darauf hin, dass wir hier im Gemeinderat die Rechnung primär aus Sicht der politischen Führung der Stadt Winterthur betrachten und würdigen. Wenn also im einen oder anderen Punkt kritisiert wird, so zielt diese Kritik sicher nicht auf die Angestellten der Stadt Winterthur, denn wir sind überzeugt, dass die Angestellten der Stadt gemäss ihren Anweisungen aus der Führung handeln. Die Kritik aus dem Gemeinderat, in welcher Art diese auch immer ausfallen wird, gilt der gewählten politischen Führung der Stadt Winterthur. Wie immer kommt es anders, als dass man angenommen hat. Im 2020 waren die Abweichungen durch Corona und durch den Umgang der Politik mit Corona definitiv ausserhalb des üblichen Rahmens von Abweichungen. Wir alle müssen uns bewusst sein, dass die Folgen aus dieser Situation noch lange zu spüren sein werden. In der Rechnung 2020 – der Kommissionspräsident ist darauf eingegangen - sehen wir erst die ersten Spuren.

Eine, wenn nicht die zentrale, Zahl in der Rechnung ist der betriebliche Aufwand. Viel oder zu viel, ist hier die Frage. Ich kann mich erinnern: Damals beim Budget 2013 haben wir von der SVP-Fraktion die Forderung gestellt, dass sich der Nettoaufwand pro Einwohner bei 11'300 Franken einpendeln sollte. Der Aufwand der Rechnung 2011 entsprach nämlich diesem Wert. Im 2020 hatten wir im Mittel 116'000 Einwohner, was bei einem Nettoaufwand von 1.477 Milliarden 12'732 Franken pro Einwohner ausmacht. Wir sind also mittlerweile über 10% höher. Die Aufwandstreiber sind erstens jene der überproportionalen Gemeindeaufgaben, welche auch zu einem wesentlichen Teil von einer Mehrheit dieses Parlamentes gefordert werden, und zweitens der Umstand, dass die aktuelle politische Führung das Ziel gar nicht hat, den Aufwand der Verwaltung zu verkleinern oder zu reduzieren. Die SVP-Fraktion steht mit ihren Bestrebungen, hier eine Umkehr in Gang zu setzen, oft alleine da. Dies finden wir schade. Aber nicht wegen der SVP, sondern wegen den Einwohnern der Stadt Winterthur.

Die zweite wesentliche Zahl sind die Einnahmen. Schauen wir uns auch mal die längerfristige Entwicklung der Einnahmen der Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich an. Im 2020 hatten wir Einnahmen von 611 Mio. Franken. Davon 419 Mio. Steuern und 185 Mio. Finanz-

ausgleich. Im 2019 waren es sogar 639 Mio., davon 434 Mio. Steuern und 200 Mio. Finanzausgleich. Im 2011 hatten wir bei dieser Position Einnahmen von 503 Mio. Franken (damals war das noch nicht aufgeteilt). Im Schnitt steigen die Einnahmen der Stadt Winterthur pro Jahr um über 10 Mio. Darin eingerechnet ist die Reduktion des Finanzausgleichs, welcher sich in den letzten Jahren eher reduziert hat. Also steigen in Tat und Wahrheit die Steuereinnahmen kontinuierlich an und dies auch ohne Steuerfusserhöhung. Je grösser die Gewinne der Unternehmen, desto grösser die Lohnerhöhungen und desto höher auch die Steuereinnahmen.

An dieser Stelle beleuchte ich auch noch gerne die aktiven und passiven Steuerauscheidungen der Stadt. Während im Vergleich der letzten fünf Jahre die aktiven Steuerauscheidungen von 17 auf 24 Mio. um rund 50% angestiegen sind, liegen die passiven Steuerauscheidungen jeweils in einem Korridor zwischen 35 und 40 Mio. Franken im gleichen Zeitraum. Welche Fragen erfolgen daraus? Deutet der hohe Anstieg der aktiven Steuerauscheidung auf einen Wegzug von Steuerpflichtigen aus Winterthur hin? Weist der gleichbleibende Verlauf der passiven Steuerauscheidungen darauf hin, dass nicht in Winterthur ansässige Steuerpflichtige nicht mehr in Winterthur investieren? Wir wissen es nicht, aber wir werden es in Erfahrung bringen müssen.

Gerne gehe ich auch noch auf ein paar jahresspezifische Punkte ein. Durch die Fristverlängerung der ALV im Zusammenhang mit Corona gab es weniger Zugänge in die Sozialhilfe. Interessant ist auch, dass weniger Eintritte in die Altersheime zu verzeichnen waren und Spitex einen Boom erlebte. Oder dass in der Produktegruppe Steuerbezug die Einschätzungsquote im 2020 wesentlich erhöht werden konnte. Diese Effekte sind aufgrund der Coronasituation entstanden. Es wird sich zeigen, wie sich das in den Folgejahren auswirken wird. Es ist davon auszugehen, dass die Zugänge in die Sozialhilfe bald überproportional zunehmen werden. Wie die Weiterentwicklung bei Spitex und Altersheimen sein wird, lässt sich jetzt noch nicht abschätzen. Wenn Homeoffice zu massiv höherer Produktivität führt, wie man auf den ersten Blick aus dem Anstieg der Einschätzungsquote ableiten könnte, ergäbe dies ja noch ein massives Potenzial zu Kostenreduktionen. Jetzt können solche Schlüsse noch nicht gezogen werden.

Etwas widersprüchlich sind die Angaben in der Rechnung in der Produktegruppe Volksschule. Auf Seite 2 der Weisung wird erklärt, dass die Budgetunterschreitung von 5.5 Mio. hauptsächlich aufgrund tieferer Lehrerlöhne und Abschreibungen zu Stande gekommen sei. Auf Seite 7 wird aber die Produktegruppe Volksschule mit einer Budgetüberschreitung von 1.4 Mio. im Personalaufwand aufgeführt. Ich gehe davon aus, dass die Lehrerlöhne im Personalaufwand der wesentliche Teil der Ausgabenposten sind. Wenn dieser kleiner war als budgetiert und im Personalaufwand insgesamt aber trotzdem eine Budgetüberschreitung zustande gekommen ist, dann bedeutet dies ja, dass in allen anderen Positionen - ausser der Lehrerlöhne - die Budgetüberschreitung noch höher war als die 1.4 Mio. Es wird in der Weisung auf den Kommentar Teil B Seite 196 verwiesen. Leider helfen mir diese Informationen nicht wirklich weiter, sie erhellen die genauen Umstände nicht. Aber vielleicht kann mir dann ja noch jemand zusätzliche Informationen dazu geben.

Zum Schluss noch einen Blick auf das Finanzvermögen und die Bilanz: Es ist zu begrüßen, dass in Zeiten knapper Mittel die Investitionen ins Finanzvermögen heruntergefahren werden. Aufgrund der Schuldsituation der Stadt Winterthur müsste hier noch weiter reduziert werden. Zwar hat sich die Nettoschuld pro Einwohner etwas reduziert. Deutlich gesunken ist das kurzfristige Fremdkapital. Das langfristige ist aber weiter angestiegen. Die Bruttoschulden, welche verzinst werden müssen, steigen also weiter an. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Anstelle von Investitionen ins Finanzvermögen, welches ja für die hoheitlichen Aufgaben der Stadt nicht zwingend benötigt wird, sollten die Mittel dazu verwendet werden, Schulden zu reduzieren oder als ersten Schritt zumindest keine weiteren Schulden aufzubauen.

Die SVP-Fraktion stimmt der Abnahme der Rechnung und des Geschäftsberichtes zu.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Das Entscheidende vorweg: Die Fraktion Grüne/AL tritt auf die Rechnung ein und wird die Rechnung und den Geschäftsbericht abnehmen. Die Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der ganzen Verwaltung für die geleistete Arbeit. Das war wirklich kein einfaches Jahr und trotzdem war die Budgetdisziplin gut.

Wir haben es gehört: Das Ergebnis ist ca. 10 Mio. schlechter als budgetiert. Die Corona-Auswirkungen werden vom Stadtrat auf 31 Mio. beziffert, darin eingeschlossen (wie erwähnt) 21 Mio. tiefere Steuereinnahmen bei den juristischen Personen. Das heisst für mich: Ohne Corona hätte die Stadt die budgetierten Ziele sicherlich erreicht. Gemäss Darstellung des Stadtrates hätte sie sogar die gesetzten Ziele um einiges übertroffen – und insofern kann man trotz diesem Verlust von einem grundsätzlich sehr erfreulichen Ergebnis sprechen.

Auf den ersten Blick besorgniserregend sind die wesentlich höheren Sachaufwände. Wenn man aber genauer hinschaut, stellt man fest, dass dieser beim Stromhandel von Stadtwerk angefallen ist und klar relativiert werden muss, weil nämlich auf der anderen Seite Stadtwerk auch einen entsprechenden Mehrertrag verbuchen konnte. Insofern ist der höhere Aufwand berechtigt und klar.

Weniger berechtigt, sondern eher erschreckend ist der sehr tiefe Realisierungsgrad bei den Investitionen. Klar, dazu hat sicher auch die Corona-Pandemie beigetragen, aber ein derart tiefer Realisierungsgrad ist nicht zukunftsweisend und wir werden früher oder später die finanziellen Auswirkungen spüren und einfach entsprechende Mehraufwendungen haben. Dani Oswald hat vorhin die aktiven und passiven Steuerauscheidungen angesprochen und daraus ein paar Schlüsse gezogen. Ich bin nicht sicher, ob es so einfach ist. Es ist zu berücksichtigen, dass das nur die Ausscheidungen innerhalb des Kantons Zürich sind. Und nicht die innerhalb der Schweiz. Die Aussagekraft ist sehr begrenzt. Ich gehe aber einig mit Dani Oswald, dass man das durchaus in der AK thematisieren könnte.

Auch in dieser Rechnung ist natürlich die Pensionskassenrückstellung wieder ein Thema. Vor sehr langer Zeit habe ich einmal bei einer Rechnungsabnahme darauf hingewiesen, dass Schwarzmalereien in Sachen Zukunftsaussichten der städtischen Pensionskasse zu relativieren seien. Die Relativierung ist nun da. Allerdings, das muss man auch sagen, dieses Spiel ist noch nicht durch. Ich bin gespannt auf die Pensionskassenvorlage des Stadtrates. Ich bin auch gespannt, wie dann die Börse aussieht. Ist es dann immer noch so rosig oder ist die Blase bereits geplatzt? Welches sind die nächsten Gewitterwolken, die in Sachen Pensionskasse aufziehen? Und Gewitterwolken heisst ja noch lange nicht, wie stark es dann regnet. Aber das ist alles Zukunftsmusik. Die Rechnungsabnahme befasst sich ja wie erwähnt mit der Vergangenheit.

Und deshalb nochmals zusammenfassend: Die Fraktion Grüne/AL tritt auf die Rechnung ein, stimmt ihr zu und bedankt sich beim Stadtrat und den Angestellten für ihre geleistete Arbeit.

U. Hofer (FDP): In einem Satz lautet das Fazit zur Jahresrechnung 2020 wie folgt: «Die Rechnung schliesst viel besser ab als wegen Covid und der letzten Hochrechnung befürchtet wurde - aber es ist auch alles andere als gut.» In diesem Satz sind drei Kernbotschaften drin, die ich gerne kurz beleuchten möchte. Das letzte, von Covid geprägte, Jahr war sicher nicht nur für weite Teile der Privatwirtschaft und der Bevölkerung ein aussergewöhnliches Jahr, sondern es war sicher auch aussergewöhnlich für die Verwaltung und deren Mitarbeitende. In diesem Sinn gebührt der Verwaltung auch von unserer Seite ein ausserordentliches Dankeschön, dass trotz aussergewöhnlicher Umstände der Service Public mehr oder weniger normal aufrechterhalten werden konnte, und das, obwohl man immer wieder eine kreative Lösung suchen musste für die Hindernisse, die einem in den Weg gelegt wurden. Natürlich gibt es sicher einiges, was wir im Rückblick besser oder noch besser hätten machen können, und Lehren, die man daraus ziehen kann, aber in der Gesamtschau hat vieles erstaunlich gut und normal funktioniert. Und davon zeugt auch die vorgelegte Rechnung. In diesem Sinne nochmals ein Dankeschön.

Aber eben: Noch im letzten Budgetprozess vom letzten Jahr wurde uns prognostiziert, dass es ein wesentlich schlechteres Ergebnis geben wird. Man kann jetzt sagen, dass eine Prognose wegen Covid schwierig ist. Aber dieses Argument alleine verfängt halt nicht, wenn man

schauf, dass es 2019 und 2018 und 2017 ganz ähnlich war. Es ist das vierte Mal hintereinander, dass man bei der Hochrechnung um jeweils zweistellige Millionenbeträge daneben lag – und immer auf dieselbe Seite. Die Rechnung war jeweils deutlich besser als in der Hochrechnung prognostiziert wurde. Ein Schelm, der Böses denkt – aber ein Schelm könnte glauben, man verkaufe uns extra schlechte Zahlen, wenn man gleichzeitig im Budgetprozess eine Steuererhöhung beantragt. Man muss aber nicht mal ein Schelm sein, um ganz nüchtern festzustellen, dass die Genauigkeit unserer Planungsinstrumente zu wünschen übrig lässt. Denn die Hochrechnung beeinflusst nicht nur die Entscheidung des Gemeinderats beim Budgetprozess (Sparanträge, Festsetzung des Steuerfusses usw.). Es ist alleine deshalb schon essenziell, aber die Zahlen bilden ja auch die Grundlage für die Zahlen, die wir im Budget festlegen. Wenn wir im Dezember oder ausnahmsweise im Januar oder Februar das Budget verabschieden, so verabschieden wir dann – wenn unsere Planungsinstrumente so sind, wie sie sind – eigentlich Zahlen, die bereits zum Zeitpunkt der Verabschiedung Altpapier und unrichtig sind. Das betrifft auch, aber nicht nur, die Investitionsplanung. Das DFI gelobt aufrichtig, diese Budget- und Rechnungsprozesse einer detaillierten Überprüfung zu unterziehen und zu verbessern. Aus Sicht der FDP-Fraktion kann ich nur sagen, dass wir das sehr begrüssen – auch erwarten – und natürlich auch in Zukunft ein Auge darauf werfen werden, ob sich die Verlässlichkeit und die Aussagekraft unserer Planungsinstrumente steigert.

Der dritte Punkt betrifft den Umstand, dass die Rechnung eben als andere als gut bezeichnet werden kann. Man kann sie nur als relativ gut bezeichnen, wenn man jetzt die Covid-Situation sieht. Einiges davon ist tatsächlich hinter dem Covid-Nebel verborgen, aber für uns ist insbesondere die Entwicklung bei den Unternehmenssteuern als einer von mehreren Punkten äusserst beunruhigend. Es ist nämlich eine Tendenz, die schon vor Covid zu beobachten war. Eine Grossstadt ohne florierende Wirtschaft ist und bleibt eine Schlaf- und Pendlerstadt mit knappen Finanzen. Wir haben es vorhin von Dani Oswald gehört, was eine natürliche Person kostet. Wir brauchen halt auch die Wirtschaft dazu, um diese Kosten tragen zu können. Es muss und darf also unser Anspruch als 6. grösste Stadt der Schweiz mit unglaublich vielen Vorzügen sein, auch als Wirtschaftsstandort mit der Spitze mithalten zu können. Lebensqualität und Wirtschaft bedingen sich unseres Erachtens gegenseitig und deshalb muss sich der Stadtrat – egal in welcher Zusammensetzung und egal mit welcher Ideologie – vermehrt und dringend auch wieder um den Wirtschaftsstandort Winterthur kümmern.

Positiv hervorheben möchte ich die Produktegruppe Immobilien. Covid-bedingt ist zwar nicht alles rund gelaufen (ich denke da z.B. an die Einnahmen der Gastronomen, die Pächter der Stadt Winterthur sind) und dann hat sich bei der Schätzung eines Aufwertungsgewinns auch noch ein Fehler eingeschlichen, welcher den Rechnungsabschluss im zweistelligen Millionenbereich verschlechtert hat. Aber: So transparent wie die Produktegruppe Immobilien hat kaum eine Produktegruppe ihre Rechnung präsentiert. Deshalb kein Tadel, sondern eben gerade ein Lob. Wir erwarten Transparenz, welche den Nachvollzug der Rechnung ermöglicht. Wir erwarten weiter, dass man zu Fehlern steht und diese auch ehrlich anspricht. Auch das hat die Produktegruppe Immobilien gemacht. Davon könnten sich einige andere Produktegruppen wohl noch eine Scheibe abschneiden.

Zur Mahnung – und da bin ich nicht der einzige Rufer im Wald – es ist nach wie vor ungenügend, einen Realisierungsgrad von bloss 50.8% zu haben bei den Investitionen. Wir laufen nicht nur in Gefahr, einen Investitionsstau zu verursachen, sondern die ungenaue Planung muss ressourcenineffizient sein und erlaubt auch keine sinnvolle Priorisierung. Das betrifft meines Erachtens auch Projekte, die z.B. erst in zwei Jahren vorgesehen sind. Diese werden dann immer wieder zurückgestuft, weil man es einfach nicht schafft, die vorangehenden Projekte rechtzeitig abzuarbeiten. Oder sie kommen irgendwann auch auf die Liste, aber werden dann nicht realisiert. So macht das irgendwie keinen Sinn. Die FDP-Fraktion macht auch keinen Freudensprung, wenn wir einen Selbstfinanzierungsgrad von über 100% erreichen und die Verschuldung sinkt, aber das nur deshalb besser wird, weil wir fast nichts mehr investieren. Wir machen den Freudensprung erst dann, wenn wir nach wie vor einen gesunden Investitionsgrad halten können und die daraus resultierenden Abschreibungen auch finanziell tragen können.

Zuletzt die klare Erwartungshaltung: Wenn die Börse bis Ende Jahr nicht – wie von Christian angedroht – abstürzt und sich der Deckungsgrad der Pensionskasse noch weiter erholt, was bei den laufenden Sanierungsbeiträgen und der tiefen Soll-Rendite nach all diesen Anpassungen zu erwarten ist, dann wird es endlich, endlich Zeit, auch die PK-Rückstellung entsprechend anzupassen bzw. aufzulösen. Dass das bis heute nicht gemacht wurde, kann meines Erachtens nur politisch, aber kaum finanzmathematisch erklärt werden. Die PK hat aber, und das habe ich schon vielfach gesagt, strikt nach finanzmathematischen Überlegungen und nicht politisch geführt und finanziert zu werden, wenn sie unser Vertrauen zurückgewinnen will.

Betreffend Aufwandsteigerung und Haushaltgleichgewicht kann ich auf das detaillierte Votum von Daniel Oswald verweisen, dem ich mich anschliesse, bzw. auf meine früheren Voten. In dem Sinne bin ich am Ende. Die FDP-Fraktion tritt selbstverständlich auf die Rechnung ein – und Hopp Schwiiz.

F. Kramer (EVP): Gerne treten wir als EVP auf die Rechnung ein. Wir bedauern natürlich den Verlust in der diesjährigen Rechnung. Gemäss Weisung ist der Aufwandüberschuss v.a. der Pandemie, den tieferen Bewertungsgewinnen im Finanzvermögen (wir haben es gerade gehört von Urs Hofer) und den fehlenden Steuereinnahmen bei den juristischen Personen zu erklären.

«Isch schwierig» hörten wir oft dieses Jahr. Natürlich im Zusammenhang mit der Pandemie, als allererstes. Ganz klar hatte die Stadt hier Mehrausgaben. Wir sind froh, hat die Stadt schnell und unaufgeregt gehandelt, wo es nötig war. Wir sind verhalten zuversichtlich, dass das Größte an finanziellen Auswirkungen der Pandemie überwunden ist. Die Wirtschaft ist im Aufschwung, es geht aufwärts. Das Risiko sind im Moment noch Lieferengpässe - wir hoffen, die Stadt wird hier nicht zu stark betroffen sein.

Uns ist auch aufgefallen, dass sich in ganz vielen Produktgruppen die Mehrausgaben wegen Corona die Waage hielten mit Minderausgaben - ebenfalls wegen Corona. Die Pandemie führte also auch zu Einsparungen. Wir hoffen, dass auch diese Einsparungen einmalig waren, da sie genau Zeugnis dafür sind, dass es an so viel Lebendigem fehlte im vergangenen Jahr. Aber immerhin, sehr viele Produktgruppen konnten ihr Budget einhalten, das freut uns. Wir danken den städtischen Mitarbeitern für den sorgsamen Umgang mit den Finanzen! So war denn die Abnahme der Produktgruppen in den Kommissionen auch nicht umstritten. Wir danken der Verwaltung an dieser Stelle sehr herzlich für das Zusammenstellen der Rechnung und den grossen Einsatz ganz allgemein im schwierigen letzten Jahr!

«Es isch schwierig» – das gilt auch bei den direkten Steuern der juristischen Personen, es fehlen 28 Mio. Das ist beträchtlich und zum Teil, aber halt nur zum Teil, mit Corona zu erklären. Der Zweckverband Regionalplanung Winterthur und Umgebung hat das Ziel, in der Region Winterthur bis 2030 insgesamt 50'000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. House of Winterthur ist damit beauftragt, Unternehmen in Winterthur anzusiedeln. Wir hoffen da sehr auf effizientes Wirken und gutes Gelingen - gerade für künftig wieder höhere Steuereinnahmen.

Es wurde bereits gesagt, es sieht nicht gut aus mit vielen Parametern, die den finanziellen Zustand der Stadt «messen». Wären die Stadtfinanzen ein Patient, würden viele Maschinen warnende Piepstöne von sich geben. Das gilt z.B. für das zweckfreie Eigenkapital, den bereits oft genannten Realisierungsgrad, die Verschuldung, den Selbstfinanzierungsgrad im Allgemeinen Haushalt und so weiter. Da tönt vieles nicht gut. Diese Warnmeldungen müssen wir ernst nehmen und uns investieren in einen guten Budgetierungsprozess, auch in Verbesserungen des Budgetierungsprozesses, und für gesunde Stadtfinanzen. Da bleiben wir dran. Als EVP werden wir die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht gerne abnehmen.

R. Keller (SP): Je näher der Rechnungsabschluss 2020 kam, desto mulmiger wurde mir ehrlich gesagt. Die Auswirkungen von Corona auf die Finanzen der Stadt haben wahrscheinlich nicht nur bei mir ein flaes Gefühl ausgelöst. Aus diesem Grund nimmt die Fraktion der SP das Ergebnis mit ein bisschen Erleichterung zur Kenntnis, auch wenn es negativ ist. Mindestens ich habe weit Schlimmeres erwartet.

Ein Aufwandüberschuss von 8 Mio. statt einem Gewinn von knapp 2 Mio. ist angesichts einer weltweiten Bedrohungslage, die Auswirkungen auf wirklich alle und alles hatte, akzeptabel und aus unserer Sicht auch verkraftbar. Insbesondere wenn man darauf schaut, dass man 31 Mio. Mehraufwand oder Minderertrag nur durch Corona hatte. Es war entscheidend – und die Stadt hat das sehr gut gemacht – wie man Unternehmungen, Kulturbetriebe, Freizeiteinrichtungen und Gewerbetreibende mit Geld unterstützt hat und die z.T. doch massiven Ausfälle, die sie hatten, kompensierte.

Wenn ich schaue, welche nennenswerten Abweichungen es gab (es wurde bereits erwähnt), ist mir v.a. auch der Minderaufwand bei der Individuellen Unterstützung und der Pflegefinanzierung aufgefallen. Und ich bin sehr gespannt, ob das wirklich Corona-bedingt ist. Es ist eine sehr schwierige Frage, das zu beurteilen. Und man wird wahrscheinlich erst mit der Rechnung 2022 überhaupt sehen, wie sich das Ganze bewegt, weil ja dann auch noch das neue Gesetz zu den Zusatzleistungen in Kraft tritt.

Unschön, das wurde auch schon erwähnt, ist der Minderertrag bei den Immobilien durch die Minderbewertung dieser zwei Wohnliegenschaften. Aber das ist erstens eine einmalige Sache und zweitens, wie Urs schon gesagt hat, ist es nur durch einen Fehler passiert.

Auch erwähnt wurde und auch Sorgen bereitet uns sicher der Minderertrag von 28 Mio. bei der Gewinnsteuer der Unternehmungen, v.a. deshalb, weil es wahrscheinlich nicht etwas ist, hinter das man jetzt einen Haken machen kann und dann ist es gegessen und nächstes Jahr ist wieder alles normal. Wie lange das anhalten wird und was davon tatsächlich Corona-bedingt ist, kann man im Moment überhaupt nicht beurteilen. Ich finde, es nützt einfach überhaupt nichts, wenn man zu spekulieren beginnt, wie viel von diesem Betrag tatsächlich wegen Corona passiert ist und wie viel wegen Wegzug von Firmen, die einfach sowieso gegangen wären. Unsere Stadt macht ihr Bestes und ist attraktiv für Unternehmen. Die Wegzüge passieren eigentlich nicht, weil Winterthur Fehler macht, sondern weil es eben internationale und globale Bewegungen gibt im Bereich der Unternehmensansiedlung und weil ein absurder Steuerwettbewerb zwischen Ländern und in der Schweiz auch zwischen Kantonen macht, dass Unternehmungen so handeln.

Bemerkenswert aus meiner Sicht ist auch, dass die Nettoverschuldung und die Verschuldung pro Einwohnerin und Einwohner abgenommen hat. Das ist allerdings gar nicht wirklich ein Anlass zur Freude, weil dieser Effekt eigentlich durch geringere Investitionen zustande kam. Und diese Sorge, das wurde auch schon von anderen erwähnt, diese Differenz zwischen den budgetierten Investitionen ins Verwaltungsvermögen und der Rechnung, hat schon fast ein bisschen Tradition. Jedes Jahr sagen wir oder auch ganz viele andere Fraktionen, dass dieser Realisierungsgrad einfach zu tief ist. 2020 ist diese Quote gegenüber dem Vorjahr nochmals gesunken und ist, wie schon erwähnt wurde, bei ca. 50% angekommen. Es ist natürlich verständlich, es gibt gewisse Argumente, die in der Rechnung dargelegt werden oder die man uns sagte: Projektplanungen, die anders verlaufen sind, oder manchmal konnte man auch sparen und konnte Investitionen zu günstigeren Preisen tätigen, und das ist ja alles gut und recht. Wenn ich aber schaue, wie man das begründet und wo überhaupt diese Investitionsbudgets unterschritten wurden: 22 Mio. beim Bau, 3.1 Mio. Informatik, 24 Mio. bei Schule und Sport (ein ziemlich grosser Betrag), 4 Mio. bei den Alterszentren. Und überall steht auch immer wieder, dass Verzögerungen oder Verschiebungen der Grund sind, weswegen man die Investitionen nicht getätigt hat. Und vor meinem inneren Auge entsteht so etwas wie ein Bagger, der Erde vor sich hinschiebt und plötzlich staut es dann. Oder mir ist Deutschland in den Sinn gekommen, wo die Schulhäuser und Brücken und Strassen bröckeln. Und so etwas wollen wir wirklich nicht. Instandhaltung und Erneuerung, der Ausbau der Infrastruktur, das muss dringend mehr oder besser geplant werden. Alles, was wir nämlich 2020 nicht gemacht haben, müssen wir irgendwann später machen. Und irgendwann muss das irgendwer auch bezahlen. Der Stadtrat und das Parlament tragen die Verantwortung dafür, dass man mit guter Planung und durch kontinuierliche Realisierung von Projekten nicht in einen Investitionsstau zulasten der nachfolgenden Generationen gerät. Und unsere Pflicht als Parlament ist es eben, genügend Ressourcen für die Planung dieser Investitionen und für die Realisierung zur Verfügung zu stellen.

Die Rechnung hat, wie auch andere schon erwähnt haben, grosse Diskussionen in den Kommissionen verursacht. Gespräche, aber keine kontroversen Diskussionen. Und die Finanzkontrolle empfiehlt die Rechnung auch zur Abnahme.

Vorher wurde noch die Rückstellung der Pensionskasse erwähnt, die die Finanzkontrolle ja auch als nachvollziehbar anschaut. Dass die Finanzkontrolle in ihrem Tätigkeitsbericht auch noch ausdrücklich auf die angenehme und wertschätzende Zusammenarbeit mit dem Finanzdepartement und den Finanzverantwortlichen hinweist, ist sicher ein gutes Zeichen dafür, dass man da einen Weg zur Zusammenarbeit gefunden hat. Selbstverständlich jeder in seiner Rolle.

Ich schliesse mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern auch an und danke Kaspar Bopp und den Angestellten des Finanzamts ganz herzlich für ihren geleisteten Einsatz, die sorgfältige Aufbereitung der Zahlen und die meistens nachvollziehbaren Begründungen. Und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ganzen Stadtverwaltung für ihren ausserordentlichen Einsatz in diesem auch höchst ausserordentlichen Jahr.

Die Fraktion SP beantragt Eintreten und Abnahme der Jahresrechnung, der Globalrechnung und des Geschäftsberichts und die Zustimmung zum Antrag des Stadtrats betreffend Satz Einlagen und Entnahmen aus der Produktegruppe.

S. Kocher (GLP): Als Erstes Danke an Felix für das Vorstellen der Jahresrechnung. Die Grünliberalen sind für das Eintreten und Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichts und somit Zustimmung zu allen Anträgen des Stadtrats.

Es ist eine spezielle Rechnung, eine Rechnung, die von der Corona-Krise fast in jedem einzelnen Detail betroffen ist. Bei der Besprechung der einzelnen Produktegruppen hat sich sehr eindrücklich gezeigt, wie sich der Virus in allen Bereichen der Gesellschaft und somit dann auch in allen Bereichen dieser Rechnung eingeschlichen hat.

Wie bekannt: Die Rechnung schliesst, wie der Stadtrat es schreibt, mit einem Aufwandüberschuss von 8.3 Mio. ab oder direkt gesagt: Mit einem deutlichen Defizit. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass sich gerade bei den Steuereinnahmen von juristischen Personen ein sehr grosser Ausfall zeigte. Ob das alles nur der Corona-Krise oder den prominenten Wegzügen zuzuschreiben ist, werden die nächsten Jahre zeigen. Man darf es zumindest bezweifeln.

Da nützt es am Ende auch nichts, wenn sich die Jahresrechnung dank der Grundstückgewinnsteuern nicht ganz so negativ darstellt wie ohne. Denn auch da kann man generell nicht von planbaren und wiederkehrenden Einnahmen sprechen. Die Herausforderungen sind nicht kleiner geworden. Die Aussichten haben sich eher nochmals verdüstert. Die Hausaufgabe, hin zu einer ausgeglichenen Jahresrechnung, muss gelöst werden und die zusätzliche Herausforderung der immer noch präsenten Corona-Krise plus die dringend notwendigen Massnahmen zum Klimaschutz und der offenen Sanierung bzw. eher Auflösung der Rückstellung für die Pensionskasse haben die Aufgaben für alle nicht einfacher gemacht.

Zum Schluss möchte sich auch die GLP bei allen städtischen Angestellten für ihren Einsatz in diesem speziellen Geschäftsjahr bedanken. Wie gesagt: Die GLP beantragt die Abnahme und dankt dem Stadtrat für das Erstellen von Jahresrechnung und Geschäftsbericht.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Ich möchte mich auch bei Felix herzlich für seine Vorstellung bedanken. Die Mitte/EDU-Fraktion schliesst sich dem Dank der Vorredner an die Verwaltung für ihre Arbeit und Flexibilität an, v.a. auch unter Corona. Und wir treten auf die Jahresrechnung ein und werden allen Anträgen zustimmen.

Die Rechnung 2020 mit einem Defizit von rund 8 Mio. Franken zeigt ein weiteres Mal, die Steuereinnahmen von Winterthur nehmen ab, während die Kosten weiter steigen. Wir bezweifeln, dass der Rückgang der Steuern 2020 vor allem durch Corona verursacht ist. Wir vermuten vielmehr, dass der Rückgang auch eine Folge des Wegzugs von Firmen ist, die bis anhin in Winterthur Steuern bezahlt haben. Und gleichzeitig steigen die Kosten in vielen Departementen, auch als Folge einer falschen Wachstumspolitik.

Die Entwicklung des Finanzvermögens ist unbefriedigend. Wir haben verstanden, dass gewisse Neubewertungsgewinne auch eine Folge von Budgetierungsfehlern sind. Eigentlich

sollten solche im eigenen Departement des Finanzvorstehers nicht vorkommen. Es ist darum sinnvoll, wenn er in nächsten Jahren weiterhin die Chance bekommt, daran zu arbeiten und sich nicht in zu viele neuen Themen einarbeiten muss. Für die Mitte/EDU-Fraktion wird beim Budget 2022 die Bewirtschaftung des Finanzvermögens und die damit verbundenen Zielvorgaben ein wichtiger Punkt sein.

Der positive Selbstfinanzierungsgrad bei den Investitionen wie auch der Abbau der Nettoverschuldung sind Entwicklungen, die in die richtige Richtung gehen. Für die Mitte/EDU-Fraktion ist dabei ein positiver Selbstfinanzierungsgrad, bezogen auf eine Periode, z.B. vier Jahre, wichtig. Das Gejammer über den angeblichen Investitionsstau in Winterthur teilen wir so nicht. Wir haben vielmehr den Eindruck, es fehlt an einer zweckmässigen Investitionsplanung und an einer intelligenten Ressourcenplanung, insbesondere im Baudepartement. Gerade um diese Thematik besser zu verstehen, haben wir dazu auch eine entsprechende schriftliche Anfrage eingereicht.

Die Mitte/EDU-Fraktion setzt sich für ein attraktives Winterthur ein. Zur Attraktivität einer Stadt gehören nun einmal auch gesunde Finanzen sowie ein wettbewerbsfähiger Steuerfuss, insbesondere im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden in der Region. Vergleiche mit anderen Städten in anderen Regionen wie der Westschweiz oder Kanton Bern sind da völlig irrelevant.

Im Hinblick auf das Budget 2022 und die Festsetzung des Steuerfusses wird sich dann zeigen, ob es uns gelingen wird, dass Winterthur eine attraktive Stadt für Unternehmen und Private bleibt, ohne zur Steuerhölle zu werden. Dies wird uns nur gelingen, wenn wir Prioritäten bei den Ausgaben und Investitionen setzen und akzeptieren, dass die Fragestellung nicht lautet, was wir uns leisten wollen, sondern was sich vernünftigerweise bezahlen lässt. Die Mitte/EDU-Fraktion wird sich dieser Diskussion nicht nur bei der kommenden Budgetberatung stellen, sondern auch in den Stadtrats- und Gemeinderatswahlen.

Stadtrat K. Bopp: Ich möchte auch beginnen mit dem Dank an den Kommissionspräsidenten der Aufsichtskommission, Felix Helg, für die gute Präsentation dieser Rechnung. Ich möchte mich auch bei allen anderen Votantinnen und Votanten bedanken für den Dank an die Mitarbeitenden – dem schliesse ich mich selbstverständlich an - die sehr viel geleistet haben in diesem speziellen Jahr. Ich möchte mich auch für die kritischen Voten bedanken. Ich gehe nachher gleich noch auf einige dieser Punkte kurz ein. Und selbstverständlich möchte ich mich auch bei Iris Kuster für die Wahlempfehlung bedanken.

Es war ein herausforderndes Jahr mit Corona. Es ist tatsächlich sehr viel gelaufen, es war sehr schwierig, sehr unvorhersehbar. Wir mussten sehr oft sehr schnell reagieren und entsprechend, das wurde auch genannt, mussten wir zwischendurch auch von einem schlechteren Ergebnis ausgehen, als es jetzt schlussendlich gekommen ist. Das ist klar. Da sind wir aber auch sehr froh, dass es am Schluss so herausgekommen ist, wie es gekommen ist.

Zu den einzelnen Kritikpunkten: Der erste Punkt, der genannt wurde (ich glaube 2 x), eine Verbesserung der Schätzungen bei der Immo. Das teile ich, das war unglücklich, dass wir da einen Fehler gemacht haben bei der Budgetierung. Wir haben die Prozesse bereits entsprechend angepasst, so dass uns dieser Fehler so nicht mehr passieren wird.

Die Abweichungen bei den Steuerschätzungen: Auch das kann ich durchaus verstehen. Es ist auch mir ein Dorn im Auge, dass wir da zeitenweise sehr weit danebenliegen. Dort muss man allerdings die verschiedenen Steuerarten auseinanderhalten. Man muss sehen: Bei den natürlichen Personen sind wir jeweils sehr gut im Schätzen bei der Einkommens- und Vermögenssteuer. Bei den juristischen Personen sind wir absolut abhängig von den Angaben, die uns die Unternehmen selbst geben. Und wenn die Unternehmen zwischenzeitlich ihre Schätzungen anpassen oder ihre Akonto-Zahlungen korrigieren, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als das in unseren Hochrechnungen oder am Schluss in der Rechnung nachzuvollziehen. Ebenfalls sehr schwer einzuschätzen sind die Grundstückgewinnsteuern. Wir sind immer froh, natürlich, wenn uns Immobilienbesitzende frühzeitig über allfällige Verkaufsabsichten unterrichten. Allerdings versteht man auch, dass sie das nicht gerne zu offensiv machen – sie wollen sich auch nicht in die Bücher schauen lassen. Auch da können wir nur sehr schwer abschätzen, wie viele Handänderungen es schlussendlich gibt, die steuerrelevant sind. Und

da kann es schon einzelne Immobilien geben, die dann hier mehrere Millionen ausmachen. Also wir teilen das, wir arbeiten auch aktiv daran, wir suchen immer wieder nach Möglichkeiten, wo wir systematische Schätzfehler drin haben und wo wir unsere Schätzungen verbessern können. Aber ich möchte da auch die Erwartungshaltungen nicht zu sehr steigern: Es ist in gewissen Steuerarten einfach wahnsinnig herausfordernd, da Prognosen zu machen. Der Realisierungsgrad wurde x-mal erwähnt. Auch das unterstütze ich absolut, der ist nicht gut, der ist viel zu tief. Das teilen wir vom Stadtrat. Wir haben deshalb da den Planungsprozess angepasst. Wir sind jetzt zum ersten Mal mit dem neuen Prozess unterwegs. Das Ziel ist, den schrittweise wieder zu steigern. Es ist nicht möglich, das mit dem Investitionsvolumen, das wir heute haben, auf einmal zu machen. Aber wir sind daran, den schrittweise mit dem neuen Prozess zu steigern, damit wir da auf die richtige Höhe kommen. Das ist nicht nur wegen der Zahl, die man Ende des Jahres da sieht in der Rechnung mit dem Realisierungsgrad, sondern es hat auch direkt auf die Erfolgsrechnung eine Auswirkung, indem wir zu hohe Abschreibungen budgetieren. Wir haben das z.B. im Bereich der Schulen gesehen. Das ist auch für uns ein grosses Ärgernis, dass wir da einen so tiefen Realisierungsgrad haben. Ein bisschen ähnlich ist es bei den Hochrechnungen. Auch dort sind wir dran und haben das auch präsentiert in der Aufsichtskommission, wie wir das neu machen werden. Wir haben auch diesen Prozess überarbeitet, haben die Zeitpunkte der Hochrechnungen ein wenig verschoben und haben der Hochrechnung auch mehr Gewicht gegeben, indem wir sagen, wir möchten diese besser abstimmen, auch auf den Budgetierungsprozess. Das geht eigentlich genau in die Richtung, wie das Urs Hofer sagte.

Die Steuern bei juristischen Personen wurden erwähnt. Auch da muss ich nochmals sagen: Auch das ist etwas, bei dem ich verstehe, dass Ihnen das Sorgen macht. Auch mich beschäftigt das sehr. Es ist so, dass diese Senkung teilweise nachhaltig ist, das hat u.a. mit der Steuerreform zu tun, eine Senkung des Satzes um 7% wirkt sich selbstverständlich entsprechend aus, das schlägt 1:1 durch auf unsere Einnahmen bei den juristischen Personen bei der Steuer. Und auch andere Instrumente, die jetzt eingeführt wurden (Patentbox usw.), dort ist es noch schwieriger abzuschätzen, wie gross die Auswirkung am Schluss ist. Aber auch das kann sich am Schluss auswirken auf die Steuereinnahmen der Stadt Winterthur bei den juristischen Personen. Es gab auch Wegzüge, das wurde erwähnt, selbstverständlich. Da würde ich jetzt nicht von einem nachhaltigen Effekt sprechen, denn es gab auch Zuzüge. Es gibt immer Bewegungen in beide Richtungen. Dort muss man einfach auch dazu sagen (und das ist auch bekannt): Ein sehr grosser Teil der Unternehmen in Winterthur, die wertvolle Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, zahlen keine Steuern. Es sind nicht sehr viele Unternehmen, die wirklich erheblich zu diesen Steuererträgen beitragen. Und wenn es dort Bewegungen gibt, dann gibt es auch sehr schnell Veränderungen bei unseren Steuererträgen.

Ich komme bald schon zum Schluss. Genannt wurde noch ein attraktiver Steuerfuss als Ziel, um den Anteil an juristischen Personen am Steuersubstrat zu erhöhen und im Zusammenhang mit Arbeitsplätzen (Wirtschaftspolitik). Da möchte ich einfach sagen: Wir haben im Rahmen des Budgets verglichen mit anderen Städten. Dazu sagte man jetzt, das sei falsch. Ich ging dann hin und verglich, wie es im Kanton Zürich aussieht mit dem Steuerfuss und mit den Anzahl Arbeitsplätzen pro Einwohnerin und Einwohner und mit dem Anteil der juristischen Personen am gesamten Steuersubstrat. Und da lässt sich kein linearer Zusammenhang nachweisen. Es ist einfach so: Wenn wir jetzt das Gefühl haben, dass wenn wir den Steuerfuss senken, dann gibt es mehr Steuersubstrat oder sich der Anteil der juristischen Personen am gesamten Steuersubstrat erhöht – das wäre eine gefährliche Annahme, um auf dieser Politik zu machen. Aber selbstverständlich sind auch wir interessiert daran, dass wir unsere Einwohnerinnen und Einwohner wie auch die Unternehmen nicht übermässig belasten und den Steuerfuss so tief halten, wie sich das machen lässt bei den Leistungen, die die Stadt zu erbringen hat.

Ich danke vielmals für die positive Prüfung der Rechnung, für das Eintreten und – so wie ich das gehört habe – auch nachher für die positiv verlaufende Diskussion. Vielen Dank.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir kommen zur Detailberatung. Zuerst kommt der Teil B dran. Vorgängig sind mir keine Anträge bekanntgemacht worden. Wenn Ihr doch noch einen Antrag

hättet zu einer Produktgruppe, dann meldet Euch doch jeweils gleich bei der entsprechenden Produktgruppe. Nachher kommt dann die Detailberatung von Teil A und Teil C und dann die Schlussabstimmung.

Bei der Rechnung Teil B, Departement Kulturelles und Dienste:

PG Personalamt: Keine Anträge.

PG Stadtentwicklung: Keine Anträge.

PG Bibliotheken: Keine Anträge.

PG Subventionen und Beiträge an Dritte: Keine Anträge.

PG Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten: Keine Anträge.

PG Rechtspflege: Keine Anträge.

Departement Finanzen:

PG Finanzamt: Keine Anträge.

PG Informatikdienste IDW: Keine Anträge.

PG Steuerbezug: Keine Anträge.

PG Immobilien: Keine Anträge.

PG Städtische Allgemekosten und -erlöse: Keine Anträge.

PG Steuern und Finanzausgleich: Keine Anträge.

Departement Bau:

PG Tiefbau: Keine Anträge.

PG Entsorgung: Keine Anträge.

PG Vermessung: Keine Anträge.

PG Baupolizei: Keine Anträge.

PG Städtebau: Keine Anträge.

Departement Sicherheit und Umwelt:

PG Stadtrichteramt: Keine Anträge.

PG Stadtpolizei: Keine Anträge.

PG Betrieb Parkhäuser und Parkplätze: Keine Anträge.

PG Melde- und Zivilstandswesen: Keine Anträge.

PG Schutz und Intervention: Keine Anträge.

PG Umwelt und Gesundheitsschutz: Keine Anträge.

Departement Schule und Sport:

PG Volksschule: Keine Anträge.

PG Einkauf und Logistik: Keine Anträge.

PG Sonderschulung: Keine Anträge.

PG Familie und Betreuung: Keine Anträge.

PG Berufsbildung: Keine Anträge.

PG Sportamt: Keine Anträge.

Departement Soziales:

PG Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde: Keine Anträge.

PG Sozial- und Erwachsenenhilfe: Keine Anträge.

PG Prävention und Suchthilfe: Keine Anträge.

PG Individuelle Unterstützung: Keine Anträge.

PG Spitex: Keine Anträge.

PG Alterszentren: Keine Anträge.

PG Beiträge an Organisationen: Keine Anträge.

PG Arbeitsintegration: Keine Anträge.

Departement Technische Betriebe:

PG Stadtwerk Winterthur: Keine Anträge.

PG Stadtbus Winterthur: Keine Anträge.
PG FinöV Stadt: Keine Anträge.
PG Stadtgrün: Keine Anträge.

Behörden und Stadtkanzlei:
PG Stadtkanzlei: Keine Anträge.
PG Grosser Gemeinderat: Keine Anträge.
PG Finanzkontrolle: Keine Anträge.
PG Ombuds- und Datenschuttsstelle: Keine Anträge.

Anhang 1, Kennzahl- und Kontrolltabelle: Keine Anträge.
Anhang 2, Offene Motionen: Keine Anträge.
Anhang 3, Städtische Kommissionen und beratende Gremien: Keine Anträge.

Damit sind wir mit dem Teil B durch, es wurden mir keine Anträge gemeldet.

Damit kommen wir zum Teil A. Beim Teil A und beim Teil C könnt Ihr nur noch Bemerkungen machen, keine Anträge. Da gehe ich auch nicht mehr jeden einzelnen Punkt durch.

Gibt es zum Teil A noch Bemerkungen? – Dann sind wir auch da durch.

Dasselbe gilt für den Teil C der Rechnung, gibt es da noch Bemerkungen? – Dann wird wir auch hier schon durch.

Wir schreiten zügig voran. Damit kommen wir zur Schlussabstimmung gemäss den Weisungsanträgen, die Euch ja bereits bekanntgemacht wurden. Ich gehe sie jetzt einzeln durch.

1. Abnahme der Jahresrechnung 2020 wie nachfolgend aufgeführt [...]

Wer dem Punkt 1 zustimmt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer da ablehnt?

Enthaltungen?

Damit ist Punkt 1 angenommen.

2. Der Satz für die Einlagen in Produktegruppenrücklagen beträgt 5% der Nettozielabweichung, derjenige für die Entnahme aus der Produktegruppenrücklagen 10% der Nettozielabweichung.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es ablehnende Stimmen? Enthaltungen?

Das ist nicht der Fall.

3. Die Globalrechnungen 2020 der Produktegruppen wie folgt [...]

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Ablehnungen? Enthaltungen?

Damit haben Sie auch dem einstimmig zugestimmt.

4. Der Geschäftsbericht 2020 wird genehmigt.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es ablehnende Stimmen? Enthaltungen?

In diesem Fall haben Sie die Jahresrechnung 2020 und den Geschäftsbericht 2020 einstimmig angenommen.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2021.32: Tätigkeitsbericht 2020 des Datenschutzbeauftragten und Verabschiedung von Ph. Glass

Ratspräsidentin M. Sorgo: Tätigkeitsbericht 2020 des Datenschutzbeauftragten und Verabschiedung von Philip Glass. Ich möchte Philip Glass nach vorne bitten. Dann würde ich da dem Referenten Urs Hofer das Wort geben.

U. Hofer (AK): Wir kommen zu den Jahres- und Tätigkeitsberichten der unabhängigen Institutionen. Dabei möchte ich vorab feststellen, dass es für alle ein spezielles Jahr war, nicht nur, aber auch wegen Covid, sondern auch, weil es das letzte Jahr des bisherigen Datenschützers Philip Glass ist und das erste von unserer neuen Ombudsfrau und der Finanzkontrollleitung. Das Thema Stabsübergabe zieht sich somit durch die nächsten drei Geschäfte. Der Jahresbericht des Datenschützers kommt in der gewohnt pragmatischen Form daher, keine Grafiken und Schnickschnack, sondern einfach Text und Informationen. Ich finde das ressourceneffizient und möchte das explizit positiv hervorheben.

In der Kürze: Der Datenschützer hatte im letzten Jahr eine Rekordzahl von Eingängen trotz Covid. Es gab deswegen 2020 auch keine anlassfreien Kontrollen oder Audits. Das war ja ein Thema, das wir in den vorhergehenden Jahren auch schon diskutiert haben. Und er hat auch die ganze Umstellung auf Home-Office in der Verwaltung beobachtet und konnte dabei feststellen, dass die wichtigsten Themen oder Anweisungen der IDW korrekt angesprochen wurden. Die IDW hat viele Merkblätter diesbezüglich aufgeschaltet und deswegen hat er darauf verzichtet, zusätzliche Merkblätter zu verfassen, um nicht noch Verwirrung zu schaffen. Vielleicht ist das aber auch ein Thema, das allenfalls die Nachfolgerin vertiefen könnte, da zu erwarten ist, dass Home-Office auch nach der Covid-Krise eine grössere Rolle spielen wird. Im Bericht hat es weiter zwei ausgewählte Dossiers, die ein bisschen näher vorgestellt werden. Beim ersten geht es um ein spannendes Thema, nämlich um Einsicht in Revisionsberichte der Finanzkontrolle. Zu diesen haben normalerweise nur die betroffene Produktgruppe, die Aufsichtskommission und die zuständige Sachkommission Zugang, da der Inhalt unter Umständen auch sensitiv sein kann. Es gab anscheinend verschiedene Gesuche um Zugang zu Informationen darin, auch von den Medien. Mit Hilfe des Datenschützers wurde dann die folgende Kompromisslösung gefunden zwischen Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz: Die Revisionsberichte sollen nur dann herausgegeben werden, wenn aufgrund der Grösse der Produktgruppe Rückschlüsse auf einzelne Mitarbeitende wenig wahrscheinlich erscheinen. Das Ganze ist aber sicher ein Thema, das man allenfalls auch noch vertiefen müsste, wenn diese Anfragen weiter zunehmen würden.

Beim zweiten ausgewählten Dossier geht es um Therapiesitzungen über WebEx. Auch das natürlich ein klassisches Covid-Thema. Der Datenschutzbeauftragte gab da Beratungen zu den Rahmenbedingungen und Voraussetzungen. Für ihn ist es ein typisches mittelaufwändiges Dossier, gerade in Hinblick auf die erwartete Zunahme von e-Governance.

Daneben hat der Datenschutzbeauftragte auch an Online-Calls mit anderen Datenschutzbehörden teilgenommen, 3 Mitberichte verfasst und wegen Covid leider an keiner internen Schulung teilnehmen können. Wie üblich befindet sich eine Liste mit den neuen Dossiers sowie das ganze Zahlenmaterial im Anhang des Berichts. Es waren 2020 116 Eingänge (Vergleich: 111 im Vorjahr), 76 erledigt (Vergleich: 80 im Vorjahr) und 137 Pendenzen (Vergleich: 97 im Vorjahr). Damit ist auch klar: Die Nachfolgerin wird leider auch einige Pendenzen erleben. Die ganz grossen Geschichten seien aber aktuell bei der Verwaltung pendent. Es sei aber schon allgemein eine Tendenz festzustellen, dass es leicht komplexere Anfragen gäbe (z.B. Office365, Apps, e-Governance).

So viel zum Tätigkeitsbericht, der von der AK einstimmig zur Abnahme empfohlen wird.

Und deshalb bleibt mir zum Schluss, im Namen der Aufsichtskommission Philip Glass für seinen langjährigen Einsatz zugunsten der Stadt Winterthur zu danken. Du hast die schwierige Aufgabe mit Deinem 30%-Pensum meines Erachtens pragmatisch und ressourceneffizient umgesetzt. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Mir wurde gesagt, es gäbe noch eine ganz offizielle Verabschiedung durch höhere Weihen, deshalb gebe ich das Wort zurück an Maria.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Genau, das wird es noch geben, aber das muss noch ein bisschen warten. Jetzt kommen wir nämlich zuerst zur Würdigung des Tätigkeitsberichts durch die weiteren AK-Mitglieder. Als erstes hat sich Christian Griesser (Grüne/AL) gemeldet.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL bedankt sich für den sehr schlanken Bericht des Datenschützers. Der Kommissionssprecher Urs Hofer hat sich bereits zum Inhalt geäußert. Es gibt meines Erachtens und von meiner Fraktion keine Ergänzungen dazu. Wir möchten uns bei Philip Glass für die geleistete Arbeit im Jahr 2020 – aber auch insbesondere für seine Arbeit während der ganzen Amtsdauer – bedanken.

Wir haben es gehört: Philip Glass hat uns inzwischen verlassen und er hat eine neue Herausforderung gesucht. Ich denke, nach einer rund 10jährigen Tätigkeit als Datenschützer der Stadt Winterthur ist ein Wechsel für beide Seiten durchaus gut. Man muss sehen: Mit dem sehr tiefen Pensum ist die Datenschutzstelle stark vom Stelleninhaber geprägt. Und eine neue Person kann natürlich auch neue Inputs und neue Schwergewichte setzen. Man wird dann sehen, wo Frau Wolf (die neue Datenschützerin) ihre Schwerpunkte setzt. Aber eben, nochmals zurück zum Bericht: Wir danken vielmals für die wirklich pragmatische Vorgehensweise von Philip Glass in den letzten 10 Jahren und nehmen den Bericht ab.

R. Keller (SP): Mit Interesse habe ich den Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten Philip Glass gelesen, der seine Tätigkeit für die Stadt im April beendet hat. Die zwei Beispiele, die er in seinem Bericht etwas ausführlicher beschreibt, geben einen kleinen Einblick in die Breite der Thematik, mit der sich der Datenschützer auseinandersetzen muss.

Gerade in der Frage der Therapiesitzungen, die ja schon erwähnt wurden, die über WebEx gehen, zeigt er auf, dass die Fragen des Datenschutzes unter ganz verschiedenen Perspektiven angegangen und beurteilt werden müssen. Vielleicht ist es ja gerade im Sinn von Menschen, die Beratung bei der Suchhilfe suchen, dass sie das Angebot auch nach Covid weiterhin digital in Anspruch nehmen können. Und dann ist es umso wichtiger, dass die Menschen, die besonders vulnerabel sind, sich darauf verlassen können, dass es klare und verbindliche Regelungen in Bezug auf Speicherung und Datenübertragung gibt.

Dass es im letzten Jahr einen beträchtlichen Digitalisierungsschub in der Verwaltung gab, macht es umso wichtiger, dass wir als Stadt eine kompetente und für die Verwaltung einfach zugängliche Person im Bereich des Datenschutzes haben.

Wir bedanken uns sehr herzlich bei Philip Glass für seine 10jährige Arbeit und sein Engagement für die Stadt Winterthur und wir wünschen ihm für seine weitere Tätigkeit alles Gute.

F. Kramer (EVP): Wir danken Herrn Glass für seinen letzten Tätigkeitsbericht, der wiederum von einer grossen Arbeitslast zeugt. Von 116 eingegangenen Geschäften konnten deren 76 erledigt werden. Dies zeigt auch gleich auf, unter welchen Vorzeichen die Nachfolgerin, Frau Wolf, gestartet ist. Frau Wolf hat uns in der AK berichtet und wir freuen uns darüber, wie sie ihr Amt angepackt hat. Wir wünschen Herrn Glass alles Gute bei seiner neuen Tätigkeit, bedanken uns sehr herzlich für die geleistete Arbeit und wünschen Frau Wolf viel Freude an ihrem Amt als Winterthurer Datenschutzbeauftragte.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU Fraktion dankt Herrn Philip Glass ganz herzlich für seine rund zehn Jahre Einsatz zugunsten der Stadt Winterthur. Der Jahresbericht zeigt, dass die Dienstleistungen der Stelle auch unter Corona stark gefragt waren. Der Beauftragte hat den Umstieg aufs Home-Office intensiv beobachtet – es zeigte sich, dass kein akuter Bedarf bestand, Merkblätter zu publizieren.

Unter Corona hat der Erfahrungsaustausch mit anderen Datenschutzstellen gelitten, was leider den persönlichen Praxisaustausch stark reduzierte.

Den Bericht nehmen wir dankend ab und die Mitte/EDU-Fraktion wünscht Herrn Philip Glass alles Gute für seinen weiteren beruflichen Werdegang. Und schön, dass die Wissenschaft von seinem Fachwissen zukünftig profitieren kann.

Frau Wolf, seiner Nachfolgerin, wünschen wir für die kommenden Jahre viel Spass und gutes Gelingen als neue Datenschutzbeauftragte der Stadt Winterthur.

S. Kocher (GLP): Danke, Urs, für das Vorstellen des Berichts. Inhaltlich gibt es da nichts zu ergänzen. Die GLP nimmt den Bericht entsprechend zur Kenntnis. Wie sich zeigt, sind die Themen des Datenschutzes auch im Corona-Jahr mit viel Home-Office nicht verschwunden. Ebenso ist die Vielfältigkeit der Themen weiterhin gross.

Wie bekannt, ist dies der letzte Bericht von Herrn Glass. Für seine langjährige Arbeit für die Stadt Winterthur möchte sich die GLP bedanken und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Frau Wolf als neue Datenschutzbeauftragte wünschen wir ebenfalls alles Gute und freuen uns auf die zukünftige Zusammenarbeit.

Wir unterstützen die Abnahme des Tätigkeitsberichts.

D. Oswald (SVP): Ich möchte nicht wiederholen, was schon gesagt wurde. Ich habe inhaltlich nichts mehr zu ergänzen. Auch die SVP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis, verdankt die Arbeit von Philip Glass und auch wir wünschen Frau Wolf einen sehr guten Start. Ich hatte die Ehre, sie an ihrem ersten Arbeitstag zu begrüssen und ich habe ein sehr gutes Gefühl. Sie ist meiner Ansicht nach sehr gut gestartet und wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Mir sind keine weiteren Voten mehr aus dem Rat bekannt. Bevor wir nun wirklich zur Verabschiedung gehen, möchte ich Sie, Herr Glass, fragen, ob Sie inhaltlich noch etwas zum Bericht sagen möchten.

Stadtpräsident M. Künzle: Der Stadtrat möchte sich auch noch äussern zum Abschied von Philip Glass.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Ich habe die Verabschiedung so geplant, dass zuerst ich spreche und dann Du. Aber Du kannst auch zuerst sprechen. Ich habe Dich nicht vergessen. Lieber Herr Glass. Mit der Verabschiedung des Geschäftsberichts 2020 des Datenschutzbeauftragten sind Sie ein letztes Mal in Ihrer Funktion als Datenschutzbeauftragter der Stadt Winterthur hier bei uns vor dem Grossen Gemeinderat aufgetreten. Nach Ihrer Wahl am 13. Dezember 2010 durch den Grossen Gemeinderat haben Sie Anfang 2011 dieses Amt angetreten und gut 10 Jahre als Datenschutzbeauftragter der Stadt Winterthur gewirkt. Jetzt haben Sie sich entschlossen, auf Ende April (das haben wir auch schon einige Male gehört) Ihr Amt niederzulegen und eine neue berufliche Herausforderung anzunehmen. Ich denke, wenn man zurückschaut, so hat sich in den letzten 10 Jahren mit dem technologischen Wandel auch für den Datenschutz und damit auch für Ihre Arbeit sehr viel getan, es gab einen sehr grossen Wandel. Sie sind dadurch immer wieder mit verschiedenen Fragestellungen und Herausforderungen konfrontiert worden. Und ich glaube, gerade auch das letzte Jahr, das Corona-Jahr, hat auch für den Datenschutz – das haben wir wohl alle mitbekommen, auch wenn wir nicht bei der Stadt Winterthur arbeiten - grosse Herausforderungen und neue Fragen ergeben.

Deshalb möchte ich mich im Namen des Grossen Gemeinderats für Ihre Arbeit in den letzten 10 Jahren für die Stadt Winterthur bedanken und wünsche Ihnen, vor allem für die zukünftige Tätigkeit und natürlich auch für die private Zukunft, alles Gute. Vielen herzlichen Dank. Ich habe noch einen Blumenstrauss für Sie. (*Applaus*)

Stadtpräsident M. Künzle: Der Stadtrat möchte sich dem Dank für die Zusammenarbeit sehr anschliessen. Wir hatten mit Philip Glass eine sehr gute Zusammenarbeit. Ich denke, die

Kunst ist bei einem solchen Teilzeitpensum immer, dass die Arbeit, die anfällt, gut priorisiert wird und dass man effizient arbeitet. Und das machte Philip Glass wirklich. Ich möchte ihm dafür herzlich danken. Auch für seine unaufgeregte Art der Zusammenarbeit, wenn es einmal eine Frage gab. Das war sehr angenehm.

Ich habe ihn im Namen des Stadtrats schon persönlich verabschiedet, in seinen Büroräumlichkeiten. Wir wünschen ihm selbstverständlich für die Zukunft alles Gute. Danke vielmals, Philip.

Ph. Glass: Vielen Dank für die freundlichen Worte und die wohlwollenden Voten zu meinem letzten Jahresbericht. Es ist jetzt quasi schon die erste Dernière, die ja von Felix Helg angesprochen wurde.

Es gibt nicht mehr viel zu sagen, ausser dass ich 10 Jahre sehr gerne hier gearbeitet habe. Ich kann das auch gerne zurückgeben an die Stadtverwaltung.

Von 2011, als es noch ein bisschen unklar war, was Datenschutz genau bedeutet und was man als Datenschutzbeauftragter macht und dass es einen tatsächlich gibt in der Stadt – bis eben jetzt letztes Jahr, wo trotz Home-Office und virtueller Zusammenarbeit nochmals mehr Anfragen hereinkamen als sonst. Ich finde das sehr ermutigend. Es wird auch alles komplizierter, je mehr man elektronischer und digitalisierter und effizienter arbeitet.

Schlussendlich möchte ich auch meiner Nachfolgerin, Frau Wolf, alles Gute wünschen für ihr spannendes Amt. Die Arbeit wird sicher nicht weniger. Wir hatten schon Kontakt mit der Übergabe etc. und ich bin auch der Meinung, dass das gut kommt.

Und damit möchte ich mich von Ihnen verabschieden und mich nochmals herzlich bedanken für die freundlichen Worte und für die Blumen, die ich jetzt im Zug – es hat ja derzeit noch Platz im Zug – irgendwie nach Hause transportieren muss. Danke vielmals. (*Applaus*)

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank auch für diese Worte und gute Heimreise mit Blumenstrauss.

Wir müssen natürlich den Geschäftsbericht auch noch offiziell abnehmen. Mir sind keine ablehnenden Voten bekannt, deshalb gilt der Geschäftsbericht als abgenommen. Vielen Dank für das Erstellen.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2021.22: Jahresbericht 2020 der Ombudsstelle

Ratspräsidentin M. Sorgo: Jahresbericht 2020 der Ombudsstelle. Ich möchte Frau Gremlı bitten, hier vorne Platz zu nehmen für die Vorstellung und Diskussion ihres ersten Jahresberichts als Ombudsfrau der Stadt Winterthur. Auch da möchte ich das Wort zuerst dem Referenten Urs Hofer geben.

U. Hofer (AK): Der erste Jahresbericht der neuen Ombudsfrau, Sabrina Gremlı, lehnt sich betreffend Inhalt und Layout an den Jahresberichten ihrer Vorgängerin an. Sie hat aber angedeutet, dass es vielleicht ab dem nächsten Jahr kleinere Veränderungen geben wird. Das ist auch gut so, denn jeder muss auch so berichten, wie er das gut findet.

Es wird ganz am Anfang, anders als in früheren Jahren, nicht ein Fokus-Thema näher erläutert, sondern es gibt eine Art Interview mit der neuen Ombudsfrau. Ein Grund war sicher der Wechsel und dass man das neue Gesicht verwaltungs- und stadtweit bekanntmachen möchte, damit man weiss, wer jetzt dort im Büro sitzt.

Die Einarbeitung von Sabrina Gremlı durch ihre Vorgängerin, Viviane Sobotich, erfolgte leider via Zoom und vielen Telefongesprächen. Gemäss Frau Gremlı wurde sie sehr gut eingearbeitet, auch wenn sie natürlich den Stallgeruch ein bisschen vermisst hat und gerne zusammen Dossiers gewälzt und die Büros von innen gesehen hätte, bevor sie dann effektiv begann.

Wegen Covid gab es auch wenige persönliche Besuche und Kontakte mit Beschwerdeführenden, obwohl man eigentlich Sprechstunden fast durchgehend angeboten hat und dank der grossen Büroräumlichkeiten auch dafür eingerichtet war.

Es gab insgesamt einen leichten Rückgang der Anfragen. Während dem Lockdown, dem ersten Lockdown, sind die Anfragen komplett eingebrochen. Dann gab es wieder normale Anfragen. Sie hat sich nie überlastet gefühlt und es seien auch nicht besonders komplexe Fragen gewesen.

Wir hoffen für sie, mit den Lockerungen, die in Aussicht stehen, dass sie sich auch etwas besser vernetzen kann innerhalb der Verwaltung und die Leute einmal persönlich treffen kann.

Wie immer werden im Bericht ausgewählte Fallbeispiele mit etwas mehr Details dargestellt und wie immer lohnt sich eine Lektüre des Berichts. Es gibt einem ein bisschen Verständnis für die Rolle und Wichtigkeit einer eigenen Ombudsstelle. Und auch einen ganz kleinen Einblick auf die Bevölkerung und die Mitarbeitenden der Verwaltung, wo sie der Schuh drückt. Auf Seite 8 geht es um einen gefühlt überharten Polizeieinsatz. Es ist dabei offenbar eine Person in Panik geraten, weil sie überhaupt von der Polizei befragt wurde. Und die Schwierigkeit dort war auch, dass es mehr als 3 Jahre her war, so dass man ausser den Akten gar nicht mehr so viele Möglichkeiten hatte. Die Ombudsstelle hat dort ein Gespräch vermittelt zwischen dieser Person und dem Polizisten. Das Gespräch verlief gut und klärend und es wurde notiert, dass diese Person offenbar leicht in Panik gerät, wenn es zu einem Kontakt mit der Polizei kommt. Das Wichtige ist, dass ein solches niederschwelliges Angebot, wie es die Ombudsstelle hat, wichtig ist für die Stadt Winterthur.

Auf Seite 10 ist ein Fall, bei dem es um ein Missverständnis geht bei der Zustellung eines Zahlungsbefehls, wie dieser in Covid-Zeiten zugestellt werden kann. Da ging es mehr um eine rechtliche Beratung, welche die Ombudsstelle geleistet hat.

Auf Seite 11 gibt es einen Fall, bei dem es um eine Person geht, die mehrere ausserordentliche Anstellungen hatte, aber dann wegen Covid keine Einsätze bekam. Dort stellte sich die Frage nach dem Lohn. Da ist vielleicht ein typischer Fall. Es habe nicht sehr viele Anfragen speziell zu Covid gegeben, aber gerade im Zusammenhang mit ausserordentlichen Anstellungen habe es schon viele Anfragen gegeben. Diese seien eigentlich auch vom Personalamt gut beantwortet worden. Aber es gibt dort Situationen, die nicht 1:1 klar sind und dazu gab es Anfragen.

Dann folgt die stichwortartige Beschreibung von weiteren ausgewählten Fällen auf Seite 12. Wichtig ist da wirklich: Die Zusammenfassung ist so geschrieben, wie die Anfrage hereingekommen ist. Das ist also nicht die Beurteilung der Ombudsfrau, der Text, der dort drin steht, und es ist vielleicht auch nicht das, was sich effektiv zugetragen hat, sondern es ist mehr die Art und Weise, wie es hereinkommt. Es gab einige Fälle, bei denen ich ein bisschen die Stirn runzelte – aber die waren dann nicht so dramatisch, wie man aufgrund der zwei Zeilen meinen könnte.

Mediale Aufmerksamkeit hat aber tatsächlich der Fall eines Mannes erregt, der zwar in der Schweiz aufgewachsen ist, aber tatsächlich nie eine Schule besucht hat.

Ganz am Ende des Berichts folgt eine Statistik: Es gab eine leichte Abnahme der Fälle im Vergleich zum Vorjahr, 2020 162 (Vorjahr 176). Davon 53 verwaltungsintern (Vorjahr 48) und 109 verwaltungsextern (Vorjahr 128). Es gab 176 Würdigungen (Vorjahr 168). Die neue Ombudsfrau ist also schon richtig gut in Fahrt bei der Abarbeitung. Und es gab 54 Anfragen. Anfragen sind solche, welche man mit einer Auskunft bzw. Mail erledigen kann.

Auf Seite 19 ist dann noch die Verteilung nach Departement. Es hat da auffällig viele vom DSS, aber die Interpretation ist immer gefährlich und man muss auch immer schauen, wie viele Angestellte da arbeiten.

Damit wäre ich auch da am Ende der Präsentation und auch da empfiehlt die AK einstimmig die Abnahme des Jahresberichtes. Und auch da bleibt mir zu danken für die rasche und gute Einarbeitung in das neue Amt. Ich hoffe sehr, dass es mit dem Rückgang der Covid-Restriktionen bald zu einer besseren Vernetzung mit der Stadtverwaltung kommt.

R. Keller (SP): Sabrina Gremli-Gafner hat in der Tat einen ziemlich seltsamen Einstieg gehabt in ihre Funktion als Ombudsfrau der Stadt. In ihrem Jahresbericht gibt sie in Form einer Art Interview einen interessanten Einblick in ihr Verständnis der Arbeit als Ombudsfrau: Zugänglichkeit, Niederschwelligkeit, Neutralität, Erklärungen, die Menschen verstehen in verständlicher Sprache, das ist ihr besonders wichtig. Und das ist dann die Grundlage dafür, dass sie diesen Menschen aus der Bevölkerung oder auch der Verwaltung erklären kann, weshalb Dinge in einer gewissen Art und Weise entschieden wurden oder warum man in einer bestimmten Art und Weise vorgegangen ist.

Beim Lesen dieses Interviews mit Sabrina Gremli habe ich, wie früher auch schon, gedacht: Es ist ein Geschenk und ein Glück, dass es in unserem Land und in unserer Stadt solche Ombudsstellen gibt. Sie zeigen, dass es uns nicht einfach egal ist, wenn Leute Entscheidungen aus der Verwaltung nicht verstehen oder wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen.

Die drei ein bisschen ausführlicher beschriebenen Beispiele im Jahresbericht und auch die Übersicht der Auswahl der kleineren Beispiele, wo Winterthurerinnen und Winterthurer Unterstützung suchen bei der Ombudsstelle, geben ein eindrückliches Bild davon, wie die neue Ombudsfrau ihre Haltung umsetzt und wie Menschen und Angestellte in unserer Stadt dank der Ombudsstelle Antworten auf ihre Fragestellungen erhalten, wenn sie sich von der Verwaltung oder der Stadt ungerecht behandelt fühlen. Die drei Fälle zeigen auch, wie wichtig eine solche neutrale Stelle zwischen Bevölkerung und Angestellten der Stadt einerseits oder zwischen Angestellten der Verwaltung und der Stadt ist. Und sie zeigen auch, dass es entscheidend ist, dass man die Leute, die solche Fragen stellen – auch wenn sie manchmal etwas seltsam wirken – ernst nimmt und ihre Anliegen ernst nimmt. Entscheidend ist, dass die Leute verstehen, warum Dinge auf eine bestimmte Art gemacht oder entschieden werden.

Die Fraktion der SP dankt Sabrina Gremli für ihre Arbeit als Ombudsfrau im letzten Jahr und hofft, dass 2022 spätestens ein bisschen Normalität zurückkehrt und der direkte Zugang für die Bevölkerung oder die Verwaltung auch zur Ombudsstelle wieder gewährleistet ist. Den Bericht nehmen wir mit Dank und Zustimmung zur Kenntnis.

F. Kramer (EVP): Den Jahresbericht der Ombudsstelle lese ich immer besonders gern - es hat sehr spannende Geschichten drin, wie sie eben nur das Leben schreiben kann. Von Konflikten, und wie sie im besten Fall auch wieder gelöst werden können. Ich freute mich einmal mehr über die Dienstleistungsbereitschaft der städtischen Verwaltung und wie sie bereit ist, zusammen mit der Ombudsstelle echte Lösungen zu suchen. Und ich freute mich, dass Frau Gremli so souverän in die Fussstapfen von Frau Sobotich getreten ist! Frau Gremli verbrachte wie viele andere viele Stunden im Home-Office, was überhaupt nicht der richtige Ort ist für eine Ombudsfrau. Wir als EVP wünschen Frau Gremli weiterhin viel Freude am Amt und hoffen mit ihr auf einen normalisierten Betrieb im 2. Amtsjahr.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Jahresbericht 2020 der Ombudsstelle ist informativ und wie gewohnt in ausgezeichnetem Stil verfasst. Die neue Ombudsfrau Gremli hat sich mit dem Bericht inhaltlich und gestalterisch an der Vorgängerin orientiert. Ja klar, man muss ja Bewährtes nicht im ersten Jahr umstossen, kann das aber später dann sicher machen.

Das Interview, das sie eingefügt hat, finde ich eine kommunikativ gelungene Idee, v.a. um sie als Person auch bekannter zu machen.

Im Bericht steht, dass die Menschen wegen der Pandemie verunsichert waren und deshalb den persönlichen Kontakt mit der Ombudsstelle zum Teil gemieden hätten. Als Stelle, die einfach und ohne Hürden kontaktiert werden können soll, ist das natürlich ein Problem. Unterdessen hat sich das ja aber wieder eingespielt.

Wir haben es gehört: Es gab diverse neue Fragen im Zusammenhang mit Corona, mit dem Anstellungsverhältnis, Lohnfortzahlungen in der Corona-Zeit. Was passiert, wenn der Einsatz gestrichen wird? Wie ist es mit den Minus-Stunden wegen der Quarantäne?

Die Ombudsfrau ist der Ansicht, dass die Stadt diese Fragen vernünftig gelöst hat. Und das hören wir natürlich gerne.

Zusammenfassend: Nochmals vielen Dank für die geleistete Arbeit. Die Fraktion Grüne/AL wird den Bericht abnehmen.

S. Kocher (GLP): Wie Frau Gremli in ihrem Bericht einleitend zu Recht schreibt: Menschen, die unsere Ombudsstelle aufsuchen, sind oftmals mit Neuem und Verunsicherndem konfrontiert.

Das gilt in vergleichbarer Art für die Ombudsstelle selbst auch ein bisschen. Mitten in der ersten Corona-Welle hat Frau Gremli diese Stelle am 1. April angetreten. Eine Fachstelle, die davon lebt, niederschwellig und unkompliziert ihr Angebot anbieten zu können. Leider hat man gerade diese Niederschwelligkeit wegen der Corona-Massnahmen nicht immer im gewünschten Mass anbieten können. Trotzdem freut es die GLP, dass trotz all dieser schwierigen Umstände Frau Gremli sehr gut in die neue Aufgabe hineinwachsen konnte. Wir hoffen nun, dass sich das Jahr 2021 anders zeigen wird und die Ombudsfachstelle wieder ihr ganzes Potenzial als wichtige Institution in Winterthur ausschöpfen kann.

Wir nehmen den Bericht wohlwollend zur Kenntnis.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion hat bereits letztes Jahr an dieser Stelle Frau Gremli-Gafner einen guten Start gewünscht – auch oder trotz der ausserordentlichen Situation wegen Corona.

Dieser ist ihr sehr gut gelungen, wenn man den Jahresbericht liest. Auch wenn die Menschen wegen der Pandemie verunsichert waren und den persönlichen Kontakt mit der Stelle eher gemieden haben. Und Urs hat es bereits erwähnt: Auch der Anteil der verwaltungsinternen und -externen Anliegen sind in etwa gleich wie im Vorjahr. Unsere Fraktion wird dieses Verhältnis auch in Zukunft aufmerksam weiterverfolgen. Denn wie es im Bericht steht, uns ist wichtig, dass Verwaltungshandlungen transparent und nachvollziehbar sind – nur so können sie zuerst verstanden und dann allenfalls akzeptiert werden.

Der visuell neu gestaltete Jahresbericht kommt modern und erfrischend daher. Und schön, haben so alle die Gelegenheit zu sehen, wie Frau Gremli-Gafner – auch ohne Maske – aussieht. Ich kann mir gut vorstellen, die Niederschwelligkeit wird so zusätzlich gefördert.

Die Mitte/EDU-Fraktion hat auch Freude, dass der Jahresbericht vorwiegend mit Winterthurer Fachwissen und Unterstützung produziert wurde. Und wenn er in Zukunft nur noch digital veröffentlicht werden soll, so ist das noch nachhaltiger.

Wir nehmen den Jahresbericht dankend zur Kenntnis und wünschen Frau Gremli-Gafner weiterhin viel Spass und spannende Herausforderungen – und wir hoffen, dass es jetzt pandemiebedingt wieder einfacher wird und die Menschen den persönlichen Kontakt stärker suchen.

D. Oswald (SVP): Wir von der SVP-Fraktion danken Frau Gremli-Gafner für den ausführlichen Bericht. Er zeigt, dass das eine sehr wichtige Stelle ist und dass sie viele Fragen und potenzielle Konflikte sehr effizient und gut entschärfen kann. Wir sind überzeugt, Frau Gremli-Gafner ist unter erschwerten Bedingungen sehr gut gestartet. Sie führt ihre Arbeit sehr gut aus und wir nehmen den Bericht wohlwollend zur Kenntnis.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Mir sind keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat mehr bekannt. Ich möchte das Wort gerne Frau Gremli übergeben, falls Sie noch etwas sagen möchten.

S. Gremli: Viel habe ich nicht zu sagen. Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Wohlwollen und ich freue mich auf weitere Jahre, vielleicht in einer neuen Normalität oder in einer neu gestalteten Normalität. Wie auch immer. Ich danke Ihnen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Mir sind keine Voten für negative Kenntnisnahme des Jahresberichts bekannt, damit haben Sie den Jahresbericht positiv zur Kenntnis genommen.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2021.46: Tätigkeitsbericht 2020 der Finanzkontrolle

Ratspräsidentin M. Sorgo: Ich weiss, wir sind etwas sportlich unterwegs, ich möchte aber gerne das Geschäft 21.46, Tätigkeitsbericht 2020 der Finanzkontrolle, noch vor dem Nachtessen machen, damit Patrik Jakob dann nicht nach der Nachtessenspause nochmals kommen muss. Diese Zeit wird natürlich gutgeschrieben werden und wir können dann etwas früher aufhören und vielleicht noch die ganze zweite Halbzeit sehen. Darf ich Patrik Jakob nach vorne bitten? Da gebe ich das Wort Iris Kuster, um den Tätigkeitsbericht 2020 der Finanzkontrolle vorzustellen.

I. Kuster (AK): Es freut mich, dass ich Ihnen den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle vorstellen darf. Die Arbeit und der Einsatz des FiKo-Teams war wie jedes Jahr sehr gross und enorm. Und es trifft sich gleich gut: Ich habe mir vorgenommen, dieses Jahr meine Ausführungen kürzer zu halten als letztes Jahr. Das heisst nicht, dass es weniger zu würdigen oder zu berichten gäbe. Ich gehe aber davon aus, dass die Gemeinderatsmitglieder den Bericht sowieso gelesen haben und die Gäste sowie die Medien bei Bedarf und Interesse den Bericht, der wirklich lesenswert ist, im Internet nachlesen können.

Ich steige gleich mit der grössten und bedeutendsten Revision, nämlich mit der Revision der Stadtrechnung, ein. Es gab bei der Revision der Stadtrechnung 2020 keine Feststellung, die grösser als 17 Mio. ist. Das ist der Betrag, wo es dann wesentlich wäre. Es gab auch keine Einschränkungen im Revisionsbericht. Es wurde ein Sachverhalt besonders hervorgehoben, das sind die Rückstellungen der Pensionskasse. Das haben wir heute auch schon ein paar Mal gehört. Und die Finanzkontrolle empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Die Finanzkontrolle hat ebenfalls betont, wie angenehm die Zusammenarbeit mit dem Finanzamt und den Verantwortlichen der Departemente war. Es sei ein wertschätzender Austausch gewesen und die Prüfung hätte effizient durchgeführt werden können dank der offenen Kommunikation und der gut vorbereiteten Unterlagen.

Neben der Jahresrechnung hat das Team der Finanzkontrolle das interne Kontrollsystem geprüft. Die Finanzkontrolle bestätigt, dass das IKS vorhanden ist. Das IKS hat aber an vielen Stellen Verbesserungspotenzial aufgewiesen, v.a. in der Dokumentation.

Dann haben sie auch Finanzaufsichtsprüfungen gemacht. Die grosse Mehrheit hat vorbildlich und gut abgeschlossen, inklusive die kurzfristige wirtschaftliche Nothilfe, die die Finanzkontrolle geprüft hat.

Dann hat die FiKo auch Produktegruppen-Prüfungen gemacht. Es wurden 7 Produktegruppen geprüft, mit 22 Prüffeldern, und es gab über 19 Feststellungen und Anträge. Das waren v.a. Ordnungs- und Rechtmässigkeitsfeststellungen (39% der Feststellungen). Da geht es v.a. um nicht eingehaltene Richtlinien bzw. Fehlen von Verträgen.

Dann gab es noch Besoldungsprüfungen von den insgesamt 9 dezentralen Personaldiensten. Davon wurden im Berichtsjahr 4 geprüft. Es gab Feststellungen in 7 Bereichen. Ich habe da nur die 3 wichtigsten aufgeführt: Das sind zum einen Spesen, Zulagen, Entschädigungen (19%), Arbeitszeit (vor allem Fehler in der Übertragung und Auszahlung von Mehrstunden) und Beendigung/Austritt hatte 22% der Feststellungen. Da waren es v.a. Prozessmängel und Fehlen/Unklarheiten bei der Bewilligung bzw. Auszahlung von Abfindungen und Mehrstunden.

Sie machten auch noch Geldverkehrsprüfungen. Sie prüften 28 Haupt- und Nebenkassen. Es gab Feststellungen bei den Richtlinien (z.B. wenn der Tresorcode zu wenig oft geändert wird, das könnte zu Problemen führen). Sicherheit/Kassensystem hatte 29% der Feststellungen und Abstimmung Geldbestand 14%. Das waren aber vorwiegend kleine Beträge.

Und dann steht noch im Tätigkeitsbericht, wie es mit den offenen Anträgen ist. Da ist erfreulich: Die meisten Anträge sind vorbildlich umgesetzt worden, sowohl in zeitlicher wie qualitativer Hinsicht.

Dann hat die Finanzkontrolle insgesamt 24 interne Revisionen gemacht, das habe ich schon gesagt. Dazu hat sie noch 20 externe Revisionen gemacht und 74 Mitberichte. Im Vorjahr waren es 97.

Ein weiterer Bereich ist das Whistleblowing, Da gingen im Berichtsjahr 8 Meldungen ein. Wir danken der Finanzkontrolle ganz herzlich für den guten, ausführlichen Bericht.

F. Helg (FDP): Auch seitens der FDP-Fraktion möchte ich der Finanzkontrolle, dem ganzen Team der Finanzkontrolle, recht herzlich danken für die geleistete Arbeit. Das Berichtsjahr war ja ein besonderes Jahr, nicht nur wegen Corona, sondern weil in diesem Berichtsjahr drei Leitungen in der Finanzkontrolle tätig waren. Zuerst noch Sandra Berberat als bisherige Leiterin, dann Olivia Schärer als interimistische Leiterin und jetzt seit einem Jahr Patrik Jakob als neuer Leiter. Das ist ja auch eine Herausforderung, die Wechsel in der Leitung zu bewältigen. Man muss dazu noch anmerken: Das Berichtsjahr ist ja, anders als bei anderen Berichten, nicht das Kalenderjahr, sondern es geht von Mitte Jahr bis Mitte Jahr. Diese Übergänge haben gut geklappt, wir haben alle Berichte in gewohnter Qualität und zeitgerecht erhalten. Erfreulich war auch, dass in zwei Bereichen, wo es ein Zusammenwirken mit dem Parlament braucht, eine Lösung erzielt wurde. Das sage ich jetzt auch in der Funktion als Präsident der Aufsichtskommission. Das erste ist die Bezeichnung einer neuen externen Revisionsstelle für die Produktegruppe Finanzkontrolle gemäss Beschluss der AK vom 18. Januar 2021. Und das zweite war die Bezeichnung einer externen Stelle für die periodische Qualitäts- und Leistungsbeurteilung, nämlich in Form dieser Organisation «Peer Review Qualitätszirkel», das ist ein Zusammenschluss von kantonalen und städtischen Finanzkontrollen, durch Beschluss der AK vom 18. Januar dieses Jahres.

Ich möchte noch auf eine Zahl hinweisen, die doch ein bisschen zu denken gibt in diesem Bericht. Unter Ziffer 3.4 im Tätigkeitsbericht wird ausgeführt, dass mehr als die Hälfte der Verpflichtungskreditabrechnungen der Stadtverwaltung Mängel aufgewiesen haben. Mir scheint dieser Wert definitiv zu hoch und ich denke, da muss man sicher seitens der Stadtverwaltung eine Qualitätsverbesserung erreichen können.

F. Kramer (EVP): Vielen Dank für den sehr informativen Tätigkeitsbericht. Die FiKo hat unter der neuen Führung von Herrn Jakob trotz der pandemiebedingten Herausforderungen gewirkt und hat die Stadtverwaltung auch gerade bei der Abrechnung des Corona-Kredits und anderen Herausforderungen im Bereich Corona unterstützen können. Wir sind sehr froh darüber und danken Patrik Jakob und seinem Team für den geleisteten Einsatz.

S. Kocher (GLP): Auch dieser Bericht ist von einer neuen Leitung zu vertreten. Inhaltlich wurde der Bericht bereits von Iris ausführlich vorgestellt, besten Dank dafür. Die Grünliberalen verdanken den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle und nehmen ihn zustimmend zur Kenntnis. Die FiKo war in der Vergangenheit stets unabhängig, qualifiziert und fachkundig unterwegs. Wir sind überzeugt, dass das auch unter der neuen Leitung so sein wird. Deshalb gerne an dieser Stelle ein herzlicher Dank an Herrn Jakob und sein Team. Wir unterstützen die Abnahme des Berichts.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL bedankt sich für den Bericht der Finanzkontrolle und die geleistete Arbeit. Im Tätigkeitsbericht sind mir drei Themen aufgefallen:

1. Die Rückstellungen der PK-Sanierung in der Jahresrechnung.
2. In den Revisionsberichten wird immer wieder festgestellt, dass zwar ein internes Kontrollsystem vorhanden sei, dass jedoch die Dokumentation darüber, was und wie man kontrolliert hat, durchaus noch Verbesserungspotenzial hat.
3. Zum grossen Thema Besoldung/Arbeitsverhältnisse im weitesten Sinn: Man hört immer wieder das Thema Spesen und Abläufe bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Diese Themen, aber auch einige weitere, konnten wir jeweils schon lesen in den Berichten der früheren Finanzkontrollchefin, Sandra Berberat. Trotz Leitungswechsel blieb also die Gewichtung gleich. Die Schwerpunkte sind also da, das sehen wir.

Wie gesagt: Die Fraktion Grüne/AL bedankt sich bei Herrn Jakob für die geleistete Arbeit. Auch bei seinem Team möchten wir uns bedanken. Und wir nehmen den Jahresbericht selbstverständlich ab.

R. Kappeler (SP): Formal nehmen wir einfach den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle ab. Damit würdigen wir aber auch die Arbeit, die dahinter steckt, die Arbeit des Teams und die Arbeit der Leitung. Und mit dem möchte ich anfangen.

Felix Helg hat es erwähnt: Eigentlich müssten hier vorne zwei Personen sitzen, denn dieses Jahr wurde knapp zur Hälfte von Olivia Schärer geleitet. Ich danke ihr im Namen der SP ganz herzlich für den Sondereinsatz, die Leitung der FiKo ad interim zu übernehmen. Nachher, und er sitzt jetzt da, ist Herr Jakob eingetreten, in einer schwierigen Situation von den Umständen her. Ich glaube, nicht schwierig vom Arbeitsteam her, das lesen wir auch aus dem Bericht, dass er ein gut vorbereitetes Team angetroffen hat. Ich danke auch ihm im Namen der SP für seinen tollen und steilen Einsatz und für die gute Übernahme der Leitung. Und schlussendlich verantwortet er den Bericht, deshalb sitzt er alleine hier.

Die Arbeit widerspiegelt sich in diesem Bericht und man bekommt wirklich den Eindruck, es sei gute Arbeit in einem guten Team geleistet worden. Und damit ist unser Dank an das ganze Team selbstredend.

Was uns besonders freut, ist die Notiz im Bericht, dass auch die Zusammenarbeit mit dem Finanzamt, die in der Vergangenheit nicht immer optimal gelaufen ist, sehr gut und sehr konfliktfrei passiert.

Zum Bericht selbst: Inhaltlich sage ich nichts. Meine Vorredner und Vorrednerinnen haben die Schwerpunkte hervorgehoben. Ich möchte zum Bericht einfach noch festhalten, dass er sich sehr wohltuend von den früheren Berichten abhebt. Schon letztes Jahr ging es ein bisschen in diese Richtung, aber jetzt hat der Bericht endlich diese Form, von der ich finde, sie passt auch zur Arbeit. Der Bericht ist sachlich, informativ, auch anschaulich. Er ist nicht überbetont wertend, sondern er zeigt und widerspiegelt wirklich das, was diese Institution – diese wichtige Institution – in diesem Jahr gemacht hat.

Und damit nehmen wir selbstverständlich den Bericht ab und danken der Finanzkontrolle für ihre Arbeit.

D. Oswald (SVP): Auch wir von der SVP schliessen uns dem Dank an Herrn Jakob und seine Stellvertreterin an und danken für den umfassenden und informativen Bericht. Es ist so: Die Aufgabe der Finanzkontrolle ist uns sehr wichtig. Um nochmals darauf hinzuweisen: Es ist eine unabhängige Stelle, von der wir auch erwarten, dass sie wirklich mit kritischem Blick auf die Verwaltung schaut und so auch zur Verbesserung und einer qualitativ guten Rechnungsführung beiträgt.

Wir danken Herrn Jakob, gratulieren ihm zum geglückten Einstieg und wünschen ihm und seinem Team weiterhin viel Erfolg.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir haben es gehört: Das Berichtsjahr war ein doppelt spezielles: Zum einen war Corona und das FiKo-Team hat das Finanzamt unkompliziert unterstützt und die Covid-19-Kredite geprüft. Hierfür einen ganz grossen Dank, denn die Arbeit war für alle eine zusätzliche Herausforderung, die unter Zeitdruck erfolgen musste.

Ein grosses Dankeschön, ich schliesse mich da dem Dank von Roli an, er hat es bereits gesagt, möchten wir von der Fraktion aber auch der stellvertretenden Leiterin, Olivia Schärer, aussprechen. Sie hat während rund einem halben Jahr engagiert und kompetent die FiKo ad interim geleitet, bis dann am 1.1.2021 Herr Patrik Jakob die Stelle als Leiter FiKo antreten konnte.

Auch er hat unter «erschweren» Bedingungen die Stelle angetreten. Und wurde als Einstieg mit der Prüfung der Jahresrechnung, der grössten Prüfung der FiKo, konfrontiert. Er konnte dabei aber, wie es auch schon erwähnt wurde, zum Glück auf das gut eingespielte Team zählen und die Zusammenarbeit hat super geklappt aus unserer Sicht.

Wir wünschen Herrn Jakob weiterhin ein gutes Wirken in der FiKo, denn wir von der Fraktion Die Mitte/EDU sind froh um eine unabhängige, kompetente Finanzkontrolle. Und wir sind gespannt, wann wir die Wirtschaftlichkeitsprüfungen präsentiert bekommen und systematisch und dokumentiert sehen, ob und wie effizient die Verwaltung arbeitet. Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt den Tätigkeitsbericht 2020 dankend ab.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Mir sind keine Wortmeldungen mehr aus dem Rat bekannt. Damit übergebe ich gerne das Wort noch Patrik Jakob.

P. Jakob: Danke vielmal für die Vorstellung des Tätigkeitsberichts und die wohlwollenden Voten. Ich werde das Feedback und den Dank, insbesondere an meine Stellvertreterin, gerne weitergeben. Vielen Dank und ich freue mich auf weitere spannende Prüfungen in diesem doch sehr vielfältigen und interessanten Umfeld. Herzlichen Dank.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Mir sind keine Anträge auf negative Kenntnisnahme bekannt, damit haben Sie diesen Bericht positiv zur Kenntnis genommen. Damit gehen wir in die Pause mit einem 1:1 im Spiel Kroatien – Spanien. Das scheint auch ziemlich spannend zu sein. Ich wünsche allen «En Guete» und bitte Euch, um halb acht wieder hier zu sein.

Nachtessenspause.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir fahren fort mit der Abendsitzung. Inzwischen steht es 3:1 für Spanien. Ich hoffe, wir können den Zug von vorhin noch etwas mitnehmen.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2021.40: Geschäftsbericht 2020 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur

Ratspräsidentin M. Sorgo: Geschäftsbericht 2020 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur. Das Wort hat die Referentin Katharina Frei.

K. Frei (SSK): Als Präsidentin der SSK berichte ich ganz kurz über den Geschäftsbericht der Sozialhilfebehörde vom Jahr 2020. Die Sozialhilfebehörde besteht aus 11 vom Grossen Gemeinderat für eine Legislatur gewählten Mitgliedern. Den Vorsitz der Behörde hat von Amtes wegen der Stadtrat des DSO, Nicolas Galladé. Die Aufgaben der Behörde sind die strategische Steuerung der Sozialhilfe, die Abnahme der Berichte der Sozialen Dienste und die Aufsicht über die Durchführung der Sozialhilfe.

Aus dem sehr informativen und kurz und knapp gehaltenen Bericht halte ich drei Eckpunkte fest: Wie zu erwarten war, hat sich auch die Arbeit der Sozialhilfebehörde unter Corona verändert. 2 der 7 insgesamt geplanten Sitzungen konnten nicht so durchgeführt werden und bei der Kernaufgabe der Behörde, nämlich der stichprobenartigen Dossierprüfungen, konnte man leider von den 200, die man eigentlich prüfen wollte, nur 160 prüfen. Im Juni 2020, das ist der zweite Schwerpunkt, hat die Sozialhilfebehörde den neu erlassenen Unterstützungsrichtlinien und Kompetenzordnung zur Bemessung der Sozialhilfe nach dem Sozialhilfegesetz und der Asylsorgeverordnung zugestimmt. Weitere wichtige Arbeitsschwerpunkte der Sozialhilfebehörde sind der Umsetzungsstand der Begleitstudie zur Falllastsenkung, die jetzt dann nächstens in die Kommission kommen, und die Änderung der Ergänzungsleistungsreform und dem geänderten Zusatzleistungsgesetz.

Die SSK dankt der Behörde sehr für ihre sorgfältige und kompetente Prüfungsarbeit und attestiert ihr ein hohes Niveau. Für das nächste Jahr wurde lediglich ein Wunsch geäußert, dass der Bericht ein bisschen anschaulicher oder ein bisschen ausführlicher werden könnte, vielleicht mit einem Beispiel. Aber das war nur eine minimale Kritik oder besser ein Wunsch. Der Geschäftsbericht der Sozialhilfebehörde 2020 wurde in der SSK sehr positiv und einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Es sind mir keine weiteren Wortmeldungen mehr bekannt. In diesem Fall haben Sie den Geschäftsbericht 2020 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur positiv zur Kenntnis genommen.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2020.124: Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO), Mehrwertausgleich

Ratspräsidentin M. Sorgo: Das Traktandum 7 ist wie beschlossen abgesetzt.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2021.20: Verpflichtungskreditabrechnungen per 31.12.2020

Ratspräsidentin M. Sorgo: Verpflichtungskreditabrechnungen per 31.12.2020. Das Wort hat zuerst der Referent der AK, Felix Helg, und danach noch jemand von der BBK.

F. Helg (AK): Das Geschäft mit diesen Verpflichtungskreditabrechnungen hat ja departementsübergreifende Thematik und ist deswegen der AK als federführende Kommission zugewiesen worden. Inhaltlich betreffen diese Kredite bauliche Investitionskredite aus den Departementen Finanzen, Bau und Technische Betriebe. Deshalb hat sich dann die BBK inhaltlich mit diesen Krediten befasst und sie einstimmig abgenommen. In der Folge hat die AK ebenfalls einstimmig diesem Geschäft zugestimmt. Soweit ist das die Rückmeldung der Aufsichtskommission.

M. Gross (BBK): Eigentlich konnten wir das in der BBK relativ kurz besprechen, weil diese Kredite alle unter dem Budget abgerechnet wurden. Deshalb gibt es da auch keine weiteren Ergänzungen dazu - das sieht man auch an der Einstimmigkeit.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Weitere Wortmeldungen sind mir nicht bekannt. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Stadtrats zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Ablehnungen? Enthaltungen?

Dann haben Sie diesem Geschäft einstimmig zugestimmt.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2021.48: Kredit von Fr. 1.264 Mio. (inkl. MwSt.) über acht Jahre für den Betrieb des digitalen Parkkartenportals (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)

Ratspräsidentin M. Sorgo: Kredit von Fr. 1'264 Mio. (inkl. MwSt.) über acht Jahre für den Betrieb des digitalen Parkkartenportals. Es ist wie gesagt keine Beratung geplant, da in der zuständigen Kommission, der SSK, dem Geschäft 9:0, einstimmig, zugestimmt wurde. Vorstellen wird das Geschäft die Referentin, Bea Helbling.

B. Helbling (SSK): Ich stelle Ihnen die Weisung 2021.48 vor. Es geht um den Betrieb eines digitalen Parkkartenportals.

In Winterthur werden rund 5'000 Parkplätze auf öffentlichem Grund bewirtschaftet. Der Stadtpolizei ist der Vollzug der Bewirtschaftung übertragen. Sie stellen bis zu 14'000 Parkbewilligungen pro Jahr aus. Der Stadtpolizei ist auch für die Kontrolltätigkeit und das Ausstellen von Bussen zuständig. Parkbewilligungen werden heute ausschliesslich am Schalter, im persönlichen Kundenkontakt und gegen Barzahlung ausgestellt. An den Parkuhren können heute die anfallenden Gebühren mit Bargeld oder - an ganz wenigen Standorten - noch mit Kreditkarten bezahlt werden.

Der heutige Ablauf ist nicht mehr zeitgemäss und für Winterthurerinnen und Winterthurer sowie Besuchende umständlich.

Eine Modernisierung der aktuellen Handhabung und die Einführung eines Online-Park- und Bewilligungsportals sind notwendig und waren auch ein Thema bei der Parkraumbewirtschaftung.

Mit dem digitalen Parkkartenportal können Nutzerinnen und Nutzer Park- und Bewilligungsgebühren unkompliziert, rasch und zuverlässig über eine Applikation bezahlen. Das ist ein Kundenbedürfnis – und jetzt wird es endlich erfüllt.

Durch die vereinfachte Kontrolltätigkeit und den allgemein reduzierten administrativen Aufwand können die Ressourcen der Stadtpolizei künftig noch zielgerichteter – dort, wo sie benötigt werden – eingesetzt werden.

Und es kann durch die Reduzierung der Bargeldflüsse den finanzrechtlichen Auflagen besser Rechnung getragen werden.

Den Zuschlag erhielt Digitalparking. Mit Digitalparking hat die Stadt ein Standardprodukt, welches schweizweit bereits an rund 650 Standorten im Einsatz, ist also sehr verbreitet. Es gilt als stabiles, ausfallsicheres und erprobtes System. Es ist damit eine einfach zu bedienende Lösung gefunden worden. Die Parkgebühren können neu mit einer App «ParkingPay», direkt via Twint oder über das «EasyPark», das europaweit genutzt wird, gelöst werden. Das Angebot umfasst eine transparente Tarifliste, es gibt eine sogenannte «Flatrate» von 4.5% bei Parkvorgängen.

Das hat mit den Investitionsfolgen zu tun. Es gibt nämlich eine Abgeltung der durch die Digitalparking AG erbrachten Gesamtdienstleistung, das erfolgt über wiederkehrende Kommissionen. Das angebotene Kommissionsmodell, das wir da haben, umfasst sämtliche Kosten für die Dienstleistung, die geleistet wird.

Die wiederkehrenden Kosten werden über die Laufende Rechnung der Stadtpolizei abgerechnet und sind ab der geplanten Inbetriebnahme im Budget abgebildet. Hier sieht man das, da sieht man dann auch, wie die Kommissionen für die Parkvorgänge sind – eben die 4.5% mit der Bezahlkommission.

Aufgrund einer Hochrechnung, welche anhand der Auslastungs- und Bewilligungszahlen aus dem Jahre 2019 und dem offerierten Preismodell errechnet wurde, ergeben sich zukünftig für die Dienstleistung für den Betrieb des Parkkartenportals Folgekosten von rund 150'000 Franken jährlich bzw. 1.2 Millionen Franken über acht Jahre gerechnet.

Der effektive Aufwand ist abhängig von diversen exogenen Faktoren, z.B. der Auslastung der Parkplätze, der Anzahl ausgestellter Bewilligungen sowie dem Nutzerverhalten der Kundinnen und Kunden bei der Zahlung (Bar- oder Kartenzahlung).

Der Trend weg von der klassischen Barzahlung hin zum digitalen Zahlungsverkehr, wird jetzt sicher noch zusätzlich durch die anhaltende Pandemie verstärkt.

Aufgrund des variablen Kommissionsmodells und den Einflussfaktoren, die ich genannt habe, ist eine ganz genaue Bezifferung der zu leistenden Kommissionsabgaben nicht möglich. Es ist also ein geschätzter Betrag.

Dazu kommen noch Kosten bei der IDW. Und zwar gibt es für das Applikationsmanagement und variable Aufwände bei der IDW jährliche Betriebskosten von 7'560 Franken bzw. 60'480 Franken über acht Jahre, die auch bei der Rechnung der Stadtpolizei anfallen.

Dies führt zu Gesamtinvestitionsfolgekosten von jährlich wiederkehrend 158'000 Franken.

Deshalb lautet der Antrag:

Für den Betrieb des digitalen Parkkartenportals wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von insgesamt 1,264 Millionen Franken über acht Jahre zu je 158'000 Franken zu Lasten der Erfolgsrechnung bewilligt.

Der Antrag wurde in der letzten Sitzung vom 21.06. in der SSK beraten und wir haben ihn einstimmig gutgeheissen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wie gesagt ist hier keine Diskussion geplant und mir ist auch kein Votum bekannt. Das Wort hat die zuständige Stadträtin Katrin Cometta.

Stadträtin K. Cometta: Danke, Bea Helbling, für die gute Präsentation. Ich mache es kurz, damit wir schnell vorwärtskommen. Und zwar: Was lange währt, wird endlich gut.

Ich freue mich sehr, dass Ihr – so wie es aussieht – heute Abend diesen Kredit bewilligt und Winterthur auch ein zeitgemässes Parkkartenportal bekommt. Die Apps ParkingPay, EasyPark und Twint sind ja schon jetzt auf sehr vielen, den meisten, Smartphones. Sie zeichnen sich durch eine hohe Nutzerfreundlichkeit aus und in diesem Sinne ist das ein wichtiger Schritt für mehr Digitalisierung.

Auch das wurde gesagt von Bea Helbling: Gerade während Corona haben sich die meisten von uns daran gewöhnt, bargeldlos zu bezahlen. Und ich weiss nicht, wann ich das letzte Mal Münzen im Portemonnaie hatte. Von daher ist das ein wichtiger Schritt und ich bin sehr froh, kommen wir heute Abend einen Schritt weiter. Danke.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Stadtrats für den Kredit von 1.264 Mio. zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer den Antrag ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Enthaltungen?

Damit haben Sie dem Antrag für den Kredit einstimmig zugestimmt.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2021.17: Antrag und Bericht zum Budgetpostulat G. Gisler (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte) und R. Heuberger (FDP) betr. Beibehaltung der Gratisparkplätze für Leitende im Sport

Ratspräsidentin M. Sorgo: Antrag und Bericht zum Budgetpostulat betreffend Beibehaltung der Gratisparkplätze für Leitende im Sport. Mir ist ein Antrag auf Namensaufruf von der SVP bekannt, auf den wir später eingehen werden, ebenso ein Antrag auf negative Kenntnisnahme von der SVP. Ich übergebe der Erstpostulantin Gaby Gisler das Wort.

G. Gisler (SVP): Wir stellen den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme.

Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort auf dieses Budgetpostulat.

Der Stadtrat will per 1.1.22 die bisher gängige Praxis abschaffen, wonach bei externen periodischen Belegungen von nichtkommerziellen Vereinen und Organisationen jeweils zwei Gratis-Parkbewilligungen für ihre Leitenden bei den Sportstätten und Schulhäusern beanspruchen konnten.

Zwar betont der Stadtrat in der Antwort zum Budgetpostulat die Wichtigkeit der Förderung und Wertschätzung der zahlreichen ehrenamtlich tätigen Vereine und Organisationen zugunsten insbesondere der Kinder und Jugendlichen dieser Stadt. Dennoch will der Stadtrat zukünftig von allen, egal in welcher Funktion, eine Parkplatz-Gebühr verlangen; dies mit der unter anderem zurzeit populären Begründung, weil es nicht den Klima-Zielen der Zukunft entspreche. Hier wird unter einem fadenscheinigen Vorwand das Klimazielen ein grosses Engagement von zahlreichen ehrenamtlichen Leiterinnen und Leitern mit Füßen getreten.

Uns ist klar, es ist immer eine Frage der Güter-Abwägung. Gerade hier hätten wir aber mit einem Entgegenkommen für die ehrenamtlich Tätigen gerechnet. Denn mit einem blossen Lippenbekenntnis, dass dem Stadtrat - ich zitiere - «insbesondere das Engagement für Kinder und Jugendlichen liegt dem Stadtrat am Herzen» ist es vorliegend nicht vollbracht; wir wollen auch Taten sehen. Sparen auf dem Buckel der Ehrenamtlichen, also gerade jenen, die der Gesellschaft ohnehin schon viel zurückgeben, ist unseres Erachtens geradezu zynisch.

Mit der Abschaffung der Gratisparkplätze wird es keine Autofahrt weniger geben. Somit hat unser Anliegen nichts mit den Klimazielen dieser Stadt zu tun.

Vom Stadtrat wird in der Antwort auch aufgeführt, dass die Jugendsportfördergelder um 55'000 Franken auf 300'000 Franken aufgestockt wurden. Die Hauptbegründung war diesbezüglich, so wurde es uns in der Kommission dargelegt, dass aufgrund des Bevölkerungswachstums die pro Kopfbeiträge beibehalten werden sollten und dass damit auch grössere Anlässe unterstützt werden sollten und nicht zuletzt auch wegen Corona, da keine Wettkämpfe durchgeführt werden konnten und es deshalb an Einnahmen und Sponsorengeldern fehlte. Dass nun die aufgestockten Jugendsportfördergelder als Kompensation für die neu zu zahlenden Parkplatz-Gebühren aufgewendet werden sollen, hat nichts mit Jugendsportförderung zu tun; dies ist lediglich eine Umwälzung von Aufwand und Ertrag.

Die rund 251 nichtkommerziellen Vereine und Organisationen hätten rund 1'593 Gratisparkbewilligungen beziehen können. Dass nur gerade rund 850 oder 54,8% dieser Gratisparkplätze bezogen wurden, spricht für den umsichtigen und klugen Umgang mit diesem Privileg. Nur dort, wo die Parkplätze auch wirklich benötigt werden, sind sie auch beansprucht worden; sei es, weil umfangreiches Trainingsmaterial mitgenommen werden muss, da vor Ort keine Lagermöglichkeit besteht, oder sei es, weil die fachlich ausgebildeten Trainer und Trainerinnen teils wegen des Zeitmanagements direkt von der Arbeit auswärts anreisen müssen. Also die Autofahrten lassen sich mit dem Entzug der Gratisparkkarten nicht vermeiden, es bleibt bei dieser Anzahl.

Übrigens sind nicht nur Sportvereine – wenn auch überwiegend, aber nicht nur - davon betroffen, sondern auch zahlreiche Musikgruppen und -vereine, Kultusvereine sind von dieser Verteuerung betroffen. Wie z.B. Musikverein Veltheim, Stadtjugendmusik, Guggenmusiken, verschiedene Chöre, Kochklub, Rockband Horrible Hannah, Kulturverein Prisma, Evang.-ref. Kirchgemeinde Seen und verschiedene Plauschgruppen.

Nochmals möchte ich betonen, dass viele Vereine auf speziell ausgebildete Leiter und Leiterinnen angewiesen sind. Ohne diese ehrenamtlich Tätigen könnte der Betrieb mit den vielen Kindern und Jugendlichen – übrigens auch im Erwachsenen- und Seniorenbereich - nicht aufrechterhalten werden. Sie leisten einen grossen Betrag an die Integration, die Gesundheit und die sinnvolle Freizeitgestaltung; Eltern werden entlastet und wissen ihre Kinder in motivierender Obhut.

Dass die Hallen-, Sport- und Schulräume der Jugend bis 20 Jahre von der Stadt gratis zur Verfügung gestellt werden, ist sehr lobenswert, ist aber keine Errungenschaft von der jüngeren Politik, sondern das ist mindestens seit 30 Jahren so. Im Gegenteil, bei einigen umliegenden Gemeinden werden die Hallen auch den Erwachsenenvereinen kostenlos zur Verfügung gestellt. Müsste in Winterthur auch noch für die Hallen im Jugendbereich bezahlt werden,

könnten die wenigsten Vereine das selbst tragen, sondern müssten die Kosten dann auf die Kinder/Jugendlichen, d.h. konkret auf deren Eltern, abwälzen. Damit wäre wohl niemandem gedient, und die kostengünstigen Sportangebote oder sonstige Angebote würden dahinfallen. Fazit: Die Wertschätzung der ehrenamtlich tätigen Vereinsleiter und Vereinsleiterinnen ist uns wichtig und zwar nicht nur ideell. Dieser Institution gilt es Sorge zu tragen.

Daher nimmt die SVP-Fraktion die Antwort des Stadtrats ablehnend zur Kenntnis.

Besten Dank für Ihre Unterstützung des Antrages auf ablehnende Kenntnisnahme.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt den Bericht des Stadtrats zum Budgetpostulat negativ zur Kenntnis und unterstützt dementsprechend den Antrag der SVP auf negative Kenntnisnahme.

Ich möchte eine Zahl in den Raum stellen, die auch Gaby Gisler schon erwähnte: 251. Das ist die Anzahl der Vereine, die von August 2020 bis Juli 2021 von Gratis-Parkplätzen profitiert haben. Mit 41'420 Bewegungen haben die Vereine 1'593 Gratis-Parkplatz-Bewilligungen erhalten. Jetzt soll damit Schluss sein.

Ausserdem scheint der Stadtrat inkonsequent zu sein, was die Kommunikation betrifft. Einerseits berichtet er, dass das Angebot ab August 2021 nicht mehr gelten soll, und andererseits wird den Vereinen kommuniziert, dass sie noch bis Ende Jahr Anträge für Gratis-Parkplatz-Bewilligungen einreichen können. Da wäre mehr Klarheit angebracht.

Die Vereine in Winterthur leisten einen enorm grossen Einsatz zur Förderung unseres Nachwuchses, oft auch einen grossen Beitrag zur Integrationsförderung. Im Sport ist jeder willkommen und wird gefördert, egal welche Herkunft diese Person hat. Sport verbindet nicht nur Menschen und Kulturen, sondern auch Generationen.

Engagierte Persönlichkeiten zu finden, die solche Angebote leiten, wird immer schwieriger. Und das vergangene Jahr war für alle Vereine eine sehr schwierige Zeit, damit sie ihre Leidenschaften leben können. Der Stadtrat verpasst mit seinem Entscheid eine wichtige Chance, den Vereinen nach der Pandemie Hoffnung und neue Perspektiven bieten zu können. Er verpasst es, ein Zeichen zu setzen und damit anzusprechen, wie wichtig die Arbeit der Vereine für unsere Stadt ist. Jetzt kommt der Stadtrat und belastet sie, in dieser Phase des Wiederaufbaus der Vereinsstrukturen, und möchte weitere Gebühren kassieren. Das ist kein Ausdruck von Wertschätzung den Vereinen gegenüber, so wie er das einleitend darlegt. Man kann es nicht anders als eine Ohrfeige den Leitenden gegenüber bezeichnen.

Ausserdem argumentiert der Stadtrat, dass die Jugendsportfördergelder um 50'000 Franken erhöht wurden aufgrund des Bevölkerungswachstums. Er lässt aber aussen vor, und das hat Gaby Gisler auch schon erwähnt, dass nicht alle Vereine von diesen Fördergeldern profitieren, da sie auch an Bedingungen geknüpft sind. Z.B. Kulturvereine sehen nichts davon.

Viele Leitende und Vereine sind gezwungen, das Trainingsmaterial zu transportieren, weil es vor Ort keine Möglichkeit gibt, es zu lagern. Ausserdem gibt es viele Leitende, die von ausserhalb von Winterthur anreisen oder direkt von der Arbeit ins Training fahren. Den Stadtrat scheint das allerdings nicht zu interessieren und er argumentiert, dass Gratisparkplätze für Vereine nicht mit dem Klimaziel vereinbar sind. Fakt ist: Auch wenn künftig mehr Gebühren erhöht werden, wird es nichts an der Tatsache ändern, dass die Leitenden weiterhin auf ein Auto angewiesen sein werden und damit anreisen – mit den Begründungen, die ich bereits ausgeführt habe.

Der rot-grüne Stadtrat zeigt mit seinem Entscheid ganz klar: Den angeblichen Klimazielen wird sogar die Sportförderung geopfert. Mit solchen Massnahmen retten wir das Klima nicht und verärgern nur die Bevölkerung.

Wir hoffen, der Stadtrat geht nochmals über seine Bücher und zieht den Entscheid zurück. Und sonst freuen wir uns, wenn alle Sporttreibenden bei den Wahlen im Februar 2022 diejenigen Parteien unterstützen, die auch sie heute unterstützen.

R. Heuberger (FDP): Lieber Stadtrat, auch die FDP fragt sich: Wo ist Euer Herz für den Sport? Lippenbekenntnisse reichen nicht, wenn es darum geht, ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer zu gewinnen und den Sportvereinen Wertschätzung zu zeigen für das, was sie in

unserer Jugendarbeit Tag für Tag leisten. Ihnen die wenigen Gratis-Parkkarten wegzunehmen, ist ein Schlag ins Gesicht von allen ehrenamtlichen Trainerinnen und Trainern. Begründet wird der Entzug der Parkkarten damit, dass auch die ehrenamtlichen Trainerinnen und Trainer mit dem ÖV ins Training können. Wer das schreibt, verkennt schlicht die Realität. Absichtlich? Oder weil er sie schlicht aus eigener Erfahrung nicht kennt? Beides wäre kein gutes Zeichen für die Verantwortlichen.

Das Material in den Turnhallen darf von den Vereinen meistens nur zum Teil genutzt werden. Gleichzeitig – es wurde gesagt – steht kein Raum zur Verfügung, um eigenes Material zu lagern in der Halle. Deshalb müssen Trainerinnen und Trainer Vereinsmaterial selbst mitbringen. Und zudem müssen sie oft sehr rasch zwischen den Hallen und den verschiedenen Sportplätzen, zwischen den verschiedenen Trainingseinheiten, wechseln können.

Ich kann mich noch gut daran erinnern: Als ich die Match-Trikots der C-Junioren, wo mein Junior Fussball gespielt hat, nach Hause genommen habe zum Waschen. Eine riesige Tasche. Daneben hatte der Trainer noch Bälle, geflickte Schuhe, Infoblätter für die Eltern, Westen und mindestens drei Kinder im Auto. Zum Training hin und auch wieder zurück. Und auch beim Eishockey hat mich die Ausrüstung von einem einzigen Kind – nämlich meinem – schon fast ans Limit gebracht. Und Bälle, die orangen Socken, Bänder, Sporttaschen und und und. Was man alles in den Autos der Handballtrainer sieht, ist voluminös und zum Teil auch richtig schwer.

Der Entzug der Gratis-Parkkarten wird deshalb sicher nicht zu einem Umstieg auf den ÖV führen, sondern schlicht und einfach die Kosten auf die Vereine abwälzen. Das ist umso ärgerlicher, weil die Vereine bisher sehr zurückhaltend mit dem Bezug dieser Karten umgegangen sind. André, sie haben eben nicht 1'500 Karten bezogen, sondern nur 850. Und das zeigt, dass sie diese sehr bewusst und massvoll eingesetzt haben.

Die Aussage, man stünde hinter den Sportvereinen und habe deshalb ja bei der Jugendförderung mit den 55'000 Franken einen erhöhten Beitrag geleistet, wirkt befremdend, wenn man weiss, dass die Umlage der Parkkartenkosten die Vereine zusätzlich jedes Jahr rund 68'000 Franken kosten würden.

Dass die Vereine gemäss meinen Informationen offenbar auch noch keinen Bericht bekommen haben, was mit den Mieten passiert, die sie bezahlt haben für die Hallenbenutzung, obwohl sie die Hallen während der Corona-Zeit nicht benutzen durften, zeigt leider, wie wenig hoch die Priorität und die Wertschätzung für die Sportvereine in Winterthur ist.

Die Sportvereine, und insbesondere im Jugendbereich, mit Freiwilligenarbeit sind sehr angeschlagen. Es ist heute schon schwierig, genügend Ehrenamtliche zu finden. Wir müssen alles daran setzen, die Sportvereine möglichst gut zu unterstützen, statt ihnen noch zusätzliche Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Die FDP ist deshalb sehr enttäuscht über die negative Antwort des Stadtrats zum Budgetpostulat und nimmt das negativ zur Kenntnis. Wir hoffen sehr, dass eine klare Mehrheit dieser negativen Kenntnisnahme folgt und der Stadtrat nochmals über die Bücher geht. Für die Jugend und den Breitensport in unserer Stadt.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Ich bitte darum, Zustimmungsbekundungen aus dem Publikum zu unterlassen. Das ist in der Ratsordnung so geregelt. Das Wort hat als nächstes Andi Büeler (Grüne/AL).

A. Büeler (Grüne/AL): Aus Achtung von ehrenamtlicher Tätigkeit ist die Stossrichtung dieses Budgetpostulats auch für uns nachvollziehbar. Aus Gründen der Gleichbehandlung und Fairness hätten aber viele andere ehrenamtliche Arbeit Leistende genauso hehre Gründe für ein Anrecht auf Gratis-Parkplätze wie die Leitenden im Sport. Auch sie benötigen Material und Zeit. Wir fragen uns da schon: Wieso dieser Fokus nur auf den Sport? Förderung und Wertschätzung sollte unserer Ansicht nach direkt erfolgen, unabhängig davon, ob ein Auto benötigt wird oder nicht. Wo bleibt denn heute die Wertschätzung für die Sportlichen, die ihr Material heute schon innovativ mit Veloanhängern oder Cargo-Bikes transportieren?

Jugendsport erhält mit dem neuen Budget deutlich mehr Geld als früher, das kann man nicht einfach unterschlagen. Wir haben in der Budgetdebatte gehört: Irgendwo muss man dieses Geld auch wieder einsparen.

Auch das Klimaargument können wir nicht einfach unter dem Tisch lassen, auch wenn wir wissen, dass diese kleine Parkgebühr wahrscheinlich nur wenige dazu bewegen wird, um vielleicht auf ein Cargo-Bike umzusteigen.

Wir wollen ehrenamtliche Tätigkeiten für Sport und auch anderes direkt unterstützen und wertschätzen, nicht über den Umweg via Gratis-Parkplätzen. Wir von der Fraktion Grüne/AL nehmen deshalb den Bericht des Stadtrats mehrheitlich zustimmend Kenntnis, mit einzelnen ablehnenden Stimmen.

D. Roth-Nater (EVP): Es ist für uns ein bisschen schwierig zu verstehen, weshalb die Beibehaltung der Gratis-Parkplätze für Leitende im Sport gerade aus der Ecke kommt, die vor nicht allzu langer Zeit sehr vehement insistiert hat, das Budget zu kürzen. Es ist uns auch sehr wohl bewusst, dass alle die freiwilligen Trainerinnen und Trainer im Bereich – und ganz speziell im Jugendsport – wertvolle und zeitintensive Arbeit leisten.

Heuchlerisch scheint es mir deshalb, weil es Richtung Wahlen geht und das Thema deshalb jetzt benutzt wird. Wir unterstützen den Stadtrat bei der Jugendförderung auf vielfältige Art und Weise, so werden im Jugendsport die Hallen und Plätze der Stadt kostenlos zur Verfügung gestellt. Und gerade erst haben wir hier im Gemeinderat ja auch die Förderbeiträge erhöht, was seine Richtigkeit hat.

Bestimmt ist es möglich, durch Kommunikation mit den jeweiligen Verantwortlichen der Hallen und Geräteraume, Schrankraum zur Mitbenutzung oder das Zwischenlagern von Material zu verhandeln.

Unsere Politik ist: Wer Parkplatz, öffentlichen Raum, braucht, soll dafür bezahlen. Die EVP-Fraktion nimmt die Postulatsantwort zufriedenstellend zur Kenntnis.

M. Della Vedova (GLP): 2014 wurde das Parkieren auf Schul- und Sportanlagen grundsätzlich kostenpflichtig. Das haben wir Grünliberalen damals befürwortet und machen das auch heute noch. Gleichzeitig mit der Einführung der Gebührenpflicht sind dann auch Ausnahmen definiert worden. So sind gemäss Art. 34 Abs. 1 im Gebührenreglement für Schul- und Sportanlagen der Stadt Winterthur Personen mit körperlicher Beeinträchtigung während der Dauer ihres Besuchs, Lieferanten für den Güterumschlag und Handwerker während der Arbeitsverrichtung von den Gebühren befreit. Laut Abs. 2 kann das DSS für Gruppen und Vereine Reduktionen vorsehen.

Seit 2014 sind den Vereinen deshalb zwei kostenlose Parkbewilligungen für einen Abend pro Woche erteilt worden. Die Sportvereine stellen diese Parkbewilligungen ihren Trainern und Trainerinnen zur Verfügung.

Der Stadtrat schreibt, dass auch er der Ansicht ist, dass die zahlreichen Vereinsleiterinnen und Vereinsleiter mit ihrem Einsatz und Engagement gesellschaftlich sehr wichtige Arbeit leisten. Insbesondere liege ihm auch das Engagement für Kinder und Jugendliche am Herzen. Deshalb habe er ja aufgrund des Bevölkerungswachstums, u.a. mit dem Bevölkerungswachstumbudget, 2021 die Jugendsportfördergelder um 55'000 auf neu 300'000 jährlich erhöht. Aber die Erhöhung der Jugendsportfördergelder ist v.a. deshalb erfolgt, weil die Bevölkerung gewachsen ist und Kopf-Beiträge ausgerichtet wurden. Und da wegen der Pandemie 2020 keine Wettkämpfe durchgeführt werden konnten und es darum an Einnahmen und Sponsoren fehlte. Ob es mit der neuen Gebührenpflicht wirklich zu der aus verkehrs- und klimapolitischer Sicht gewünschten Reduktion der Anzahl Autos kommt, weiss ich nicht. Sicher ist, dass es noch schwierig werden wird, geeignete freiwillige und ehrenamtliche Sportleitende zu finden, die neben ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit auch noch dafür bezahlen müssen. Wir müssen da eine Güterabwägung vornehmen zwischen Sparen einerseits und Wertschätzung und Unterstützung von Freiwilligenarbeit andererseits. Die Stadt lagert viele Aufgaben, die sie unterstützen möchte und sollte, z.B. bei der Jugendarbeit, an externe Trägerschaften aus, in welchen Personen v.a. ehrenamtlich arbeiten. Diese Menschen leisten sehr viel Arbeit und investieren einen grossen Teil ihrer Freizeit in diese Tätigkeit. Die Gemeinden leben vom

Ehrenamt: Das Sozialwesen, der Sport und die Kultur sind eng damit verknüpft und wären ohne ehrenamtliches Engagement im notwendigen und verlangten Ausmass weder durchführbar noch finanzierbar. Demzufolge sind Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenarbeit eine der wichtigsten Säulen einer Gemeinde. Der Stadtrat sendet da ein falsches Zeichen aus. Ein Teil der Grünliberalen Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats deshalb im negativen Sinn zur Kenntnis und unterstützt den Antrag der SVP.

R. Kappeler: Gaby Gisler, ich kann Dir wohl im Hauptteil Deines Votums 100% Recht geben und Du hast die volle Unterstützung der ganzen SP-Fraktion, nämlich dann, wenn es darum geht, dass wir Freiwilligenarbeit unsere Wertschätzung überbringen und diese zeigen. Da sind wir uns zu 100% einig.

In ganz vielem, das Du auch noch gesagt hast, muss ich Dir aber leider widersprechen. Du argumentierst juristisch mit Güterabwägung. Ökonomisch oder politisch sieht es etwas anders aus. Eigentlich muss man jedem Instrument klar ein Ziel zuordnen. Und es geht in Eurem Vorstoss und auch im ursprünglichen Akt des Stadtrats nicht um Freiwilligenarbeit. Es geht auch nicht – oder sollte es nicht – um Finanzen. Es ist also nicht Sportpolitik, es ist nicht Freiwilligenpolitik, es ist nicht Finanzpolitik – sondern es geht schlicht und einfach um Parkplätze. Und Parkplätze sind Teil der Verkehrspolitik. Und da sind wir einfach anderer Meinung.

Gratisparkplätze – und das ist der Titel Eures Postulats – sind ein Privileg oder eigentlich muss man sagen ein Relikt aus uralten Zeiten, so ca. 1960. Mit der Zeit hat man erkannt, dass der Automobilverkehr zu stark zunimmt und der Raum in der Stadt zu knapp wird. Parkplätze wurden zu einem knappen und kostbaren Gut. Und Schritt um Schritt begann man, dieses Privileg abzuschaffen. Alle, denen man dieses Privileg weggenommen hat, haben reklamiert. Und wir kennen das heute noch: Es gibt Quartiere, die reklamieren, wenn es Blaue Zone gibt. 2014 haben die Lehrer reklamiert, als man ihnen die Gratis-Parkplätze weggenommen hat. Und jetzt sind es halt die Sportleiter. Obwohl es ja nicht nur Sportleiter betrifft, aber das DWS hat das gut orchestriert, dass jetzt alle Sportleiter reklamieren. Das ist Interessenpolitik. Es ist kein Deal, aber wir hier drinnen haben eine andere Aufgabe. Wir als SP schauen das wirklich als verkehrspolitisches Anliegen an und nichts anderes. Und da müssen wir klar sagen, die Verkehrspolitik verträgt heute, im Jahr 2021, keinen einzigen Gratis-Parkplatz mehr.

Dass die GLP das plötzlich nicht mehr so eng sieht, das erstaunt mich sehr. Vielleicht ist das „G“ doch nicht ganz so Grün. Aber lassen wir das.

Gehen wir auf das Budgetpostulat im Detail ein: Selbst wenn man meine Meinung nicht teilt, dass das Verkehrspolitik ist, dann stehen da zwei Dinge: Gratis-Parkplätze (sprich: Verkehrspolitik) und Leitende im Sport. Und es steht nichts von aller anderen Freiwilligenarbeit, die Gaby zwar heute genannt hat – es steht nur „Sport“.

Und da verwehren wir uns dagegen, das zum Wahlkampfthema „Sportförderung“ zu machen. Es ist ein bisschen zu durchsichtig. Gaby, Dir attestiere ich als Erstpostulant, dass Du wirklich durch das wahre Interesse für das Engagement für Sport getrieben wirst. André hat sich heute schon entlarvt und aus dem ein Wahlkampfthema gemacht. Und dass Romana ihren ganzen Stadtratswahlkampf rund um das Thema Parkplätze aufbaut, das kennen wir auch hier in diesem Saal.

Das Postulat hat also zwei grosse Mängel: Es spricht nur von Sport – und nicht von den Chören und den Kirchgemeinden und allen anderen ehrenamtlichen Arbeiten – und es tut so, als seien Parkplätze einfach ein Menschenrecht, Gratis-Parkplätze als Menschenrecht. Das ist der sachliche Mangel, den ich am Anfang angesprochen habe. Und deshalb ist es für uns ganz klar: Wir können das Postulat so nicht unterstützen. Wir engagieren uns zu 100% - das kann man in unseren Abstimmungen und in unseren Vorstössen nachschauen – für die Unterstützung von Freiwilligenarbeit, von Sportförderung. Das haben verschiedene Votanten vor mir auch schon gesagt. Wir sind jederzeit zu haben dafür, im Budget zu sagen, Freiwilligenarbeit verdient mehr Geld, wir stocken da einen Beitrag auf. Aber wir reden heute nicht von Sportförderung.

Und deshalb nehmen wir als SP den Bericht des Stadtrats mehrheitlich – auch nicht einstimmig, aber mehrheitlich – positiv zur Kenntnis und erachten das Postulat als abgeschlossen.

M. Steiner (SP): Die beiden Wörter Gratis und Parkplatz zusammen ergeben im Jahr 2021 eine explosive Mischung. Wenn dann noch von ehrenamtlicher Tätigkeit und Jugendsportförderung die Rede ist, ist das Fass schon fast am Explodieren. Das sieht man heute Abend. Wichtig ist, dass der Rat stets überprüft, wie und unter welchen Umständen gespart werden kann. Das ist ja gerade ein bürgerliches Credo sondergleichen. Insbesondere dort, wo es keine gesetzliche Grundlage gibt, das wird uns Linken im Rat mit einer konstanten Beharrlichkeit an jeder Budgetsitzung um die Ohren gehauen. Dass die Bürgerlichen hier drinnen mit einem Aufschrei antworten, ist deshalb mehr als erstaunlich.

Aber eben: Es geht um das ehrenamtliche Engagement von vielen Freiwilligen. Und da sind sich ja eigentlich von links bis rechts, über den Gemeinderat, über den Stadtrat alle einig: Das Engagement für Kinder und Jugendliche liegt uns allen am Herzen. Deshalb hat der Stadtrat konkret die Jugendsportförderungsgelder um 55'000 Franken auf 300'000 Franken erhöht. Das ist schön. Aber bildet einfach nur das Bevölkerungswachstum in dieser Stadt ab.

Eine Minderheit der SP-Fraktion erachtet den aktuellen, mit dem DWS ausgearbeiteten Kompromiss schlicht als vernünftig und pragmatisch. Die gut 800 Bewilligungen sind im gesamtstädtischen Vergleich marginal. Alleine in der Breite fahren pro Tag mehr Autos, als die Bewilligungen pro Woche verursachen. Und sie stellen eine klare Hilfestellung für alle dar, die sich im Breitensport engagieren.

Natürlich werden die Parkplätze früher oder später noch stärker unter Druck kommen. Das ist auch richtig so. Aber dann wäre es wichtig, die Abschaffung in klimapolitische Massnahmenplanung einzubetten und v.a. auch im Vorfeld, gemeinsam mit dem DWS – wie das auch schon letztes Mal funktioniert hat – eine einvernehmliche Lösung zu suchen.

Und wenn dann heute Abend in Bukarest einer der 5 Winterthurer Frankreich abschießt, sind die 70'000 Fr. sicher auch gut investiertes Geld gewesen und goldene Werbung für Winterthur.

R. Heuberger (FDP): Ich wurde direkt angesprochen. Ich möchte einfach festhalten (und deshalb bin ich etwas enttäuscht über dieses Votum): Wir haben miteinander, Seite an Seite, für die Traglufthalle gekämpft. Auch bei Pfadi bist Du dabei gewesen. Mir jetzt vorzuwerfen, das sei reine Wahlpropaganda, das finde ich total daneben.

Du sagst Auto-Parkplätze. Ich habe als ersten Antrag hier im Rat Velo-Parkplätze verlangt und die Schliessung der Schnellroute für Velos. Ihr Linken habt dort nicht mitgemacht, weil der Antrag von bürgerlicher Seite kam. Wenn Ihr Kritik anbringt, dann bitte faire Kritik – vor allem, wenn Ihr auf die Person spielt.

Und noch eine Bemerkung zu den Gebühren: Es wurde gesagt, man wolle sparen, man hätte jetzt Gebühren. Eine ganz seltene Art von Sparen. Die habe ich auch nicht verstanden.

Stadtrat J. Altwegg: Es war zu erwarten, es ist ein emotionales Thema. Parkplätze, insbesondere wenn sie gratis sind, sind ein Politikum. Im Wahljahr sind sie sogar Pulverfässer. Ich fange deshalb mit etwas möglichst Sachlichem an, und zwar mit einem Fehler, einem ungeschönen. Das muss ich zugeben, mea culpa. Das ist das mit dem Datum. André Zuraikat hat das festgestellt: Es ist natürlich nicht auf Ende Schuljahr, auf das das Budget läuft, sondern auf Ende Kalenderjahr. Und deshalb wird das Ganze erst ab 1.1.2022 gültig. Das also Fehlerkorrektur zum Text in der Antwort des Stadtrats.

Ich beginne jetzt doch zuerst mit dem Geld, auch wenn es nicht um so viel Geld geht, wenn man das Gesamtbudget der Stadt anschaut. Wenn wir das Gesamtbudget des Sports anschauen, dann ist es schon ein bisschen mehr. Und es ist halt einfach so: Bei einem freiwilligen Teil – und beim Sportamt mit dem 7%-Schnitt, bei dem wir Freiheiten haben zu bestimmen. Und das ist einer der wenigen Bereiche, wo wir selbst kutschieren dürfen und wo uns nicht der Kanton hineinredet, was wir zu machen und zu tun haben.

Und es wurde gesagt: Ich wollte die Jugendsportförderung auf 300'000 Franken wiederkehrend erhöhen im Budget. Und jetzt sagt man, das ist das Bevölkerungswachstum. Natürlich

ist das irgendwie der Treiber, aber für eine freiwillige Leistung ist das zwar ein gutes Argument, um es zu machen, aber es hat nicht einen Automatismus wie bei der Schule, wo ich als Folge automatisch viel mehr Schülerinnen und Schüler habe und deshalb mehr Lehrpersonen einstellen muss, weil der Kanton das sagt. Und der Kanton sagt auch noch, was die für einen Lohn haben. Da nimmt man uns im Prinzip alle Freiheiten.

Das heisst, wenn ich jetzt mehr Geld ausgeben möchte in diesem Bereich, dann kommt der Finanzminister zu mir und sagt: Das kannst Du schon machen, aber dann kompensierst Du es anderswo. Und das war jetzt die Möglichkeit: Jugendsportfördergelder erhöhen und dafür keine Gratis-Parkplätze mehr anbieten. Das ist eigentlich die einfache Rechnung dahinter. Und wenn Ihr jetzt sagt: Ja, wegen diesen 70'000 oder 55'000 Franken... Wenn wir solche Sparbündel machen, dann haben wir ganz viele solche Posten. Es gibt ganz wenige grosse, die wir machen können, sondern es ist die grosse Zahl von solchen kleinen Beträgen, die das Sparen ausmacht. Übrigens: Jeder, der schon einmal ein Projekt geleitet hat, weiss das genau. Es hat selten grosse Posten, sondern meist eben kleine, mit denen man das dann herausspitzen muss.

Zum Klimaziel: Natürlich, die 800 Parkkarten, die dahinter eine Anzahl Fahrten auslösen – das alleine rettet unser Klima nicht, das ist klar. Aber es ist trotzdem seltsam, wenn wir den Klimanotstand ausrufen und gleichzeitig sagen, wir haben Gratis-Parkplätze für Benzin- und Dieselautos. Das ist einfach das falsche Signal. Und es geht da nicht darum, zu diskutieren, wie viel das jetzt wirklich ausmacht. Jeder einzelne von uns hier drinnen, da könnten wir wohl 365 Tage im Jahr Auto fahren, da passiert gar nichts. Das Problem ist: Es machen es 8 Milliarden auf dieser Kugel und blasen entsprechend CO₂ in die Luft. Jeder für sich genommen – kein Problem. Aber die Mehrheit macht es dann eben aus.

Man hat mir vorgeworfen, es sei ein Lippenbekenntnis, dass ich ehrenamtlich Tätige wertschätzen möchte, dass das wichtig ist für diese Stadt und gut ist für die Stadt. Und da möchte ich schon nochmals unterstreichen: Es wurde gesagt, was wir alles machen hier in der Stadt für die freiwilligen, ehrenamtlich Tätigen. Und das ist wirklich viel. Ich erspare es Euch jetzt, die ganze Liste herunterzulesen, aber es ist wirklich viel – finde ich. Und das ist doch ein Teil der Wertschätzung. Und ich finde, wenn die Wertschätzung über einen Gratis-Parkplatz geht, dann ist das schon ein bisschen schräg.

Insbesondere, das wurde auch schon gesagt, die Fairness: Wir haben über 100 verschiedene Sportarten hier in Winterthur, mit verschiedensten Vereinen, verschieden grossen Vereinen notabene. Es bekommen bisher aber alle nur zwei Karten. D.h. wenn ein Verein mehr Trainer als zwei hat, dann muss man auswählen, wer diese Karten bekommt. Und alle die, die keine Parkplätze brauchen, gehen einfach leer aus. Das kann es wirklich nicht sein. Das ist für mich der Hauptpunkt: Fairness. Alle Sportvereine sollen gleichbehandelt werden.

Ich sage es nochmals: Der Sportbereich – und zwar praktisch alles – ist eine freiwillige Leistung der Stadt Winterthur. Sie können im nächsten Budget zeigen, was Ihnen diese Leistungen wert sind.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Es gibt einen Antrag auf Namensaufruf. Markus Reinhard, möchtest Du diesen noch begründen?

M. Reinhard (SVP): Argumentativ ist alles dargelegt. Es geht aber wirklich darum, dass dieser stadträtliche Entscheid viele Leute in dieser Stadt betrifft – und zwar weit über den Sport hinaus. Und zwar nicht finanziell, sondern organisatorisch und insbesondere auch emotional. Es ist eine Frage der Wertschätzung und ich glaube, da dürfen wir klar und transparent sein, wer da wie steht und wer wo wie Prioritäten setzt.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Ich lasse zuerst über diesen Antrag abstimmen. Es braucht 20 Stimmen dafür.

Wer dem Antrag auf Namensaufruf zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handheben. Auszählen bitte.

Sie haben diesen Antrag mit 21 Stimmen angenommen.

In diesem Fall kommen wir zur Abstimmung über den Antrag für ablehnende Kenntnisnahme. Wer das Postulat ablehnend zur Kenntnis nehmen möchte, wird jetzt mit Namensaufruf gefragt. Ich übergebe Reto Diener.

R. Diener (Grüne/AL): Ich lese jeden Namen vor und jeder sagt deutlich Ja oder Nein. Ja heisst ablehnende Kenntnisnahme, Nein zustimmende Kenntnisnahme.

	Ja	Nein		Ja	Nein
Daniel Altenbach (SP)		X	Tobias Brüttsch (SVP)	---	---
Beatrice Bosshard (SP)		X	Gabi Gisler-Burri (SVP)	X	
Cristina Bozzi-Brunel (SP)		X	Michael Gross (SVP)	X	
Astrid Erismann (SP)		X	Stefan Gubler (SVP)	X	
Selim Gfeller (SP)	enthalten		Christian Hartmann (SVP)	X	
Marilena Gnesa (SP)		X	Daniel Oswald (SVP)	X	
Bea Helbling-Wehrli (SP)		X	Davide Pezzotta (SVP)	X	
Lea Jacot-Descombes (SP)		X	Markus Reinhard (SVP)	X	
Roland Kappeler (SP)		X	Maria Wegelin (SVP)	X	
Regula Keller (SP)	X		Thomas Wolf (SVP)	X	
Fredy Künzler (SP)		X	Marc Wäckerlin (PP)	---	---
Felix Landolt (SP)		X			
Dominik Siegmann (SP)		X	Urs Bänziger (FDP)	X	
Maria Sorgo (SP)	---	---	Jan Fehr (FDP)	X	
Markus Steiner (SP)	X		Yvonne Gruber (FDP)	X	
Gabriela Stritt (SP)		X	Felix Helg (FDP)	X	
Philippe Weber (SP)		X	Romana Heuberger (FDP)	X	
Benedikt Zäch (SP)		X	Urs Hofer (FDP)	X	
			Christian Maier (FDP)	X	
Andreas Büeler (Grüne)		X	Raphael Perroulaz (FDP)	X	
Reto Diener (Grüne)		X	Anna Rellstab-Schneider (FDP)	---	---
Katharina Frei Glowatz (Grüne)		X			
Christian Griesser (Grüne)		X	Monica Della Vedova (GLP)	X	
Nina Wenger (Grüne)		X	Urs Glättli (GLP)		X
Katharina Gander (AL)	X		Andreas Gütermann (GLP)	enthalten	
Roman Hugentobler (AL)		X	Samuel Kocher (GLP)	X	
			Markus Nater (GLP)	enthalten	
Michael Bänninger (EVP)		X	Annetta Steiner (GLP)	---	---

Barbara Huizinga (EVP)		X	Martin Zehnder (GLP)	X	
Franziska Kramer-Schwob (EVP)		X			
Daniela Roth-Nater (EVP)		X	Andreas Geering (Die Mitte)	X	
			Iris Kuster (Die Mitte)	X	
			André Zuraikat (Die Mitte)	X	
			Zeno Dähler (EDU)	X	

Ratspräsidentin M. Sorgo: Sie haben diesen Antrag mit 27 Stimmen ablehnend zur Kenntnis genommen, gegen 25 Stimmen zustimmende Kenntnisnahme, bei 3 Enthaltungen. Damit haben Sie diesen Antrag negativ zur Kenntnis genommen. Da kein Antrag auf Ergänzungsbericht besteht, wird das Postulat als erledigt abgeschrieben.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2021.18: Antrag und Bericht zum Budgetpostulat A. Zuraikat (Die Mitte), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP) und G. Gisler-Burri (SVP) betr. Budget 2022 – Zielbau Arena: Überdachung Ausseneisfeld und zusätzliche Garderoben

Ratspräsidentin M. Sorgo: Antrag und Bericht zum Budgetpostulat betreffend Budget 2022 – Zielbau Arena: Überdachung Ausseneisfeld und zusätzliche Garderoben. Das Wort hat der Erstpostulant André Zuraikat.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt den Bericht des Stadtrats zum Budgetpostulat positiv, aber kritisch zur Kenntnis. Wir begrüßen es, dass der Stadtrat die Synergie mit Win4 anerkannt hat und eine Zusammenlegung der beiden Restaurants, sowohl der Eishalle wie auch von Win4, vorgesehen hat, damit mehr Raum für die zusätzlichen Garderoben entstehen kann. Das schafft Hoffnung, dass damit die prekäre Situation der Eissportvereine vor Ort verbessert werden kann.

Was wir allerdings sehr kritisch beurteilen, ist, dass der Stadtrat gar nicht zur Überdachung des Ausseneisfeldes Stellung nimmt. Offenbar erkennt er nicht, dass gemäss Machbarkeitsstudie bis zu 25% an Energiekosten gespart werden können und wir mit dieser Überdachung eine weitere Fläche für Solardach gewinnen können. Dass der links-grüne Stadtrat dieses Potenzial nicht erkennt, erstaunt uns sehr. Wir hoffen aber, der Stadtrat hält sein Wort und kommt im Herbst zu einer positiven Entscheidung, das Projekt für die Investitionsplanung wieder aufzunehmen und wir dann einen entsprechenden Kredit im nächsten Budget sehen werden.

Wir als Mitte/EDU-Fraktion bedanken uns beim Stadtrat für die Antwort zum Budgetpostulat und nehmen den Bericht, wie eingangs erwähnt, zustimmend, aber kritisch zur Kenntnis.

M. Della Vedova (GLP): Wir Grünliberalen danken dem Stadtrat für seinen Bericht. Zur Überdachung des Ausseneisfeldes und den bestehenden prekären Garderoben-Verhältnisse gab es schon 2018 zwei Vorstösse. Mit der damaligen stadträtlichen Antwort war man damals bedingt zufrieden. Von Seiten des Stadtrats hiess es (salopp gesagt): „Kei Stutz und andere Prioritäten.“ Wenn auch wahrscheinlich zu Recht. Der Grosse Gemeinderat habe es in der Hand, etwas zu unternehmen.

Mit dem vorliegenden Budgetpostulat wollte man vorwärts machen und Geld für die Projektierung einstellen. Der Stadtrat führt in seiner Antwort aus, dass es hinsichtlich Synergien mit

Win4 zurzeit das grösste Potenzial beim Thema Restaurant gebe, da Win4 im neuen Gebäude Produktionsküche und Verpflegungsräume erstellen werde. Bereits heute arbeiten Win4 und das Sportamt mit dem gleichen Pächter für ihre Restaurants zusammen. So könnte man mit der Verschiebung des Restaurants zu Win4 in der Eishalle den dringend nötigen Raum für zusätzliche Garderoben schaffen.

Die neue Option durch eine Zusammenlegung der Restaurants und die damit verbundenen Möglichkeiten für zusätzliche Garderoben in der Eishalle seien Entwicklungschancen, die jetzt genauer abgeklärt werden müssten. Deshalb könne sich der Stadtrat vorstellen, das sistierte Projekt wiederaufzunehmen.

Vorstellen? Wir Grünliberalen fordern: Machen!

Auf die Frage nach den finanziellen Beiträgen der umliegenden Gemeinden wird kurz gesagt, das sei unrealistisch. Wieso? Benutzen die umliegenden Gemeinden diese Infrastruktur denn nicht? Bezahlen die auswärtigen Besucher mehr? Nein. Was wurde denn da konkret unternommen, bevor man uns mit der Aussage „unrealistisch“ abspeist?

Immerhin besteht die Hoffnung, dass in den nächsten Jahren das Garderobenproblem mit der Zusammenlegung der beiden Restaurants ein bisschen entschärft wird. Weiterhin hoffend nehmen wir die Antwort trotzdem positiv zur Kenntnis.

G. Gisler (SVP): Die SVP dankt dem Stadtrat für die Budgetpostulatsantwort. Das Positive vorweg: Wir finden es wirklich positiv, dass der Stadtrat die Synergiemöglichkeit mit Win4 nutzen möchte, indem das Restaurant der Eishalle mit und in Win4 zusammengelegt wird. Und dass dadurch dann Platz für zusätzliche Garderoben geschaffen werden soll. Das begrüssen wir sehr.

Ein bisschen weniger schön sehen wir die Tatsache, dass das Postulat zur Überdachung des Ausseneisfeldes kaum etwas aussagt. Es wird dazu nichts gesagt, dass unterdessen für diese Überdachungen bei der Technik Fortschritte gemacht wurden bezüglich Strompanelen usw. Und auch, dass mit einer Überdachung Energiekosten eingespart werden könnten. Ebenfalls kritisch sehen wir, dass der mit diesem Vorstoss beantragte Planungskredit von 100'000 Franken vom Stadtrat als „zu gering“ eingestuft wird, so dass damit kein Bauprojekt erstellt werden könne. Wir hätten eigentlich von Stadtrat dann gerne eine konkrete Zahl gehört, was denn da notwendig wäre.

Dennoch wollen wir doch zuversichtlich sein und bleiben, dass der Stadtrat zugunsten der Sporttreibenden die Überdachung und die Garderobenfragen konkret angehen und nach Lösungen suchen wird. Wir nehmen es deshalb positiv zur Kenntnis. Besten Dank.

M. Steiner (SP): Die Umkleidesituation in der Zielbau-Arena ist unbefriedigend und für Ausbauten fehlt das Geld. Dass die Garderoben schon lange zu klein sind, da sind wir uns von links bis rechts einig. Bis jetzt ist der Ausbau der Garderoben und die Überdachung des Ausseneisfeldes ein Wunschbedarf geblieben. Jetzt zeichnet sich aber doch eine Lösung ab. Der Stadtrat skizziert einen möglichen Lösungsweg. Die Vertiefung der bestehenden Machbarkeitsstudie und die Prüfung der entsprechenden Resultate im kommenden Herbst sollen aufzeigen, welche Beträge in den kommenden Jahren in die Investitionsplanung eingestellt werden sollen.

Die SP-Fraktion begrüsst diese Entwicklung und die Bereitschaft des Stadtrats, die Entwicklung der Möglichkeiten nochmals zu überdenken. Und dankt dabei auch der Mitte-Partei, die sich beharrlich – fast schon ein bisschen penetrant – seit mehreren Jahren für die Garderoben einsetzt. Wir hoffen, sie ist dann auch bereit, im Budgetprozess diese Gelder zu sprechen.

K. Gander (Grüne/AL): Auch die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für den vorliegenden Bericht und nimmt ihn positiv zur Kenntnis. Die Ausgangslage ist klar und war ja, wie schon Markus ausgeführt hat, in dieser Runde bereits mehrfach ein Thema. Es gibt zu wenige wettergeschützte Eisfläche und auch zu wenige Garderoben. Und es wäre wünschenswert, dass sich das ändern würde.

Der jetzt vorgeschlagene Ansatz, die sich abzeichnenden Synergien bestmöglich zu nutzen und sich aus dem Bestand heraus mit der Verschiebung des Restaurants Platz für neue Garderoben bestmöglichst zu optimieren, gefällt uns.

An dieser Stelle muss aber auch erwähnt werden, dass die beantragten 100'000 Franken nicht wirklich für eine seriöse Planung ausreichen. Zudem muss ein Projekt in dieser Größenordnung aufgrund der gesetzlichen Vorgaben eine Planersubmission durchführen lassen. In seinem Bericht bietet der Stadtrat trotzdem (wenn auch ein bisschen verhalten) Hand für weitere Abklärungen in Form einer Vertiefung der bestehenden Machbarkeitsstudie. Aufgrund dieser Ergebnisse können dann weitere Schritte definiert werden, die dann hoffentlich in die Investitionsplanung der nächsten Jahre einfließen können.

B. Huizinga (EVP): Die EVP nimmt den vorliegenden Bericht positiv zur Kenntnis. Wir sind froh, dass sich die Garderobensituation durch Synergien mit Win4 nun ein bisschen entschärft für den Moment.

Wir hätten gerne eine Überdachung, die auch ökologisch sinnvoll ist, nur – da sage ich das selbe wie bereits letztes Mal: Wir haben Mühe mit der Finanzierung. Wir hätten es gerne als nice-to-have und es wäre sicher sinnvoll, aber wir können ja schlecht das Budget kürzen und nachher in einem Projekt, das nicht nur die Stadt betrifft, sondern eigentlich Infrastruktur für die Region schafft, Geld sprechen und den Speckgürtel rundherum nach wie vor mit einem Satz praktisch abtun mit „Nein, von dort bekommen wir kein Geld“ – das leuchtet uns irgendwie einfach nicht ein.

2018 und 2019 gingen Vorstösse in diese Richtung. Jetzt haben wir 2021. Wir hoffen, dass 2023 oder 2024 dann die Überdachung steht, mit Sonnenkollektoren, welche das Aussenfeld nochmals vergrössert.

Wie gesagt, wir setzen die Prioritäten anders. Wir hätten es sehr gerne, aber wir nehmen unsere Budgetverantwortung wahr und sind dadurch einfach zurückhaltend.

Danke für den Bericht. Wir sehen, dass da Schritte in die richtige Richtung gehen.

R. Heuberger (FDP): Die Lösung des Garderobenproblems in der Eishalle geht wohl in die Kategorie „Gut Ding will Weile haben“. Wir begrüßen es sehr, dass der Stadtrat das Garderobenproblem jetzt zusammen mit Win4 lösen möchte. Unseres Erachtens ist das eine gute Chance, dass da wirklich ein spannendes Projekt für die Sportlerinnen und Sportler, aber auch für die Verpflegung der Gäste entstehen kann. In dieser Zusammenarbeit, in diesem PPT-Projekt, kann viel Gutes entstehen. Wir möchten gar nicht allzu viel vorgeben.

Aus unserer Sicht ist die Überdachung des Aussenfeldes sicher auch ein Thema, das im Rahmen einer künftigen möglichen Zusammenarbeit dringend diskutiert werden sollte. Und wir sind überzeugt davon, dass mit ein bisschen Kreativität da sehr viel möglich ist.

Es wurde schon 2 Mal die Rede auf die Beiträge der umliegenden Gemeinden gebraucht. Ich hatte gerade ein Déjà-vu: Wir in Seuzach, wo ich früher gewohnt habe, hatten immer das Gefühl, Hettlingen sollte dringend auch einmal etwas an unsere Infrastruktur bezahlen. Sie haben es auch über Jahre nicht gemacht. Es ist ein Thema, das immer wieder aufkommt. Aber ja, die Hoffnung stirbt zuletzt. Man kann es ja gerne wieder probieren.

Stadtrat J. Altwegg: Als Erstes herzlichen Dank für die positive Kenntnisnahme unserer Budgetpostulatsantwort. Es ist immer wieder gefallen: Der Kern der Geschichte sind die Synergien, die wir zu nutzen beginnen könnten zusammen mit Win4. Das betrifft im Wesentlichen das Restaurant und die Garderoben, wo wir evtl. Flächen miteinander geschickt machen können. Wir sind da in einem kontinuierlichen Austausch mit Win4, um das gut aufgleisen zu können.

Das ist auch das, was wir mit den 100'000 Franken ungefähr machen können: Die Machbarkeitsstudie weitertreiben, schauen, was wir machen können. Für mehr reicht es nicht. Wenn man ein Bauprojekt will, wie wir es in der ursprünglichen Machbarkeit gezeigt haben: Größenordnung 5 Mio. Eine Faustregel sagt: Die Planung für ein ausführungsbereites, baureifes Bauprojekt kostet ca. 10%. Dann sind wir bei ca. 0.5 Mio., die wir für das Bauprojekt bräuchten, z.B. für das Dach des Ausseneisfeldes.

Es ist uns natürlich sehr wohl bekannt, dass das eine gute Sache wäre, man dort darauf Photovoltaik machen könnte. Das ist aber ganz klar Wunschbedarf.

Und es ist halt einfach so: Wir müssen priorisieren. Und dann kommen nicht zuerst die Wünsche, sondern das, was wir haben müssen. Und da gehören primär im Moment Schulhäuser dazu, Schulraum, den wir schaffen müssen. Dort können wir nicht sagen, können wir machen oder auch nicht – dort müssen wir einfach. Und deshalb hat das Prio.

Es ist noch nicht lange her, heute Abend, als wir über die Realisierungsquote gesprochen haben, also den Realisierungsgrad der geplanten Projekte. Und da sind wir ja noch nicht ganz vorne dabei. Wir geben aber wirklich alles, dass wir wenigstens die geplanten Projekte gut umsetzen können. Ich glaube, da sind wir auf gutem Pfad. Aber eben, Wunschbedarfprojekte müssen halt wirklich noch warten.

Ja, die umliegenden Gemeinden... Ich würde sie so gerne in die Pflicht nehmen. Sie berufen sich entweder auf den Finanzausgleich und sagen, da zahlen sie ja schon mit (je nachdem, es gibt auch Empfängergemeinden umliegend) und da hätten wir ja quasi genügend Geld. Bei den informellen Gesprächen werde ich praktisch schon nach dem ersten Satz ausgelacht, wenn es darum geht, ob es irgendwie Geld dazu gäbe für unsere Infrastruktur (ob es jetzt Hallenbad, Eishalle oder sonst etwas ist). Bei der Eishalle gab es tatsächlich ein paar Fränkli, aber das sind wirklich ganz kleine Beiträge. Das sind also nicht Beiträge, die eine Rolle spielen würden, ob wir dann tatsächlich umsetzen könnten oder nicht. Das ist mehr ein symbolischer Beitrag, der von gewissen Gemeinden geliefert wurde. Ich glaube, darüber müssen wir nicht reden. Das werden wir schon hinkriegen, aber erst, wenn wir ein Projekt haben, bei dem sie dann auch sehen, was wir damit machen. Ohne das werden wir ganz sicher nie auch nur einen Franken versprochen bekommen.

Ich freue mich aber sehr, dass wir wenigstens auf diesem Pfad mit Win4 zusammen weitermachen dürfen. Und ich bin froh, wenn das Parlament dann bei der Budgetdebatte dann auch die Investitionskredite gutheisst.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Mir ist kein Antrag auf negative Kenntnisnahme bekannt. In diesem Fall haben Sie das Budgetpostulat zustimmend zur Kenntnis genommen und das Postulat gilt als erledigt und abgeschrieben.

Wir gehen weiter, kurz vor dem Anpfiff.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2021.3: Begründung des Beschlussantrags R. Kappeler (SP), B. Zäch (SP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. Behördeninitiative für ein kantonales COVID-19-Hilfspaket für das Gewerbe: Ausrichtung von Mietzins-Beiträgen für gewerbliche Mieten

Ratspräsidentin M. Sorgo: Begründung des Beschlussantrags betreffend Behördeninitiative für ein kantonales COVID-19-Hilfspaket für das Gewerbe: Ausrichtung von Mietzins-Beiträgen für gewerbliche Mieten.

Hier als Hinweis: Sollte das Geschäft überwiesen werden, würde das der AK zugeteilt. Das ist auch so mit dem Präsidenten vereinbart.

Das Wort hat der Ersteinreicher Roland Kappeler.

R. Kappeler (SP): Ich wurde in letzter Zeit einige Male darauf angesprochen, ob ich diesen Ladenhüter nicht zurückziehen wolle. Ich muss gestehen, dass es halt fast ein halbes Jahr ging von der Einreichung bis heute, wo wir das debattieren. Aber ich schildere in den nächsten paar Minuten, weshalb es keinen Grund gibt, das zurückzuziehen und das nach wie vor eine Lösung wäre, die im Vergleich günstig und praktikabel für viele wäre.

Blenden wir kurz zurück: Nach dem Lockdown im März 2020 hatten ganz viele KMU's eine Notlage, weil sie geschlossen wurden, keine Einnahmen hatten, aber weiterhin Miete zahlen mussten. Schon im Sommer handelte der Stadtrat schnell und hat u.a. für seine eigenen Liegenschaften einen Mieterlass beschlossen. Das konnte er aber nur für seine Liegenschaften machen. Alle Mieter von Privatliegenschaften waren weiterhin im Ungewissen.

Im Herbst, als sich das eidgenössische Parlament wieder an die Arbeit machte, probierte man, schweizweit ein sogenanntes «Geschäftsmietegesetz», eine Änderung im OR, einzubringen, die allgemein einen 40%-Erlass vorgeschrieben hätte. Das wurde abgelehnt. Und dann flossen langsam die ersten Unterstützungsgelder des Bundes: Kurzarbeitentschädigung, Erwerbsersatz, Härtefallgelder. Aber nichts in Sachen Miete.

Schon lange gehandelt hatte der Kanton Basel-Stadt, der seit Mai 2020 das Drittelsmodell, das wir hier vorschlagen, eingeführt hatte. Es sagte, der Staat solle doch Anreize schaffen statt Vorschriften machen – also eine sehr liberale Position. Es soll allen Vermietern, die ihren Mietern 2/3 erlassen, offerieren, dass die Stadt oder eben der Kanton 1/3 übernimmt, so dass man 1/3 beim Mieter, 1/3 beim Vermieter und 1/3 bei der öffentlichen Hand hat. Dieses Modell hat sich in Basel ziemlich gut bewährt, hatte aber seinen Preis für die öffentliche Hand, ganz klar.

Im Dezember 2020 wurde dieses Modell in der Stadt Zürich eingeführt. Benedikt wird beim nächsten Traktandum, das ja inhaltlich die gleiche Sache betrifft, inhaltlich noch ein bisschen mehr sagen zu dieser Zürcher Geschichte. Das ist nämlich bezeichnend.

Ich sage hier nur, wie schnell das in der Stadt Zürich ging: Im Dezember wurde das Postulat überwiesen, im Januar der definitive Beschluss des Gemeinderats, im Februar legte der Stadtrat seine Vorlage vor, Ende März wurden die ersten Gelder ausbezahlt. Das ist das, was das Gewerbe braucht: Eine schnelle, unkomplizierte Lösung.

Deshalb fanden wir im Januar, was für Zürich gut ist und in Basel schon lange funktioniert, wäre doch auch eine gute Idee für Winterthur. Wir haben die beiden Vorstösse eingereicht: Einerseits das, was wir jetzt hier diskutieren, die Behördeninitiative, die den Kanton verantwortlich machen soll für den Anreiz. Und falls das nicht gelingt, die Motion, die als nächstes kommt, bei der die Stadt diesen Anreiz bieten soll.

Ja, wie ging es weiter im Kanton Zürich? Jetzt sprechen wir vom Beschlussantrag und da geht es um eine Behördeninitiative und deshalb konzentriere ich mich jetzt auf den Kanton. Auch im Januar wurden im Kantonsrat zwei Postulate eingereicht, mit dem gleichen Ziel: Schafft Lösungen für die Mieter, die durch die bisherigen Maschen von Härtefallgeldern usw. durchfallen. Es wurden zwei Postulate mit gleichen Zielen, aber sehr unterschiedlichen Instrumenten eingereicht. Anfänglich haben beide Parteien (das eine kam von der FDP, das andere von SP) signalisiert, dass sie beide Postulate unterstützen. Am 15. März hat der Kantonsrat entschieden. Er hat leider das Postulat mit dem Drei-Drittel-Modell abgelehnt und hat sich für die FDP-Variante entschieden, die zinslose Kredite gewährt. Das ist ein sehr kompliziertes Instrument, das stärker die Eigentümer von Liegenschaften bevorteilt als die Mieter. Wie gesagt, die SP im Kanton und auch in unserer Stadt ist nach wie vor der Meinung, das kann man auch unterstützen, aber es wäre auch gut, beide Schienen zu prüfen und sich erst dann, wenn man die besten Informationen hat, wenn man wirklich weiss, was wie wann, für ein Modell entscheiden würde.

Da das Postulat nicht überwiesen wurde, halten wir jetzt eben an unserem Beschlussantrag fest. Dann, mit der Behördeninitiative, hätten wir die Möglichkeit, dem Kantonsrat bzw. dem Regierungsrat quasi den Auftrag zu geben, doch die zweite Variante auch noch zu prüfen. Denn die Behördeninitiative der Stadt Winterthur bräuchte im Kantonsrat nur 60 Stimmen und keine Mehrheit – und diese Stimmen hätte sie eigentlich so gut wie sicher. Wir sind für gleich lange Spiesse für die zwei Modelle im Kanton.

Ich bin schon fast fertig mit der Geschichte. Es ist aber doch noch etwas ganz Wichtiges passiert: Im Mai wurde nämlich das erste Urteil gefällt von einem Bezirksgericht, das erstaunlich mieterfreundlich war. Etwas vereinfacht zusammengefasst sagt es, die Miete für die Lockdown-Zeit ist mindestens nicht voll geschuldet – wenn sie überhaupt geschuldet ist. Ja, die-

ses Urteil würde den Mietern ja auch helfen, nur wird dieses Urteil mit Sicherheit weitergezogen bis ans Bundesgericht, d.h. es könnte noch Jahre gehen, bis wir Rechtssicherheit haben. Und das alles wird teuer, für alle Seiten.

Und deshalb sind wir heute umso mehr überzeugt: Wir wollen eine billigere Lösung, wir wollen eine liberale Lösung, wir wollen mit Anreizen arbeiten. Wir wollen möglichst bald eine gute Lösung für alle auf freiwilliger Ebene, die sich einigen können, und deshalb Anreize bieten dafür. Damit es so wenige Rechtsstreitigkeiten wie möglich gibt, die meistens nur Verlierer und sehr grosse Kosten produzieren.

Auch im Mai hat der Stadtrat diese Idee vom Drei-Drittel-Modell aufgenommen, wieder aufgenommen für seine eigenen Liegenschaften. Er arbeitet jetzt damit und beweist, dass er genauso schnell sein könnte wie der Stadtrat von Zürich, wenn wir ihm die Gelegenheit geben. Und die Gelegenheit können wir ihm im nächsten Geschäft mit der Motion geben.

Jetzt geht es darum, dass wir im Kanton dafür sorgen, dass man dieses Modell auch nochmals sorgfältig prüft. Die Tatsache, dass ungefähr im Zwei-Wochen-Rhythmus entweder in der Zeitung wieder von einem Fall berichtet wird oder ich direkt kontaktiert werde per Mail, von kleinen Betrieben, Fitnessstudios etc., die sagen: Wir sind immer noch im Clinch mit unserem Vermieter, wir haben noch keine Lösung. Diese Tatsache zeigt, dass es eben kein Ladenhüter ist, dass es nach wie vor Betriebe gibt, die durch alle Maschen fallen. Es sind nicht mehr so viele heute, es wird für uns als Stadt oder für den Kanton (wer auch immer dann diesen Anreiz bietet) billiger, als es wahrscheinlich im Januar gewesen wäre, und sicher billiger, als es in Basel letztes Jahr war – aber ich glaube nach wie vor, für diese Härtefälle wäre es sinnvoll, wir würden diese Lösung anbieten. Und deshalb bitte ich um Unterstützung für diesen Beschlussantrag, danke.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Da das Geschäft schon seit einer Weile traktandiert ist – es wurde einmal ein Ablehnungsantrag von Seiten der SVP gestellt. Gilt der weiterhin? Thomas Wolf.

Th. Wolf (SVP): Es ist wirklich ein Ladenhüter, da steht noch «sehr geehrter Präsident». Die SVP lehnt diesen Antrag ab, und zwar aus folgenden Gründen: Die Idee, die dem Ganzen zugrunde liegt, das Basler Modell, ist – wie Roli gesagt hat – eine gute Sache. Was nicht mehr passt, ist der Termin. Der Kanton Zürich hat ja im März bereits, wie erwähnt, die Gelder der zweiten Runde der Härtefallentschädigung ausbezahlt. Die dritte Runde läuft bereits, es folgt eine vierte Runde. Und die finanzielle Not, die im Januar und Februar bei vielen Gewerbetreibenden war, hat sich massiv vermindert. Und die Unternehmen können ihren Verpflichtungen nachkommen. Und jetzt haben wir ja noch weitere Öffnungen der Wirtschaft. Und eigentlich können jetzt die meisten wieder Umsatz aus eigener Kraft generieren und ihren Verpflichtungen nachkommen.

Und dieses Hilfspaket, das greift ja nur, wenn die Parteien verhandlungswillig sind. Wenn die das nicht sind, nützt das Ganze auch nichts.

Und das Argument, dass die vielen bösen Vermieter ihre Mieter knechten und das Geld nur dorthin fliesst, das kann man auch anders anschauen: Die Parteien gingen miteinander einen gültigen Mietvertrag ein, mit allen Rechten und auch Pflichten. Und nicht jeder Vermieter ist ein böser Konzern, sondern sehr oft auch ein Privater. Und für diesen sind diese Mieten genauso sein Einkommen. Man konnte ja auch lesen in der Presse (es gibt ja da eine wunderbare Wochenzeitung, irgendwie Welt-etwas...), da war ein Bericht drin, dass die SP-nahe Genossenschaft Pressunion ihren Mietern sogar mit dem Anwalt gedroht hat und dass im Betrieb kein Mangel ist und sie leider keine Herabsetzung des Mietzinses gewähren kann. Und von Erlass ist nicht einmal die Rede. Ihr seht, es ist nicht ganz so klar für alle.

Und dann kommt ja auch dazu, dass viele Pensionskassen stark in Immobilien investiert sind, und dort ist ein langer Verzicht auf Einnahmen auch ein Schaden für die Allgemeinheit.

Im Kanton Zürich hat man in den ersten zwei Runden 20% eines Jahresumsatzes als Härtefallgeld ausbezahlt. Und damit kann das Überleben eines Betriebs sichergestellt werden, vor allem von einem Betrieb, der auch vor Corona gesund und profitabel war.

Klar, es gibt immer wieder Ausnahmen und Einzelfälle, die durch das Netz fallen. Aber man kann nicht jeden retten, es gibt auch ein unternehmerisches Risiko. Und am Schluss gilt: Wer zahlt, befiehlt. Und die ganzen Anordnungen oder Betriebsschliessungen sind von Bundesbern gekommen und deshalb muss der Kanton auch nichts dafür machen. Und deshalb bitten wir Euch, den Antrag mit uns zusammen abzulehnen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir haben das Drei-Drittel-Modell von Anfang unterstützt und unterstützen es weiterhin. Roland Kappeler hat sehr detailliert ausgeführt, weshalb es kein Ladenhüter ist.

Das erste Gerichtsurteil oder die beiden ersten Gerichtsurteile zielen auf genau das hin, was vorhersehbar war: Es gibt juristisch mehr oder weniger Alles oder Nichts. Die Klage einer Immobiliengesellschaft wurde eben vom Bezirksgericht Zürich abgewiesen und es ist klar, dass das weitergeht. Man hat sich bei diesem Urteil auf ein Bundesgerichtsurteil aus dem Jahr 1922 berufen, wo ein Pächter von einem Restaurationsbetrieb auf einem Schiff auf dem Vierwaldstättersee den Pachtzins nicht bezahlt hat, weil er gar nicht mehr dort wirten konnte. Ich glaube, das Drei-Drittel-Modell, bei dem alle ein bisschen verzichten und der Staat noch etwas dazugibt, ist eben pragmatisch. Wenn die Gerichte urteilen, wird es – davon bin ich überzeugt – auf Alles oder Nichts herauslaufen.

Wir unterstützen den Vorstoss weiterhin.

F. Kramer (EVP): Ich habe gemeint, der Ladenhüter sei vor langer Zeit einmal so traktandiert gewesen, dass Traktandum 12 und 13 gemeinsam behandelt würden – und ich spreche jetzt einfach nur ein Mal.

Es ist kein günstiger Moment, um über Hilfspakete zu sprechen. Es gibt riesige Öffnungsschritte, alle freuen sich über die Restaurantbesuche, die Impfrate wird immer besser – nichtsdestotrotz ist das halt heute so traktandiert.

Um es kurz zu machen: Wir unterstützen die Behördeninitiative, nicht aber das Covid-19-Hilfspaket. Und das sind unsere Gründe: Als EVP haben wir uns auch auf kantonaler Ebene für das Drittel-Modell eingesetzt. Es ist somit nur konsequent, dass wir das auch auf kommunaler Ebene machen. Im Kantonsrat wurde das Postulat von den Bürgerlichen überwiesen, das aus unserer Sicht nicht die bestmögliche Lösung ist – und da wollen wir jetzt nochmals nachfassen.

Uns als EVP waren die kleinen Betriebe in dieser Krise wichtig. Nein, wir möchten niemanden vergolden. Wir wissen aber alle, dass es viele Betriebe gibt, die Spenden sammeln mussten. Ein bisschen schöner formuliert hat man das Crowdfunding genannt. Es war schön zu sehen, dass die Bevölkerung mitgetragen hat. Wir finden aber eigentlich nicht, dass das Gewerbe auf Spenden angewiesen sein sollte. Spenden und Gewerbe, das ist für uns ein Widerspruch, das muss man anders lösen können. Wo Bund und Kanton Anordnungen treffen, müssen sie auch die Kosten dafür tragen.

Und da kommen wir zum Punkt, dass die Härtefallzahlungen eben nicht bei allen gereicht haben, um die Mietzinsen zu zahlen. Klar, manchmal hat es gereicht, und wo es gereicht hat, soll nicht noch zusätzliches Geld nachgeschoben werden. Inzwischen ist ja, wie Roli es gesagt hat, auch die Rechtsprechung zum Zug gekommen und hat die Vermieter in die Pflicht genommen. Aber wo es nicht reicht oder noch offene Posten warten, dort muss das aus unserer Sicht noch gelöst werden.

Wichtig ist uns, wie gesagt, dass niemand vergoldet wird. Es ziemt sich nicht, jetzt Staatsgelder zu beziehen und dann Boni oder Dividenden auszuzahlen. Das verbietet eigentlich schon der Anstand. Wir erwarten vom Kanton, dass er eine griffige Grundlage schaffen würde, um das zu verhindern.

Wir unterstützen keine Zahlungen aus der Stadtkasse, aber ganz klar die Behördeninitiative.

U. Hofer (FDP): Wir sprechen ja vielfach von Ressourceneffizienz und deshalb ergreife ich auch gleich zu beiden Geschäften das Wort. Und umgekehrt finde ich, wenn wir jetzt im Juni 2021 noch über einen Vorstoss debattieren, der Lockdown-Hilfe für die Zeit ab März 2020 zum Ziel hat, ist das nicht wirklich ressourceneffizient. Auch die Ausführungen von Roland

Kappeler tönen für mich eher wie eine Art Geschichtsstunde, was in der Vergangenheit passiert ist.

Vorab das Wichtigste. Es ist für uns sonnenklar: Die von der Corona-Krise betroffenen Gewerbebetriebe und Künstler verdienen staatliche Unterstützung. Die sollte zeitnah erfolgen und unbürokratisch beantragt werden können. Das heisst aber nicht, dass man vorbehaltlos allem zustimmen muss, was das Thema Unterstützung zum Inhalt macht. Im Gegenteil soll man kritisch analysieren, was der sinnvollste und effizienteste Weg zur Unterstützung ist. Kurzum: Der beste Helfer ist nicht derjenige, der am Lautesten schreit, dass er helfen möchte, sondern derjenige, der die effizientesten Massnahmen zum richtigen Zeitpunkt ergreift.

Eine zweite Vorbemerkung: Die Berichterstattung, auch diejenige des Landboten, erweckt zuweilen den Eindruck, dass es nur böse Vermieter gibt. Ich habe in diversen Kreisen sowohl auf Mieter- wie auch auf Vermieter-Seite herumgefragt und festgestellt, dass in der Mehrheit aller Fälle eine Vermieter-Mieter-Beziehung besteht, in der eine vernünftige, situationsgerechte Lösung gefunden werden konnte. Es mag ein paar vereinzelte Vermieter gegeben haben, die keine Einsicht zeigen, und dann gibt es auch solche wie die Pensionskassen, die gar nicht entgegenkommen dürfen (regulatorisch). Aber die Gesetzgebung sollte nie nur die schlechtesten Beispiele als Regelungshintergrund haben.

Zum Basler Modell: Wir anerkennen, dass das Basler Modell gewisse Vorteile hat, insbesondere die Freiwilligkeit für die Vermieter. Aber genau diese Freiwilligkeit bedeutet auch, dass die Gerichtsfälle, bei denen das Verhältnis verhärtet ist, nicht gelöst werden. Es ist auch – zumindest in der Theorie – ein relativ einfaches Modell. Gerade darin liegt aber auch die Schwäche: Die Welt ist nicht schwarz-weiss. Es gibt nicht den Standardmieter und es gibt nicht den Standardvermieter, und es gibt nicht den Standard-Corona-Betroffenen mit standardisierten Verlusten. Was bedeutet das? Eine Subventionierung von einem Drittel der Miete mag für den einen zu wenig sein, für den anderen ist es in Anbetracht der Gesamtumstände zu viel. Und dann noch ein bisschen die Gretchenfrage: Was ist mit Unternehmen, die Eigentum haben, geschlossen sind und Hypothekarzinsen zahlen müssen? Wer schützt denn die? Sprich: Das einfache Modell pauschalisiert und dadurch gibt es in Einzelfällen Ungerechtigkeiten und im Extremfall sogar Missbräuche.

Der grösste Vorbehalt ist aber, dass sich Bund und Kanton im Rahmen der Härtefallentschädigung in der Zwischenzeit schon lange für ein anderes Unterstützungsmodell entschieden haben. Es ist umsatzabhängig, zudem muss jeder Bewerber auch die Finanzzahlen einreichen. Und es ist dadurch einzelfallgerechter als das pauschalisierte Basler Modell. Die Unterstützung unter dem Härtefallprogramm ist auch viel substanzieller als die Entschädigung beim Basler Modell. Und es hat durchaus auch einen Anteil Miete, der damit entschädigt wird. Aber – und da liegt einfach Franziska falsch – es wird niemand in der ganzen Schweiz eine 1:1-Entschädigung bekommen für alle Einbussen, die man jetzt in der Covid-Zeit erlitten hat. Es ist immer nur ein Anteil. Das ist bei der Härtefallentschädigung so (dort ist es wesentlich mehr) und es ist beim Basler Modell so. Also wenn irgendwer halt doch noch auf etwas Geld liegengeblieben ist (wie die meisten anderen auch) und er deshalb Kaufhandlungen machen muss (Kapitalerhöhung usw.) – ja, das wird es geben. denn das ist nicht die Idee des ganzen Programms, dass man gar keine Einbussen hat. Und die Härtefallgelder sind auch ausbezahlt, schon länger. Jetzt haben wir weitere Runden mit noch anderen Kriterien, aber die ersten sind bereits ausbezahlt seit Februar.

Vor diesem Hintergrund macht es schlicht keinen Sinn, jetzt noch ein anderes Modell quasi kumulativ nochmals in den Raum zu stellen, das sich kaum mit dem anderen Modell, das bereits ausbezahlt ist, kumulieren lässt. Das führt unweigerlich zu einem Riesenchaos, zu Ressourcenineffizienz und zu Missbräuchen. Aus genau diesem Grund war auch der Regierungsrat auf Stufe Kanton gegen dieses Modell und hat mit den Argumenten, die Ihr offenbar auch selbst nachgelesen habt und ich jetzt da zum Teil wiederholt habe, die Mehrheit des Kantonsrats überzeugen können.

Wir sind jetzt einfach schlicht zu spät, da nochmals etwas hinten nachzuschieben. Dieser Zug ist abgefahren, es ist ein anderes Modell geworden.

Vor diesem Hintergrund sind wir sowohl gegen die Behördeninitiative wie auch gegen eine eigene Lösung auf Stufe der Stadt, die wir ohnehin nicht finanzieren könnten – und wenn wir Kleinbeträge machen, bringt es auch nichts und wäre noch viel weniger auf alle die anderen Massnahmen und Kontrollinstrumente abgestimmt.

S. Kocher (GLP): Auch ich werde zugunsten eines möglichen früheren Endes der GGR-Sitzung gleich zu beiden Traktanden Stellung nehmen.

Bereits in der Budgetdebatte wurde das Thema Basler Modell mit diesem Drei-Drittel-Paket besprochen. Grundsätzlich ja eine interessante Idee. Nur: Die Idee wurde in Basel am 13. Mai 2020 erlassen – vor über einem Jahr. Zu einer Zeit, in der wir im ersten Lockdown waren, die aktuellen Hilfspakete noch nicht in dem Umfang wie heute bereitgestanden sind. Und es war ein Zeitpunkt, zu dem sich schweizweit der Fokus der Diskussionen stark um die Mietzinse, um Mietzinsreduktionen drehte. Und im Herbst 2020 dann auch begründet auf Bundesebene abgelehnt wurden.

Aktuell stellt sich die gesamte Sachlage neu dar. Wir sind ein Jahr später. Wir sind aktuell bereits durch einen zweiten Lockdown. Und dürfen uns sogar langsam wieder Richtung Normalität bewegen. Wenn es Ertragsausfälle gibt, sind diese nicht mehr einmalig, sondern eher nachhaltig. Bei den Betroffenen ist eine einmalige Kostenreduktion, wie beim Basler Modell angedacht, nicht mehr die entscheidende Frage und der Lösungsweg, der darüber entscheidet, wie es für sie aktuell oder zukünftig weitergehen wird.

1. Es sind eher Fragen, wie sie laufend für die Dauer eines Lockdowns unterstützt werden und nicht wie eine einzelne Kostenkategorie, die Mietkosten, einmalig und begrenzt entlastet werden können. Von Monat zu Monat mit neuen oder recycelten Ideen für solche Einzelentlastungen zu operieren, ist unter den aktuellen Umständen unserer Meinung nach nicht mehr zielführend. Das beweist auch, dass die eingeführten Unterstützungs- und Härtefalllösungen entsprechend anders, nämlich mit einem Pauschalansatz, aufgesetzt wurden. Mit diesen Pauschalansatz werden die je nach Branche unterschiedlichen Umstände der Betroffenheit, den unterschiedlichen Fixkostenanteilen und den pandemiebedingten Zusatzkosten Rechnung getragen.

2. Damit den Betroffenen auch wirklich geholfen werden kann, ist es wichtig, dass alle vorhandenen und zukünftigen neuen Lösungen gut untereinander koordiniert werden können und müssen. Einerseits, um die Wirkung zu optimieren, und andererseits, um zu gewährleisten, dass die Gelder am Schluss auch bei den Betroffenen ankommen. Mit Doppelspurigkeiten oder parallelen Einzelaktionen auf unterschiedlichen politischen Ebenen kann man zwar gut Corona-Rhetorik betreiben, beschäftigt aber die Administration unnötig, kriert man zusätzliche Bürokratie (auch bei den Betroffenen), macht alles noch undurchsichtiger, ist nicht zielführend und hilft somit nicht – und bewirkt nur das Gegenteil. Der betroffene Gewerbler weiss nicht mehr, was gilt, wer ist für was zuständig, wo oder wie muss Hilfe beantragt werden, wo greift übergeordnet was usw. Und wenn er es dann endlich herausgefunden hat, so ist es zu spät und er geht so im schlimmsten Fall ganz leer aus.

3. Es gilt zusätzlich klar festzuhalten, dass zudem für die GLP logisch und sinnvoll ist, dass derjenige, der die Massnahmen verhängt, nicht nur für die Folgen verantwortlich ist, sondern auch verantwortlich bleibt. Das ist und bleibt aktuell der Bund und der Kanton. Und was der Kanton vom Modell der Drei-Drittel-Miete hält, hat der Regierungsrat am 24. Februar in seinem Bericht 17.2021 kommuniziert und der Kantonsrat im Rahmen seiner Abstimmung am 15. März über dieses Geschäft deutlich gezeigt. Und das kann entsprechend in seinem Protokoll nachgelesen werden.

Das sind alles Gründe, die die GLP heute dazu bewegen, diese Motion nicht zu unterstützen und den Ablehnungsantrag der SVP zu unterstützen. Genauso wenig werden wir die Behördeninitiative unterstützen.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Ich gebe mir Mühe, es kurz zu machen. Ich nehme auch beide zusammen.

Meine Vorredner haben schon vieles gesagt und Thomas Wolf hat es ausgeführt: Hilfspakete und Hilfsmassnahmen haben sich seit Januar in zügigem Tempo vorwärtsbewegt und geändert. Und gerade letzte Woche gab es noch einen Schutzschild für Veranstaltungen. Uns ist wichtig, dass den unter dem Lockdown leidenden Betrieben unkompliziert geholfen wird und geholfen wurde. Der Kanton hat bereits im Januar ein ansprechendes Unterstützungsangebot ausgearbeitet und da waren auch die Mieten mitberücksichtigt. Es wurden zahlreiche Gesuche eingereicht und aus Gesprächen mit Betroffenen habe ich erfahren, dass die Gesuche zügig bearbeitet wurden und auch schon erste Gelder ausbezahlt wurden. Weil jetzt sowieso bzw. zum Glück fast alles wieder offen ist und wir hoffen, dass es so bleibt – auch dank dem Impffortschritt – braucht es diese Vorstösse nicht. Und deshalb unterstützt die Mitte/EDU-Fraktion weder die Behördeninitiative noch die Motion.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Mir sind keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat bekannt. Dann schreiten wir mit dem 1:0 weiter und ich übergebe das Wort Stadtrat Kaspar Bopp.

Stadtrat K. Bopp: Jetzt ist die Frage, ob ich auch gleich zu beiden etwas sagen soll oder nicht. Das erste ist ja die Überweisung der Behördeninitiative. Die geht ja nicht in erster Linie an den Stadtrat, sondern an den Kanton. Aber es ist sicher sinnvoll, dass man, wenn man eine solche Lösung anstrebt, probiert, diese auf kantonaler Ebene zu erwirken und nicht nur auf städtischer Ebene.

Ich nehme an, die Motion wird nachher noch behandelt.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Das ist richtig.

Wir kommen zur Abstimmung, es gibt ja einen Ablehnungsantrag.

Wenn Sie dem Beschlussantrag, so wie er eingereicht ist, zustimmen möchten, dann bezeugen Sie das bitte mit Handerheben. Auszählen bitte.

Wer den Beschlussantrag ablehnen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Herr Siegmann möchte schon einen Videobeweis. Wir sind gleich so weit.

Wir müssen nochmals abstimmen, es gab ein kleines Durcheinander. Sind jetzt alle am Platz? Ja, Urs?

U. Hofer (FDP): Wir wiederholen nicht eine Abstimmung, nur weil jemand nicht am Platz ist. Es gibt einen Abstimmungstermin und dann ist man da oder nicht.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich wollte dasselbe sagen. Es gab verschiedene Leute, die während der Abstimmung hereinkamen. Die Geschäftsordnung ist da wahrscheinlich nicht eindeutig, aber ich finde, Leute, die nicht am Platz sind, können nicht abstimmen. Und wenn man die Abstimmung dann wiederholt, hat man ein anderes Stimmverhältnis. Ich finde das noch schwierig.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir können es auch einfach machen: Es steht im Moment 27:27. Und in diesem Fall wird dieser Beschlussantrag mit dem Stichentscheid der Ratspräsidentin überwiesen.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2021.5: Begründung der Motion R. Kappeler (SP), B. Zäch (SP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. COVID-19-Hilfspaket für das lokale Gewerbe: Ausrichtung von Mietzins-Beiträgen für gewerbliche Mieten

Ratspräsidentin M. Sorgo: Begründung der Motion betreffend COVID-19-Hilfspaket für das lokale Gewerbe: Ausrichtung von Mietzins-Beiträgen für gewerbliche Mieten. Zu dieser Motion hat ein Teil bereits gesprochen. Ich bitte den Zweitmotionär Benedikt Zäch, das zu begründen.

B. Zäch (SP): Man merkt bei den Voten zu beiden Vorstössen, auch zur Motion, dass die meisten im Januar geschrieben wurden und nicht ergänzt wurden. Vielleicht ist ein Update hilfreich.

«939». Das ist die Zahl der in der Stadt Zürich bis Ende März (und zwar 2021, Urs Hofer und Samuel Kocher) eingereichten Gesuche beim sogenannten Drei-Drittel-Modell bei den Geschäftsmieten. Das heisst: 939-mal haben sich Vermieter und Mieter in Zürich (in der Stadt Zürich, nicht in Basel) schnell darauf geeinigt, je einen Drittel der Mieten, die seit Dezember 2020 (nicht März 2020) ausstehen, zu übernehmen, damit die Stadt Zürich selbst, mit einem Kredit von 20 Mio. Franken, das letzte Drittel übernehmen kann. Inzwischen dürften es weit über 1'000 Gesuche sein.

So funktioniert schnelle und unbürokratische Hilfe für die kleinen Geschäfte in der Stadt. Und so stellt sich die SP auch eine schnelle Hilfe für notleidende – immer noch notleidende - Gewerbebetriebe in der Stadt Winterthur vor. Der Winterthurer Stadtrat, wir haben es schon gehört, hat letztes Jahr mit Hilfe eines Notkredits schnell und unbürokratisch helfen können; er hat vor kurzem in einem zweiten Entscheid städtischen Gewerbemietern in Not Mietzins-erlasse gewährt. Die Regierung hat ihre Hausaufgaben also gemacht.

Nicht aber das Winterthurer Parlament. Wir haben deshalb bereits im Januar die zwei Vorstösse eingereicht, die jetzt das 4. oder 5. Mal traktandiert sind, damit der Grosse Gemeinderat dem Stadtrat wenigstens die Möglichkeit geben kann, so bald als möglich – und es ist immer noch nötig! - auch in Winterthur das Drei-Drittel-Modell für Geschäftsmieten einzuführen. Die Mitte-Rechts-Seite dieses Rats hat dieser Idee gegenüber sofort eine Abwehrhaltung eingenommen. Mittlerweile hört man auch Spott von Leuten, die einerseits glauben, die Krise sei (fast) vorbei und sich – das ist ja erfreulich – freuen, dass die Lockerungen weitergehen und zusätzliche Massnahmen würden da gar nichts mehr nützen. Abgesehen davon, dass wir möglicherweise nur in einem Zwischenhoch an Erleichterungen stehen in einer Pandemie, die – man kann es nicht oft genug sagen - noch lange nicht vorbei ist, ist das nach unserer Auffassung eine grobe Fehleinschätzung der Situation im Kleingewerbe.

Roland Kappeler hat es im Detail ausgeführt: Die FDP hat im Kantonsrat mit einem Postulat Erfolg gehabt, das fordert, keine à fonds perdu-Beiträge zu zahlen, sondern rückzahlbare Darlehen auf Mieten und Hypotheken. Die SP hat ein Drei-Dritte-Modell vorgeschlagen und ist damit unterlegen. Sie hat das FDP-Postulat nur deshalb unterstützt, weil es wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung ist. Aber es hat einen grossen Haken: Wie wollen Sie Gewerbebetreibenden, die jetzt – jetzt im Sommer 2021 - ihre letzten Reserven aufbrauchen und hoffen, dass der Umsatz wieder Reserven schafft, aber nicht wissen, wie es im Herbst aussieht – wie wollen Sie diesen erklären, dass sie sich auch noch verschulden sollen, um ein Problem zu lösen, für das sie keine Schuld trifft?

Ein anderes Argument, das wir hier im Rat mehrfach gehört haben: Solche Lösungen seien eine kantonale Angelegenheit. Wir haben es auch heute wieder mehrfach gehört. Interessant aber ist, dass das z.T. die Parteien vorgebracht haben, die auf kantonaler Ebene die entsprechenden Lösungen rundweg abgelehnt haben. Das bezeichnen sie dann als gewerbefreundliche Politik.

Wir halten es nach wie vor für den richtigen Weg, auch auf städtischer Ebene eine Rückfall-ebene für Gewerbebetriebe zu schaffen, die immer noch zwischen den Maschen der Hilfspakete durchfallen, ein einfaches und – das sage ich Richtung FDP - eigenverantwortliches Modell für Mieten anzustreben, das nicht nur in Basel, sondern auch in Bern und v.a. auch in Zürich bestens funktioniert. Und, Urs Hofer: Die Winterthurer FDP ist ihrer Schwesternpartei in Zürich wahrscheinlich ein bisschen hintennach. Es war die FDP in Zürich, die zusammen mit der AL und dem Hauseigentümerverband in Zürich dieses Modell eingeführt hat. Und meines Wissens war die FDP auch in Basel dabei. In Winterthur will man nichts davon wissen – in der gleichen Partei.

Die Ratsrechte fragen wir: Wollt Ihr wirklich das Gewerbe in einer immer noch kritischen Notlage unterstützen oder wollt Ihr sie lieber vertrösten oder ihnen erzählen, es sei jetzt alles vorbei? An die Ratsmitte, namentlich an die EVP, appellieren wir: Hört auf Stimmen aus den eigenen Reihen, die das Drei-Drittel-Modell für gerecht und solidarisch halten.

Die SP-Fraktion bittet deshalb den Rat um die Überweisung der Motion.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Auch da wurde einmal ein SVP-Ablehnungsantrag gestellt. Thomas Wolf, stellst Du den immer noch?

Th. Wolf (SVP): Ja. Sinngemäss wie vorher.

Auch hier ist die Stadt für uns nicht in der Verantwortung, weil sie nicht entschieden hat. Es freut mich natürlich, wie grosszügig die Unterstützung für das Gewerbe von linker Ratsseite kommt. Das ist ganz super. Bis jetzt war ja Eure beste Idee für das Gewerbe, Parkplätze wegzunehmen und Cargo-Velos anschauen. Deshalb ist es auch mal schön, dass Ihr auf einem solchen Weg seid.

Aber unsere Stadt hat eine genauso desaströse Lage, so dass sie gar nicht gross weiterhelfen kann. Und deshalb lehnen wir das ab.

Stadtrat K. Bopp: Es wurde schon mehrfach gesagt: Der Stadtrat hat am 28. Mai kommuniziert, dass wir zwei Drittel der Mieten der betroffenen mietenden Gewerblern in den städtischen Liegenschaften beschlossen haben. Das ist eigentlich in Anlehnung an die Motion, die wir da auf dem Tisch liegen haben. Wir haben dort die Erfahrung gemacht, dass der Bedarf vorhanden ist. Wir haben das geprüft, wir haben die einzelnen Gesuche angeschaut: Der Bedarf ist da, der Bedarf ist ausgewiesen. Wir gehen davon aus, dass dieser Bedarf nicht nur bei unseren eigenen Mietern ausgewiesen ist, sondern bei allen.

In diesem Zusammenhang nehmen wir das, wenn Ihr das überweist, sehr gerne entgegen und schauen uns an, wie man das auf städtischer Ebene umsetzen könnte.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wer die Motion so an den Stadtrat überweisen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer die Motion ablehnen möchte, den Ablehnungsantrag unterstützt?

Sie haben dem Ablehnungsantrag zugestimmt. In diesem Fall ist diese Motion abgelehnt und nicht überwiesen.

14. Traktandum

GGR-Nr. 2021.4: Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), A. Geering (CVP/EDU), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Biodiversitätskorridore

Ratspräsidentin M. Sorgo: Das Traktandum wird auf die nächste Sitzung verschoben.

15. Traktandum

GGR-Nr. 2021.10: Begründung der Motion R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), B. Huizinga (EVP) und A. Steiner (GLP) betr. einer ergänzenden Bestimmung in der BZO zu Frei- und Grünflächen

Ratspräsidentin M. Sorgo: Begründung der Motion betreffend einer ergänzenden Bestimmung in der BZO zu Frei- und Grünflächen. Das Wort hat der Erstmotionär Reto Diener (Grüne/AL).

R. Diener (Grüne/AL): Zu später Stunde: Es geht um die Bestimmungen zu Grünflächen in der BZO. Ich versuche, das kurz und klar zu begründen.

Die Natur braucht unsere Aufmerksamkeit, das sehen wir immer mehr. Aber noch viel mehr ist es umgekehrt: Das Ökosystem Erde kommt auch ohne uns klar. Aber um nur ein Beispiel zu nennen: Was ist, wenn die Bienen die Obstbäume nicht mehr bestäuben können? Und wie kommen wir mit der zunehmenden Sommerhitze zurecht, wenn immer mehr Grünflächen und Bäume verschwinden?

So hat z.B. die Stadt Zürich in einer Untersuchung festgestellt, dass jährlich rund 1% des Baumbestands verschwindet. Ähnliches gilt auch für die ökologisch wertvollen Grünflächen, seien es biodiverse Strauchbepflanzungen oder auch Blumenwiesen auf privaten Freiflächen. Überall sind Steingärten, Plattenböden und andere bodenversiegelnden Anlagen im Vormarsch. Ich erlebe das auch in dem Quartier, in dem ich seit bald 30 Jahren zuhause bin. Das höchste der Grüngedächse sind in solchen Gärten meist dann noch kurzgemähte, häufig noch mit Gift gegen Unkraut behandelte Rasenflächen. Praktisch nicht wertvoller als ein Gartensitzplatz auf Kiesboden. Im Gegenteil.

Andere Städte auf dieser Welt haben dieses Problem längst erkannt und massiv Gegensteuer gegeben. So hat z.B. die Stadt Singapur schon vor Jahren eine Offensive für städtisches Höhengrün eingeleitet. Im doppelten Wortsinn: Grün, das in die Höhe wächst (also Bäume), aber auch in den Höhen der Gebäude zum Einsatz kommt (also auf den vielen Hochhäusern, die es dort hat). Im öffentlichen und im privaten Raum. Wissenschaftlich abgestützt und mit grossem Engagement umgesetzt, mit massivem und durchschlagendem Erfolg. Das könnten wir auch – fangen wir heute an, bevor es zu spät ist! Auch die Städte Zürich oder Effretikon – viel näher als Singapur - haben solche Regelungen, wie wir sie hier vorschlagen, auch schon in ihrer BZO drin. Um Lebensräume für Kleinsäuger wie den Igel, bedrohte einheimische Vogelarten zu schaffen sowie die Pflanzen zu schützen und gleichzeitig das Stadtklima positiv zu beeinflussen, reicht es nicht, nur die öffentlichen Areale zu begründen. Zu klein ist deren Fläche insgesamt.

Der weitaus überwiegende Anteil der Siedlungsfläche ist in Privatbesitz. Ich habe eine ganz kleine, eher konservative Abschätzung gemacht: Wenn wir 1'000 städtische Grundstücke anschauen und davon nur schon je 100 m² in eine solche Betrachtung einbeziehen, wo wir biodivers grün bepflanzen möchten, so sind das insgesamt – und da sind wir beim Thema heute Abend – rund 10 ganze Fussballfelder. Und es ist gerade für die Biodiversität, liebe Leute, wichtig, dass diese Lebensräume nicht isoliert sind, sondern untereinander in engem Zusammenhang stehen, eben vernetzt oder zumindest über kurze Distanzen miteinander verwoben sind. Nur wenn die ganze Siedlungsfläche betrachtet wird, ist das auch zukunftsfähig.

Auch gemäss dem eben neu entstandenen Rahmenplan Stadtklima soll diesen Aspekten künftig mehr Aufmerksamkeit gegeben werden. Da sind wir uns, glaube ich, alle bewusst, dass das nötig ist. Schliesslich hat vor kurzem auch der Regierungsrat eine Vernehmlassung zu einer weiteren PBG-Anpassung veröffentlicht, die genau dem Anliegen, das dieser Motion entspricht, noch mehr Rechnung tragen soll. Ohne gewisse Vorgaben in der BZO, auch für private Areale, werden wir wertvolle Grünflächen, wertvolle Grünräume auf Privatflächen, aus Spargründen oft als nicht umgesetzt erleben. Ich bitte Sie deshalb, die vorliegende Motion –

auch zum Schutz der Biodiversität – zu überweisen. Für mehr Lebensqualität und nicht zuletzt für ein verträgliches Stadtklima.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Gibt es zu diesem Geschäft einen Ablehnungsantrag? – Christian Hartmann (SVP).

Ch. Hartmann (SVP): Wir stellen einen Ablehnungsantrag.

Ich fragte mich, was man zu einem solchen Vorstoss als liberal denkender Mensch sagen soll. Es ist ja nicht so, dass wir die Ausgangsüberlegungen nicht nachvollziehen könnten. Wenn es wärmer wird, bekommen Grünflächen, Büsche und Bäume eine zusätzliche Bedeutung. Jeder ist an heissen Tagen lieber in der Badi als auf einer Asphaltfläche. So weit, so einverstanden.

Dann aber schlägt die links-grüne-Regelungsfreude zu, die nicht nur vorschreibt, wie viel Fläche für was genutzt werden darf, es wird auch noch geregelt, dass Grünflächen ökologisch hochwertig sein müssen. Ein grosser Rasen zum Beispiel als Spielfläche für Kinder ist also nicht mehr gewünscht. Geht es eigentlich noch?

Wir sind der Meinung, dass sich trotz übereinstimmender Ausgangsanalyse keine Massnahmen aufdrängen. Wer seinen Garten von einer Grünfläche in einen Steingarten verwandelt, ist selbst schuld und wird das spätestens dann rückgängig machen, wenn dort mit zunehmender Wärme der Aufenthalt unangenehm wird und es ihm das Hirn wegbrennt. Und Vermieter von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern werden feststellen, dass sich die Wohnungen viel schlechter vermieten lassen, wenn das Mikroklima um das Haus schlecht ist. Die liberale Lösung für dieses Problem wäre also: Ruhig bleiben und zuschauen, wie sich das von selbst regelt. Was, zugegeben, für Politiker ausnehmend schwierig ist.

Diese Motion führt nicht nur zu einem massiven Eingriff in die Eigentumsrechte der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer. Es darf auch davon ausgegangen werden, dass für die Überwachung ein entsprechendes Kataster aufgebaut, geführt und finanziert werden muss, inklusive einem Bewilligungsprozess für die Umwandlung einer Fläche mit heute einem Strunk in ein Rasenstück.

Wir lehnen diese Motion ab.

F. Landolt (SP): Ich möchte das aus einer etwas anderen Perspektive als mein Vorredner, Reto Diener, begründen. Wir haben es bereits am Anfang dieser Sitzung vernommen bzw. darüber gesprochen, über den Nutzungsdruck, z.B. in der Steinberggasse. Öffentlicher Raum und ganz allgemein der städtische Raum ist unter Druck. Unter Nutzungsdruck, unter Druck durch den Klimawandel, unter Druck durch das städtische Wachstum, unter Druck durch mehr Menschen und ihren Mobilitätsbedürfnissen.

In dieser Situation sind Frei- und Grünflächen eine Massnahme zur Qualitätssicherung. Qualitativ hochwertig gestaltete öffentliche und private Freiräume sind eine Antwort – eine mögliche, eine notwendige Antwort – auf den obengenannten Druck, der auf dem Stadtraum lastet. Diese Räume sind grün, haben Bäume, sind divers. Und wirken gegen die zunehmende Hitze.

Dass wir einen festen Prozentsatz in die BZO aufnehmen möchten, ist eigentlich selbstverständlich und kein Eingriff, Christian Hartmann, in die persönliche Freiheit. Gerade private Freiflächen wirken über die Parzellengrenzen hinaus und sie sind gegenüber der Öffentlichkeit verpflichtet.

Aus diesem Grund und weil die Massnahmen gegen den Druck auf den städtischen Raum notwendiger sind als früher, möchte die SP-Fraktion gerne einen entsprechenden Auftrag an den Stadtrat überweisen und wir fordern den Rat auf, uns da zu unterstützen. Danke.

B. Huizinga (EVP): Die Begründung der Motion umfasst diverse Argumente, weshalb ergänzende Bestimmungen zu Frei- und Grünflächen notwendig sind, zusammen. Wir brauchen im Sommer in der Stadt natürliche Klimaanlagen und die Biodiversität muss zum Weiterbestand von jeglichem Leben erhalten, ja gefördert werden. Dies nicht nur zum Schutz von Flora und Fauna, nein, auch für uns selbst.

Wie schnell und einschneidend unsere Welt aus dem Gleichgewicht gerät, erleben wir alle- samt seit geraumer Zeit. Die Erkenntnis, welche Massnahmen zum Erhalt unserer natürlichen Umwelt beitragen, die sind nicht neu. Jedoch werden sie noch zu langsam umgesetzt. Ab- sichtserklärungen reichen nicht aus. Selbstregulation, wie das von der SVP-Seite vorgeschla- gen ist, gibt es nicht. Ein konsequentes Umdenken in Bezug auf die Raumnutzung durch den Menschen muss stattfinden. Und das passiert u.a. auch oder manchmal erst durch Anpas- sungen in der Gesetzgebung.

Darum erachten wir den – aus unserer Sicht grosszügig formulierten - Motionstext als wich- tige Ergänzung in der BZO.

M. Nater (GLP): Gerne vertrete ich Annetta Steiner für das Votum zu den Frei- und Grünflä- chen.

Es findet ein schleichender Wandel in Winterthur statt. Die Anzahl und Vielfalt der Vögel nimmt langsam ab, Schmetterlinge fliegen nicht mehr so oft wie früher und das Konzert der Heugümper ist auch leiser als früher.

Das hat nicht nur, aber auch mit den fehlenden biodiversen Grünflächen in den Gärten von Winterthur zu tun. Das sieht man ganz einfach bei einem Sportrasen, welcher aus Sicht Bio- diversität eine Wüste ist und bei einer längeren Trockenheit ohne Bewässerung ziemlich schnell auch farblich zur Wüste wird. In Winterthur haben wir hier aber eine Chance, da die Quartiere rund um die Altstadt ein grüner Gürtel sein könnten. So könnten sich Weinberg- schnecken auch ohne Lebensgefahr durchs Austrocknen von Garten zu Garten fortbewegen. Das ist auch liberal. Tiere brauchen Lebensraum und müssen ihren Nachwuchs aufziehen können. Nur dann haben unsere Kinder auch wieder Gelegenheit, in der Zukunft die Konzerte der Natur zu hören.

Im Weiteren ist die Klimaerwärmung Tatsache und der Stadtraum erwärmt sich auch durch den verbauten Beton immer mehr. Daher sind grüne Klimainseln einfache Massnahmen, um die Erwärmung in der Stadt zu reduzieren. Dies ist bei Naturgärten der Fall, da hier die Schwammfunktion viel besser funktioniert und auch die entsprechende Mikro-Kühlinsel inner- halb der Stadt bildet.

Die Wegleitung für die Bauherrschaft soll vor allem an die Nutzer der Gärten gerichtet wer- den, da nicht alle Besitzer und Grundeigentümer sind, sondern halt oft einfach der Mieter auf diesem Grundstück mit einem grünen Daumen wirkt.

Die GLP wird diese Motion zur Förderung der Biodiversität und als Massnahme gegen die Klimaerwärmung unterstützen.

R. Heuberger (FDP): Ich finde es total spannend: Links-grün möchte in privaten Überbauun- gen einen möglichst grossen Anteil wertvolle Grünfläche erhalten. Fein. Aber wenn ein Bau- herr statt in die Breite in die Höhe baut, wie z.B. beim Eichwaldhof, und damit zusätzliche Freifläche schafft, dann sind die gleichen Grünen gegen höhere Gebäude.

Die GLP nennt sich liberal, trägt aber bis hin zur privaten Gartengestaltung staatliche Vor- schriften mit, in einem hohen Detaillierungsgrad.

Links möchte billigen Wohnraum, befürwortet aber laufend Regulierungen, die den Bau von Wohnraum verteuern. Sei's drum.

Der Vorstoss zielt darauf ab, privaten Bauherren noch mehr Vorschriften zu machen, die un- seres Erachtens keine Wirkung zeigen. Denn hochwertige Natur- und Grünfläche muss man nicht nur erstellen, sondern auch hegen und pflegen. Was passiert, wenn die notwendigen Eingriffe nicht richtig gemacht werden, sieht man an diversen Arealüberbauungen in unserer Stadt. Ein Trauerspiel.

Wertvolle Frei- und Grünräume entstehen vor allem dann, wenn die Eigentümer aus eigenem Antrieb Flächen auch tatsächlich wollen und pflegen. Noch mehr Vorschriften führen auch da nicht zum Ziel.

Dass diese Forderungen zudem nur der erste Schritt sind, sieht man derzeit in Zürich. Der nächste wird wohl sein, dass die privaten schön gestalteten Frei- und Grünräume öffentlich zugänglich gemacht werden sollen. Das wäre dann noch ein massiverer Eingriff in die Eigen- tumsrechte.

Wir sind überzeugt davon, dass es sinnvoll ist, Grünflächen in Überbauungen hochwertig zu gestalten. Dazu braucht es aber keine starren Regelungen und Prozentsätze in der BZO, sondern einen konstruktiven Dialog mit den Bauherren und einen Prozess, der sämtliche Rahmenbedingungen bei Neubauten mitberücksichtigt.

Ohnehin sind ökologisch hochwertige Natur- und Grünflächen nirgends definiert, was staatlicher Willkür Tür und Tor öffnet und wohl zu endlosen Diskussionen oder gar Streitigkeiten führen wird.

Deshalb Ja zu mehr Grünflächen, Nein zu mehr starren Regulierungen und noch mehr staatlicher Bevormundung und Bürokratie. Es gibt jetzt schon zu viele Vorschriften, die Einfluss haben auf die Gestaltung der nicht mit einem Gebäude überstellten Bauparzelle.

Art. 66 Abs. 3 BZO: Zur optischen Abgrenzung der Kern- und Arbeitsplatzzonen und entlang von Strassen kann im Baubewilligungsverfahren die Baumpflicht angeordnet werden.

Art. 74 Abs. 1 BZO: Bei Mehrfamilienhäusern, die Familienwohnungen mit 3 oder mehr Zimmern aufweisen, sind Kinderspielplätze oder Ruheflächen herzurichten, deren Grünfläche mindestens 3 m² je Wohnungsraum betragen muss.

Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Siedlungsentwässerung, Art. 3, Versickerung (nicht verschmutzendes Abwasser): Nicht verschmutztes Abwasser (Grundwasser, Quellwasser, Bachwasser, stetig anfallendes Sickerwasser, Kühlwasser etc.) muss nach Möglichkeit auf dem gleichen Grundstück wieder versickert oder einer zentralen Versickerungsmulde zugeführt werden.

Man könnte es beliebig verlängern. Es gibt schon ganz viele Regulierungen zu diesem Thema.

Deshalb lehnen wir diese Motion ab.

Stadträtin Ch. Meier: Das Anliegen dieser Motion unterstütze ich zu 100% und damit rennen Sie bei uns selbstverständlich offene Türen ein. Der einzige Wermutstropfen ist der Zeitpunkt. Und dazu möchte ich gerne eine ganz kurze Einbettung machen.

Mit der Harmonisierung der Baubegriffe im PBG ist der Begriff der Freiflächenziffer durch Grünflächenziffer ersetzt worden. Ebenso ist damit auch die Definition geändert worden.

Die Stadt Winterthur wird deshalb im Rahmen des BZO-Revisionspakets IVHB ohnehin alle Bestimmungen anpassen müssen, die einen Bezug zu dieser Freiflächenziffer haben. Der Begriff «Freifläche» wird im harmonisierten PBG nicht mehr definiert und ist deshalb auch künftig zu vermeiden. Es wird künftig einzig der Begriff der Grünfläche definiert sein.

Deshalb möchten wir auch auf Bestimmungen verzichten, die den Begriff «Freifläche» noch enthalten.

Allerdings muss man da beachten, dass die Definition der Grünfläche bereits jetzt erheblich in Kritik geraten ist, obwohl erst ganz wenige Gemeinden im Kanton Zürich ihre BZOs harmonisiert haben. Die Baudirektion erarbeitet deshalb zurzeit einen Entwurf für eine Gesetzesänderung, von der auch die Bestimmung zur Grünflächenziffer betroffen ist.

Bevor also die Stadt Winterthur das BZO-Revisionspaket IVHB hinsichtlich der Regelung einer Grünflächenziffer in die Hand nehmen kann, muss zuerst der Inhalt dieser neuen kantonalen Regelung bekannt sein. Das wird voraussichtlich noch einen Moment dauern. Eine raschere Einführung der Frei- und Grünflächenbestimmungen, unabhängig von der kantonalen Gesetzgebung, wäre nicht zielführend, weil wir sonst nach sehr kurzer Zeit unter Umständen diese Änderungen wieder nachvollziehen müssten.

Ebenso werden Grünflächen auch in weiteren BZO-Revisionspaketen bezüglich der Umsetzung von z.B. Winterthur 2040 oder dem Rahmenplan Stadtklima thematisiert werden. Und auch da lohnt sich eine ganzheitliche Prüfung, die ebenfalls weitere Massnahmen neben der Festsetzung der Grünflächenanteile beinhalten wird. Mit einer allzu schnellen Einführung des Grünflächenanteils in die BZO besteht deshalb die Gefahr von einer Präjudizierung von Winterthur 2040 und dem Rahmenplan Stadtklima und eine ganzheitliche Betrachtung mit allen möglichen Massnahmen wäre damit schwierig.

Insofern: Wie gesagt, wir begrüssen die Überweisung der Motion. Wir bitten aber darum, bei der Umsetzung dann wirklich die zeitliche Koordination machen zu dürfen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Wir kommen zur Abstimmung, da ja ein Ablehnungsantrag vorliegt.

Wenn Sie die Motion überweisen möchten, dann bezeugen Sie das jetzt bitte mit Handerheben.

Wenn Sie die Motion ablehnen möchten, dann bezeugen Sie das jetzt mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Sie haben die Motion mit einer klaren Mehrheit überwiesen.

In dem Sinn beende ich die heutige Sitzung, wünsche denen, die noch Fussball schauen gehen viel Vergnügen und allen anderen einen schönen Abend. Bis nächste Woche.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

M. Sorgo (SP)

R. Diener (Grüne)

B. Huizinga (EVP)